

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungsliste. Unter Ausschluss für Reichsland und Österreich, Ungarn 2.00 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Monatszeit oder deren Raum 50 Pf., für politische und gemeinnützige Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 10 Zeilen, je nach weiterer Platz 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Hokuspokus.

II.

Wer wäre so blöde, daß er nicht sähe, welche ein verfluchter Gaunerkorruption dennoch auch in der Militärverwaltung bereits durch den Prozeß Lillan und Genossen erwiesen ist. Die trotz aller Hindernisse aufgedeckten Fäden lassen sich mühelos und deutlich weiter verfolgen, in sehr verhängnisvolle Regionen, gleichviel, ob förmliche gerichtliche Feststellungen erfolgen werden oder nicht: denn ein Strafverfahren ist nur möglich, wenn man den Täter kennt — und wäre die Handlung noch so sonnenklar. Aber Mord bleibt Mord, bleibt auch der Täter ewig unermittelt; und Bestechung und Korruption bleibt Bestechung und Korruption, auch wenn kein Schuldiger je die Anklagebank zielt.

Schweigen wir ganz von den anderweit dokumentarisch festgestellten Traktamenten der noblen Firma für die Abnahme-Kommissionen und von den „Repräsentationsgeldern“ des Herrn von Regen und der sonstigen offiziellen Kruppvertreter in Berlin — bereits jetzt ist gegenüber der Militärverwaltung erstens festgestellt, was im Prozeß Lillan und Genossen abgeurteilt worden ist.

Darüber hinaus ist zweitens festgestellt, was Brandt ganz unumwunden zugegeben hat: daß er noch mit anderen Personen der Militärverwaltung in gleicher verbrecherischer Beziehung gestanden hat wie mit den sieben angeklagten Sünderböden, die jetzt in die Büste geschickt sind. Der bei weitem größte Teil seiner „Repräsentationsgelder“ muß für diese ausdrücklich verschwiegene Bestechungen draufgegangen sein.

Drittens ist festgestellt, daß das Direktorium der Firma Krupp nach eigenem Geständnis alle wesentlichen von Brandt ausprobierten Geheimnisse der Heeresverwaltung schon vorher gekannt hatte. Hierbei handelte es sich nach den Erklärungen der Sachverständigen auch um äußerst geheime Dinge selbst für Krupp, und in bezug auf eben diese Geheimnisse, die der Firma Krupp schon vorher bekannt waren, bezogte einer der Kruppdirektoren, er habe sich an den Kopf gegriffen und gefragt, wie denn Brandt diese Dinge habe erfahren können; Brandt, so war offenbar gemeint, dieser Subalterne! — der doch wohl nur Beziehungen zu Subalternen haben kann! Das heißt wiederum, daß derartige Geheimnisse der Firma Krupp von nicht subalternen Seite her bekannt gewesen sein müssen. Danach ergibt sich mit zwingender Logik, daß die Firma Krupp noch andere Quellen ihrer Geheimwissenschaft außer Brandt und seinen Hintermännern gehabt hat, und daß diese Quellen in erheblicher höheren Regionen liegen müssen als die im Prozeß Lillan aufgedeckten; sicher nicht nicht im Bereiche der „feilen Schreiberseelen“. Und daß an diesen Quellen nicht der Knabe Brandt oder Seinesgleichen gesehen hat.

Wer wird die Sicherheit dieser Schlussfolgerung anzweifeln wagen? Der möge unzuweideutig, rückhaltlos die Herkunft der illegalen Wissenschaft der Firma Krupp darlegen. Wir wollen klar sehen! Heraus mit der Sprache! Heraus mit den Namen der beteiligten Beamten! Heraus mit den Daten der Dokumente! Bis dahin aber sollte wahrlich kein Mensch sich fürderhin erdreisten, das Wort „kein Panama in der Militärverwaltung“ in den Mund zu nehmen; sonst muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß es ihm auf Vertuschung und Verwirrung, nicht aber auf Ausrottung des Übels ankommt.

Festgestellt ist viertens in bezug auf die Korruption in der Militärverwaltung, daß zum Kerger Krupps auch andere Rüstungsfirmen vorzüglich informiert waren, und zwar angeblich noch besser als Krupp. Woher können diese Informationen stammen? Aus legalen Quellen noch viel weniger als bei Krupp, da der Kreis der „Geheimnisse“ ihnen gegenüber noch größer war. Und die Mittel zur illegalen Erlangung der Informationen müssen noch schärfer gewesen sein, weil die anderen Firmen nicht von der gleichen schützenden Glorie umgeben sind.

Festgestellt ist fünftens im allgemeinen eine geradezu gemeingefährliche Umklammerung der Militärverwaltung und des gesamten Staatswesens durch das profitlüsterne strupellose Rüstungskapital, die besonders durch das Mittel einer weitgehenden Personalunion gefördert wird. Hierher gehört, was bereits im Reichstage hervorgehoben wurde: die demoralisierende Wirkung der Aussicht auf Anstellung bei den Millionenfirmen. Bei Krupp angestellt werden ist für Offiziere und Verwaltungsbeamte ein glänzendes Avancement. Die Sucht nach dieser Karriere geht, wie männiglich weiß, weit über Feuerwerker und Zeugoffiziere hinaus. Was liegt näher, als durch allerhand Gefälligkeiten um die Gunst Krupps zu buhlen? Dieser Quell der Korruption gehört zu den stärksten und giftigsten; ohne daß er verstopft wird, ist Gefundung unmöglich. Hier ist ein wichtiges Stück des Kampfes um die wenigstens formelle Integrität der Staatsverwaltung gegenüber der unmittelbaren Geldmacht des Großkapitals anzufechten.

Festgestellt ist sechstens, daß all diese Mißwirtschaft im Verze der Militärverwaltung sich Jahre hindurch unbemerkt und ungehindert entwickeln konnte.

Genügt das den Herolden deutscher Verwaltungsehrlichkeit noch nicht?

Nun, so beweisen sie, daß das Gefühl für diese Reinlichkeit in Deutschland in atembeklemmender Weise verloren gegangen ist, daß Strupellofigkeit Trumpf ist, und daß das Großkapital und die von ihm beherrschte „öffentliche Meinung“ auch in Deutschland sich bereits in zynischer Offenherzigkeit zur Moral des „jenseits von Gut und Böse“ bekennen.

Was soll das triumphierende Geschwätz, daß kein Landesverrat erwiesen sei und dergleichen? Im Reichstage ist von vornherein ausdrücklich hervorgehoben, daß Landesverrat nicht wohl in Frage komme; und jetzt möchte man mein „Panama“ konstruieren, indem man triumphiert, daß — ich recht habe. Welch böses Gewissen müssen diese törichten Schreier haben. Nichtsdestoweniger bleibt bestehen, daß die von der Rüstungsindustrie in die Militärverwaltung getragene Korruption auch die Disposition zu landesverräterischen Handlungen bedenklich erhöhen muß. Das wurde im Reichstage betont, und der möge aufstehen, der es zu bestreiten unternimmt. Und bei der internationalen Versippung des Rüstungskapitals und bei der Weltlieferantenstellung Krupps im besonderen besteht die dringendste Gefahr, daß die in strafbarer Weise erlangten Kenntnisse von Konstruktionsgeheimnissen, Plänen usw. durch die geschäftigen Agenten Krupps auch ins Ausland getragen werden.

Bedarf es noch vieler Worte über die Korruption des Rüstungskapitals, über das „Panama“ der Rüstungsindustrie? Gibt es nur einen Fall Brandt oder gibt es einen Fall Krupp? Ach Gott, ich gehöre wahrlich nicht zu den Optimisten. Die Grenzen, die — trotz aller Ehrenhaftigkeit der amtierenden Justizbeamten — der kapitalistischen Justiz im allgemeinen und der preussisch-deutschen Justiz im besonderen gesetzt sind, sind mir nur allzu geläufig, und ich habe bereits zehn gegen hundert verwettet, daß die Kruppdirektoren nicht angeklagt werden, und tausend gegen eins, daß, wenn sie dennoch angeklagt werden sollten, ihre Verurteilung nicht erfolgen wird. Und dennoch steht für meine sozialdemokratisch gefärbte Auffassung schon heute fest, daß das Kruppdirektorium neben Brandt auf die Anklagebank gehört.

Diese Herren, denen die Bestechung im Auslande zum täglichen Brot gehört, sind wirklich und wahrhaftig keine Waffentatzen voller Ahnungslosigkeit in puncto vaterländischer Bestechung. Natürlich werden Bestechungen nicht förmlich und schriftlich in Auftrag gegeben. Die Krupp-Direktoren aber mußten und mußten wissen, daß das von Brandt und anderen Informatoren Ermittelte nur auf krummen Wegen erlangt sein konnte; sie mußten und mußten wissen, daß Verrat militärischer Geheimnisse vorlag; sie mußten und mußten wissen, daß dieser systematische Verrat ohne Bestechung unmöglich war; sie haben dem Brandt und den anderen Agenten die materielle Möglichkeit der Bestechung gewährt; sie haben die verratenen militärischen Geheimnisse fruktifiziert. Sie sind damit der Anstiftung zur Bestechung und zum Verrat militärischer Geheimnisse überführt. Bereits heute überführt trotz aller Ausreden, trotz aller durchsichtigen Manöver, die den Stempel des Schuldbewußtseins nur um so deutlicher auf ihre Stirn brennen.

Und es steht auch fest, daß die Krupp-Direktion diese strafbaren Handlungen begangen hat um nackten materiellen Gewinns willen. Die lächerliche Ausflucht, daß die Manipulationen nur dem Zweck gedient hätten, die Herabsetzung der Preise zu veranlassen, steht auf derselben Höhe wie jener Entschuldigungsversuch der Waffen- und Munitionsfabrik in bezug auf den berüchtigten Pariser Brief. Erlangung von Aufträgen für Krupp war das Ziel, das durch die Ausprobierung der Konkurrenzangebote und -preise erstrebt wurde. Den Konkurrenten durch hinterlistiges Wegschnappen ihrer Konstruktionen das Futter nehmen, war das patriotische Ideal, für das das Herz jener Herren pochte.

Und eines sei vor allem nicht vergessen: die Spionage richtete sich nicht nur gegen die private Konkurrenz, sie erstreckte sich auch auf Versuche und Konstruktionen in den staatlichen Waffenfabriken, Werkstätten und Laboratorien, ging also ganz unmittelbar gegen die Militärverwaltung selbst. Es wird dafür gefordert werden müssen, daß die Öffentlichkeit auch darüber hinreichend aufgeklärt wird; die Verhandlung vor dem Militärgericht hat über diesen Punkt den Schleier der Nacht gelassen.

Aber trotz alledem, Herr v. Dewitz, Herr Dräger, Herr v. Röttger sind ehrenwerte Männer, das sind sie alle, die Krupp-Direktoren — ehrenwerte Männer. Warten wir ab, ob ihnen auch nur ein Härlein gekrümmt werden wird.

Den militärischen Behörden und allen „Haltet-den-Dieb“-Schreibern, denen, die durch ein kindisches Hokuspokus das Panama des Rüstungskapitals eskamotieren und tafelnspielerisch durch mein Panama erfassen möchten, und allen denen, die die Öffentlichkeit durch die bequeme Finte von den „feilen Schreiberseelen“ ablenken möchten, empfehle ich schon jetzt aufs allerdringendste das Studium der Akten I E. J. 501/1912 der Staatsanwaltschaft am Landgericht II Berlin. Ich denke, daß es dort, selbst für einen abgebräunten Geschmad, genügend papprigierte Kost in hinreichender Fülle gibt, obwohl, wie es scheint, auch da kein Angeklagter gefunden wird.

Und dann noch eins: Als ich im Frühjahr dieses Jahres in der Budgetkommission das Schmiergelderumwesen bei kleineren militärischen Lieferungen — nicht in der Rüstungsindustrie — zur Sprache brachte, war es der Kriegsminister,

der mit Pathos die Behauptung eines weitverbreiteten derartigen Mißstandes als eine schwere Verunglimpfung der Militärverwaltung zurückwies. Heute ruft ein großer Teil der nationalen Presse voll Empase: „Kapitalisten Deutschlands, wahret eure heiligsten Güter, wahret das Recht auf Schmiergeld!“ Wie ein Cherub mit dem Flammenschwert stellt sich das Allteutschtum schützend vor das Paradies der Bestechung, des Verrats militärischer Geheimnisse im Profilinteresse der Rüstungsindustrie. Die „Post“ wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ predigen mit losender Löwenherghaftigkeit das Kreuz gegen mich, den niederträchtigen Feind des Glaubens an das allein segtmachende Schmiergeld. Und zur Dedung der Schmiergeldgeber und -nehmer, der Bestecher und der Bestochenen, der Verräter militärischer Geheimnisse und ihrer Anstifter sucht man mich mit den schäblichsten Mitteln persönlich herunterzureißen.

Wir haben's herrlich weit gebracht! Wir ist's wahrhaftig recht, wenn man zur Entschuldigung der sieben Schächer auf der Anklagebank des Kriegsgerichts alle möglichen Gründe ins Feld führt; sie tun auch mir als Personen leid genug. Doch mischt sich in diese Entschuldigungsbemühungen ein Zug widerlich unwahrhaftiger Sentimentalität. Was will man? Neunundneunzig Prozent der Opfer unserer heutigen Justiz haben mindestens den gleichen Anspruch auf Mitgefühl wie die Lillan und Genossen. Jene abgeschmackte Sentimentalität eines Teils der kapitalistischen Presse muß aber — so sehr wir den Schuldigen vom Standpunkte menschlichen Empfindens selbst völligen Freispruch wünschten — dennoch um so schärfer zurückgewiesen werden, als sie auf einem anderen Wege denselben Zweck verfolgt, den die nackte Rüstungsindustrie anstrebt, indem sie die ganze Last der Schuld auf einige kleine Subalterne abzuwälzen sucht; die Größe des Übels fortzuschwemmen und die Verfolgung der großen Sünder, der wirklich Schuldigen, der jedenfalls tausendfach Schuldigeren zu hindern.

Jeden Tag bringt die Presse Meldungen über die weitere Entwicklung der „Affäre“, jeden Tag folgen Dementis; voll Sorge bilden die „Kein-Panama“-Schreier in die Zukunft, ihr böses Gewissen läßt ihnen keine Ruhe. Und die Justiz scheint noch unerschrocken hin- und herzuschwanken. Die Möglichkeit, daß sich das Verfahren, sogar das gegen Brandt, a la Calenberg-Prozeß in das End- und Bodenlose verliert und verandert, rückt nach den neuesten Meldungen nahe.

Aber komme was kommen mag! So gewiß der Abgrund der Korruption noch immer große, ungeahnte Geheimnisse birgt, so wenig dürfen wir das untergeschätzen, was bereits heute feststeht. Für uns ist die weitere Entwicklung der Sache, soweit die Justiz ihres Amtes zu walten hat, sicher nicht gleichgültig; indessen soll darüber kein Zweifel sein: bereits heute ist das politisch Wesentlichste hinreichend aufgedeckt. Es gilt nunmehr, die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Diesem Ziel gilt jetzt unser Kampf, möge die Justiz versagen oder nicht.

Karl Liebknecht.

Die Aufgaben des Parteitags in der Steuerfrage.

Von Gustav Hoch.

II.

Der Kampf um die Deckungsvorlage.

Genosse Wurm schlägt in seiner Resolution zur Steuerfrage vor: Jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, haben unsere Genossen — abgesehen von den besonders angeführten Ausnahmefällen — abzulehnen, falls der Verwendungszweck schädlich für die Arbeiterklasse ist.

Das besagt: unsere Partei hat in der Regel die Vermögenssteuern abzulehnen, deren Ertrag tatsächlich zur Deckung der Militärausgaben dient.

Die Ausnahmefälle sind nach dem Vorschlage des Genossen Wurm dann gegeben,

wenn die Ablehnung der Vermögenssteuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage — also der Militärvorlage — nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

In dem gegenwärtigen Reichstage aber sind alle bürgerlichen Parteien zur Annahme jeder Militärvorlage entschlossen und werden sich davon am wenigsten dadurch abhalten lassen, daß unsere Genossen gegen Vermögenssteuern zur Deckung der Militärausgaben stimmen. Ebenso besteht kein Zweifel darüber, daß die bürgerlichen Parteien indirekte Steuern zur Deckung der Militärausgaben bewilligen könnten, wenn unsere Partei die Vermögenssteuern ablehnt. Hiernach würden die Ausnahmefälle des Genossen Wurm in diesem Reichstage immer vorliegen. Der Vorschlag des Genossen Wurm besagt in Wahrheit:

In dem jetzigen Reichstage und so lange die Parteiverhältnisse sich nicht vollständig zugunsten der Sozialdemokratie geändert haben, haben wir für die Vermögenssteuern zur Deckung der Militärausgaben zu stimmen.

Wenn der Parteitag das beschließen soll, weshalb soll er es nicht gerade heraus, sondern auf einem Umwege sagen?

Die Tragweite eines solchen Beschlusses zeigen uns zunächst die Vorgänge in diesem Jahre. Der Reichstag hat die Militär- und Deckungsvorlagen nach deren ersten Lesung im Plenum an einund-dieselbe Kommission verwiesen. Als die Kommission die Militär-

vorlage in der ersten Lesung erledigt hatte, verlangten die Konserwativen und das Zentrum, daß die Kommission jetzt erst die erste Lesung der Dedungsvorlagen vornehme, dann hintereinander die zweite Lesung der Wehr- und Dedungsvorlagen abmache und schließlich alle diese Vorlagen im Anschluß an einander in das Plenum des Reichstages bringe. So wollten die Konserwativen und das Zentrum die Militärvorlagen und die Dedungsvorlagen zu einem Ganzen vereinigen und es sich dadurch ermöglichen, den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei zu drohen: sie werden schließlich gegen die Militärvorlage stimmen und — da sie dann mit den Sozialdemokraten die Mehrheit gegen die Militärvorlagen haben — das große „patriotische“ Werk vereiteln, wenn die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei die Dedungsvorlagen anstatt mit der Mehrheit und nach deren Wünschen fertig zu machen, sie mit den Sozialdemokraten und nach deren Vorschlägen beschließen. Gegen diese Zumutung sträubten sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei und setzten es mit der Hilfe der Sozialdemokraten durch, daß die Kommission sofort mit der zweiten Lesung der Wehrvorlagen begann und diese Vorlagen nach ihrer Erledigung in der Kommission an das Plenum des Reichstages brachte, ganz unabhängig von den Dedungsvorlagen.

Das Zentrum ließ sich aber nicht irren machen; es gab sowohl in der Kommission als auch später im Plenum folgende Erklärung ab: Die Zentrumsfraktion löst einmütig und geschlossen an dem Grundsatze fest: keine Ausgabebewilligung ohne Deckung. Unsere Bestimmungen in der zweiten Lesung der Wehrvorlage können daher nur vorläufig sein. Eine Verabschiedung der Wehrvorlage ist der Zentrumsfraktion erst möglich nach der Entscheidung über die Dedungsvorlage. Unsere Stellungnahme zur Wehrvorlage wird abhängen von der Art und Weise der Lösung der Dedungsfrage.

Und siehe da. Dieselben Nationalliberalen und dieselbe Fortschrittliche Volkspartei, die kurz vorher so stolz die Trennung der Militärvorlagen von den Dedungsvorlagen beschlossen hatten, fielen jetzt um. Sie vereinbarten mit dem Zentrum, daß sie die Vorlagen doch verbinden; sie verständigten sich über die Dedungsvorlagen, also auch über die Besitzsteuern, und erst nachdem die endgültige Gestaltung auch der Besitzsteuern im Reichstage festgelegt war, kam es zur Verabschiedung der Wehrvorlage: also es ist ganz genau so gekommen, wie es das Zentrum als Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlagen verlangt hatte. Diese Voraussetzung haben die drei Parteien: Zentrum, Nationalliberale und die Fortschrittliche Volkspartei erfüllt, und darauf konnte das Zentrum, gegen seiner Erklärung, die Militärvorlagen annehmen.

Trotzdem berief sich die Mehrheit unserer Fraktion darauf: das Zentrum hätte doch unter allen Umständen die Militärvorlage angenommen, wir können daher auch durch die Ablehnung der Besitzsteuer nicht die Annahme der Militärvorlage verhindern und würden es nur verschulden, daß nach der Ablehnung der Besitzsteuern die bürgerlichen Parteien dafür indirekte Steuern annehmen werden.

Es sind hiernach die beiden von Wurm vorge schlagenen Voraussetzungen für unsere Zustimmung zu den Besitzsteuern erfüllt: wir können für Besitzsteuern auch dann stimmen, wenn sie die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlagen sind.

Von hier aber bis zur Annahme der Militärvorlage selbst ist nur ein kleiner Schritt weiter auf derselben Bahn. Ob ich es ändern erleichtere, für die Militärvorlage zu stimmen oder selbst dafür stimme — ist das ein so großer Unterschied? In ein bis zwei Jahren bekommen wir eine neue Marinevorlage. Wie nun, wenn die Regierungen als Dedungsvorlage einen Gesetzentwurf bringen, der den einmaligen Wehrbeitrag — vielleicht noch noch unsern jetzt abgelehnten Anträgen verächtlich — als dauernde Besitzsteuer vorschlägt. Zentrum und Konserwativen haben die feierliche Erklärung in diesem Jahre abgegeben, daß sie nie und nimmer den Wehrbeitrag als dauernde Besitzsteuer annehmen werden. Auf der anderen Seite verlassen sie sich auf die Hilfe der — Sozialdemokraten und stimmen in der Tat nicht für die Marinevorlage, wenn mit ihr die neue Besitzsteuer verbunden ist.

Was dann? Sind dann nicht die Gründe, die jetzt für unsere Zustimmung zu den Besitzsteuern geltend gemacht werden, ebenso zutreffend oder nicht zutreffend? Wenn wir die Marinevorlage mit der neuen Besitzsteuer ablehnen, dann nehmen die bürgerlichen Parteien die Marinevorlage mit indirekten Steuern an; wir haben also mit unseren Stimmen gegen die Marinevorlage in Wahrheit nur für die indirekten Steuern und gegen die Besitzsteuern entschieden. Also — mühten wir für die Besitzsteuer und für die Marinevorlage stimmen: ein Gedanke, den jeder Parteigenosse von sich weisen wird.

Worin liegt der Fehler? Daß wir uns mit der Frage begnügen, was wir verhindern können und was nicht. Gewiß ist es richtig, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen noch nicht die Macht haben, die Annahme der Militärvorlagen zu verhindern. Aber wir haben die Macht zum unermüdeten Kampf gegen diese Vorlagen. Und in diesem Kampfe müssen wir jede Wöche der Gegner ausnutzen. Wollen sie selbst — aus welchem Grunde auch immer — die Militärvorlage nicht annehmen, so müssen wir hier einsteigen und die Vorlage zu Fall bringen, ohne Rücksicht auf die Besitzsteuern. Ebenso, wenn die Gegner eine Bedingung für ihre Zustimmung zur Militärvorlage stellen, wie es das Zentrum in diesem Jahre getan hat. Dann müssen wir den Gegner beim Wort nehmen und alles tun, daß die Bedingung nicht erfüllt wird, wiederum ohne Rücksicht auf die Besitzsteuern.

Daher komme ich zu dem Schluß, daß der Vorschlag des Genossen Wurm nicht genügt. Vielmehr muß der Parteitag den Grundsatze aufstellen, daß wir auch dann gegen die Besitzsteuern stimmen müssen, wenn sie für die bürgerlichen Parteien die Voraussetzung der Zustimmung zu den Militärvorlagen sind.

Das ist aber keine praktische Politik; das heißt nicht positive Arbeit leisten; das schädigt die Arbeiter. So höre ich manchen Genossen ausrufen. Auch darauf soll die Antwort folgen.

Patriotische Justiz.

Die 7. Ferienstrassenkammer des Landgerichts I. in Berlin hat heute unter dem Vorsitz des aus dem Moabiter Prozeß bekannten Landgerichtsdirektors Lieber ein Urteil gefällt, dessen Begründung berechtigtes Aufsehen erregen dürfte. Müht sie doch erkennen, daß das Gericht ganz unter dem Eindruck der von den Scharfmachern betriebenen Hebe gegen das Koalitionsrecht gestanden hat. Es handelt sich um folgendes:

Der Gastwirt Dobeß eröffnete vor einiger Zeit in der Lindenstraße ein Restaurant. Kellner Otto Schulz ersuchte den Gastwirt im Auftrage des Gastwirtsgehilfenverbandes, organisierte Kellner einzustellen, zum mindesten aber den Tarifvertrag des Gastwirtsgehilfenverbandes durchzuführen. Dobeß lehnte beides ab. Einige Tage später erschien Schulz wieder bei Dobeß, ließ sich ein Glas Bier geben und benützte diese Gelegenheit, um gedruckte Zettel

an die Gäste zu verteilen, auf denen die Gäste ersucht wurden, die Gastwirtschaft nicht mehr zu besuchen, da der Gastwirt weder organisierte Kellner engagiere, noch den Tarifvertrag des Gastwirtsgehilfenverbandes anerkennen wolle. Dobeß und einige seiner Kellner entzerrten sofort Schulz in wenig sanfter Weise aus dem Lokal. Schulz warf während seiner „Entfernung“ eine Anzahl Zettel auf einige Tische und bestellte außerdem zwei Zettel am Eingang zum Lokal an. Dobeß stellte Strafantrag. Schulz wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Hausfriedensbruchs, Verletzung des Preßgesetzes und groben Unfugs zu einem Monat Gefängnis und 30 M. Geldstrafe verurteilt.

In der heutigen Berufungsverhandlung führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sengler, Vertreter des Rechtsanwalts Wolfgang Heine, aus, daß es sehr zweifelhaft sei, ob der Angeklagte sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht habe, da er der Aufforderung, sich zu entfernen, sofort entsprochen habe. Grober Unfug und Vergehen gegen das Preßgesetz liege jedenfalls nicht vor. Zum mindesten sei das außerordentlich hohe Strafmaß nicht berechtigt, da der Angeklagte doch nur im Interesse seiner Kollegen aus rein idealen Gründen gehandelt habe.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Hausfriedensbruchs und Verletzung des Preßgesetzes zu einem Monat Gefängnis, sprach ihn dagegen wegen des groben Unfugs frei. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, begründete das Urteil u. a. mit folgenden Ausführungen:

Den Arbeitern steht zweifellos die Ausübung des Koalitionsrechts zu, sie müssen sich aber in den gesetzlichen Schranken halten. Die Taten des Angeklagten grenzen aber hart an Exzessivität. Jedenfalls liegt ein sehr schwerer Hausfriedensbruch vor, der eine harte Strafe rechtfertigt. Es gehen seit einiger Zeit Klagen über den Terrorismus gewisser Arbeiterkreise an die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Ersuchen, die Strafen zu verschärfen. Angesichts derartiger Vorkommnisse haben die Gerichte die Pflicht, die Strafen scharf zu bemessen. Nach der allgemeinen Judikatur hat der Angeklagte sich zweifellos des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Er betrat das Dobeßsche Lokal nicht, um Bier zu trinken, sondern um gedruckte Zettel zu verteilen, auf denen die Gäste ersucht wurden, das Lokal in Zukunft nicht mehr zu besuchen. Dem Angeklagten konnte nicht zweifelhaft sein, daß Dobeß dies in seinem Lokal nicht dulden werde. Groben Unfug hat der Gerichtshof nicht für vorliegend erachtet, da der Angeklagte wohl nicht das Bewußtsein hatte, groben Unfug zu begehen. Dagegen ist in der Zettelverteilung und in der Anheftung der Zettel am Lokaleingang eine Verletzung des Preßgesetzes geschehen worden. In Erwägung aller dieser Umstände hat der Gerichtshof den Angeklagten des Hausfriedensbruchs und der Verletzung des Preßgesetzes für schuldig erachtet und hat, trotz der Unbescholtenheit des Angeklagten, die vom ersten Richter erkannte Strafe für angemessen gehalten.

Die Begründung des Urteils wird bei den Gegnern der Arbeiterbewegung die lebhafteste Genugtuung hervorrufen. Zeigt sie ihnen doch, daß es auch ohne Justizausprüche möglich ist, den Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu führen.

Politische Uebersicht.

Völker Europas . . .

Auf dem Meher Katholikentag hat Herr Matthias Erzberger in der dritten geschlossenen Versammlung hingewiesen auf den „neuen Völkerabend“, der im Anmarsch begriffen sei. Vor 400 Jahren, als neue Erdteile entdeckt und erschlossen wurden, habe man leider versäumt, die Welt dem Evangelium unterzuordnen; das müsse jetzt, da in Japan, China und Indien alte Kulturen untergingen und neue im Entstehen begriffen seien, nachgeholt werden. Die Zeit der Entscheidung sei gekommen, ob Ostasien für die Zukunft ein katholisches oder ein neuheldnisches Gebiet tragen werde. Verkündete Bestätigt verkündete Herr Matthias Erzberger, daß es gelte, einen neuen Dom zu bauen nicht aus kaltem Stein, sondern einen Weltendom aus unsichtlichen Seelen. Und mit dem Aufse: „Gott will es!“ schloß er seine Kreuzzugsrede.

Und in einer großen Missionsversammlung behandelte Generalleutnant von Steinaecker denselben Gegenstand. Er sieht eine Zeit kommen, in der sich große Möglichkeiten für die Ausbreitung des Christentums eröffnen. Im Osten leben alte Kulturen vor dem Zusammenbruch, die alten Religionen dort haben ihre Werbestärke verloren. Hier muß das Christentum ansetzen, da es allein vermag, neues Leben aus den Ruinen zu wecken. „Wir wollen“ — so sagte der Redner — „als Träger und Verbreiter des Christentums in Ausführung des Auftrages unseres göttlichen Heilandes dem deutschen Namen Ehre machen. Wir wollen zeigen, daß wir einen weiten Blick haben und erkennen, daß, wenn die gewaltige Völkerflut des Ostens nicht christlich wird, dann eine Zeit entstehen muß, in der sie sich gegen uns, gegen die christlichen Nationen wendet. Völker Europas, wachet eure heiligsten Güter!“

Wir bezweifeln, daß die Japaner und Chinesen es so eilig haben, Herrn Erzberger zu Gefallen, über Ostasien die Stoppel des „Weltendoms aus unsichtlichen Seelen“ zu wässern, d. h. ihre Länder zu kirchalisieren. Wir bezweifeln auch, daß es zur Empfehlung des Christentums dient, wenn es ihnen von einem Zentrumsgeneral mit dem antzühigen Kampfruf: Völker Europas, wachet eure heiligsten Güter! dargebracht wird — abgesehen davon, daß die japanischen und chinesischen Staatsmänner genug von der europäischen Heimat des Christentums kennen, um zu wissen, daß sich hier die Völker mehr und mehr von der Kirche abwenden. Und dieses letzte ist ja auch der hauptsächlichste Grund, weshalb Rom sich neuerdings mit ganz besonderem Eifer auf die Missionierung Ostasiens verlegt. Die gelbe Rasse soll die Lücke füllen, die der Abfall der Franzosen und Portugiesen gerissen hat! Im Oktober 1910 erschien in den „Historisch-politischen Blättern“ ein Aufsatz über die Krise in der Kirche des Abendlandes. Darin wurde dargelegt, daß die Kirche gegenüber dem unaufhaltsam vordringenden Antichristentum kein anderes Mittel habe, als ihre Kinder gegen die Glaubensfeinde abzuschließen und für die bereits Abgefallenen anderswo Ersatz zu suchen. Anstatt ihre Kräfte in einem möglicherweise nutzlosen Kampfe mit Nationen zu erschöpfen, die einem langsamen Verfall entgegengehen, halte es die Kirche für besser, „sich an weniger verbrauchte Völker zu wenden, denen vielleicht das Prinzipal über Europa einst beschiedene sein könnte“: an die gelbe Rasse, an Japan und vor allem an das Viermillionenreich China. Das sei „eine gigantische Idee, die wie ein mächtiges Morgenrot in die Rot der abendlichen Kirche hineinleuchtet. Das ungeheure Gemälde der immer wachsenden Entchristlichung des Abendlandes muß der große Gegenstand unserer Sorge, das im Osten aufsteigende Licht die Quelle unserer Hoffnung sein!“

Auch dieser Prophet weist nach dem Osten. Während aber der Zentrumsgeneral vom Meher Katholikentag das Christentum nach Ostasien bringen will, um die dortigen Völker zu bezwingen und

ihren Einfall nach Europa zu verhindern, ersehnt der Mann in den „Historisch-politischen Blättern“ das Prinzipal, d. h. die Herrschaft der Japaner und Chinesen über Europa, damit sie diesem das Christentum zurückbringen, d. h. Europa wieder kirchalisieren. Ob so oder so: man hat allen Grund, die Missionspläne des Kirchismus mit Mißtrauen zu verfolgen. Nicht als ob jemand der Kirche oder ihren Freunden im Zentrum verbieten wollte, in Ostasien das Evangelium zu predigen, wohl aber um der Gefahr vorzubeugen, daß den ultramontanen Missionsplänen, d. h. den Interessen Roms die Politik des Reiches untergeordnet werde — eine Gefahr, die bei dem großen politischen Einfluß des Zentrums einerseits und seiner Folgsamkeit gegenüber den Ansprüchen Roms nicht von der Hand zu weisen ist. Ob Ostasien bereinigt ein katholisches oder heidnisches Gesicht trägt, ist eine Frage, die abseits der deutschen Politik liegt. Und wenn die Frage die Herren vom Katholikentag interessiert, so genügt das nicht, ihr Einfluß auf unsere Politik einzuräumen.

Titel und Orden.

Ein liberaler Beitrag zum deutschen Bedientenopfer.

Die herrliche Modära ist zwar vorüber, und die roten Adler sind jetzt den liberalen Knopflöchern nicht mehr so gelovogen, wie es ehemals der Fall war. Aber hin und wieder entgeht doch auch jetzt ein liberaler Abgeordneter seinem Schicksal nicht. So ist der liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer vom Fürsten zur Lippe mit dem Professortitel bedacht worden, und in einem Landtagswahlkampf haben christlichsoziale Agitatoren, die von den Konserwativen ausgehalten wurden, dies freudige Ereignis gegen Neumann-Hofer als Kandidaten demnach vertwert — die Sozialdemokratie verzichtete natürlich auf dies persönliche „Agitationsmittel“ —, daß sich der neue Professor veranlaßt sieht, in seiner „Lippischen Landeszeitung“ die Stellung der Liberalen zum Titel- und Ordenswesen „grundständig“ zu erörtern. Der Artikel umfaßt ein Duzend Zeitungspalten!

Zunächst versichert Dr. Neumann-Hofer, daß der Liberalismus eine monarchisch gestimmte Partei sei, die die Aufgabe habe, den von den Reaktionären um die Krone gezogenen überliefernten Ring zu brechen und den Monarchen liberalen Anschauungen zugänglich zu machen. Das erreiche man nicht durch Raubbearbeitung, sondern dadurch, daß man maßvolle Kritik übe und korrekte Beziehungen zur Krone und zu der Regierung unterhalte, überhaupt zeige, daß die Liberalen ebenbürtig und bessere Patrioten als die Konserwativen wären. Der liberale Politiker habe die Aufgabe, „die Herrschenden für seine Auffassung zu gewinnen, wie es die Konserwativen fortgesetzt tun“. Daraus folge die Notwendigkeit des Wettbewerbs mit den Konserwativen in der Teilnahme an den bössischen Veranstaltungen, damit die Konserwativen dem Monarchen nicht in die Ohren blasen könnten: „Siehst du, so sind die Leute; sie sagen zwar, daß sie nicht Republikaner sind, aber das ist ja nur schlecht verhüllte Rache usw.“

Und nach diesen ammutigen allgemeinen Ausführungen folgt ein spezielles Kapitel über die Titel und Orden, in dem es u. a. heißt:

„Ich schene mich nicht, es hier offen vor aller Welt auszusprechen: Es wäre ein schwerer politischer Fehler, ein solches Angebot abzulehnen, falls man nicht etwa . . . besondere Gründe dazu hat. Es wäre ein Fehler im Interesse des Liberalismus und seiner praktischen politischen Erfolge. . . Eine solche Ablehnung muß notenmäßigweise bei dem Monarchen ein Gefühl der Verstimmung hervorrufen und den Konserwativen bei ihm erneut Oberwasser verschaffen. . . Selbstbewußte, aufrechte Liberale . . . mühten energisch Verwahrung dagegen einlegen, daß etwa der Monarch bei Vergabung der ihm nun einmal zur Verfügung stehenden Auszeichnungen konserwativen Kreise bevorzugt, wie es ja zumeist geschieht. . . Der Monarch soll über den Parteien stehen. . . Aus dieser Auffassung heraus müssen die Liberalen geradezu fordern, daß sie in keiner Beziehung hinter den Konserwativen zurückgesetzt werden und mühten es als einen Schlag ins Gesicht empfinden, wenn es trotzdem geschieht.“

Und diese Gedankengänge haben den liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Neumann-Hofer dem auch, wie er hervorhebt, bestimmt, ja zu sagen, als ihm die Titelverleihung angeboten wurde.

Das ist ja nun gewiß keine persönliche Angelegenheit, und konserwativen Leute haben keinen Anlaß, ihm deswegen Vorwürfe zu machen. Aber für andere Menschen, die in diesem Titel- und Ordenswesen ein trauriges Ueberbleibsel aus der Zeit des Jopfes sehen, aus der Zeit, da nach der Laune des Fürsten Gelegenheit gegeben war, die allergeringsten Kapriolen zu schießen, ist es doch eine merkwürdige Sache, zu sehen, wie hier ein „entschieden liberaler“ Abgeordneter seine grundfäßliche Auffassung zu dieser vormärzlichen Geflogenheit in allem Ernste darlegt. Eine derartige Offenbarung „entschieden liberalen“ Geistes hätten wir bis zu dieser Stunde denn doch nicht für möglich gehalten. Nach Neumann-Hofer ist es nicht die Aufgabe des Liberalismus, diesen Kopf abzuschneiden, sondern sich ihm zur höheren Ehre des „über den Parteien stehenden Monarchismus“ sozusagen zu assimilieren, dem hehren Streben zu leben, in der Hofluft mit den Konserwativen auf gleich und gleich gestellt zu werden. Wir fürchten, auf diesem Wege wird eher das vollständige Aufgehen der liberalen Grundfätze in wachsender Konserwativer Praxis, als umgekehrt eine, wenn auch nur bescheidene Beeinflussung der Höfe in echt liberalem Sinne erreicht werden.

Die Liberalen verlieren eben das Träumen nicht!

Der Wehrbeitrag der Bundesfürsten.

Zu dieser Sache wird der „Täglichen Rundschau“ geschrieben:

„Die Aufstellung von Vermögensverzeichnissen für den kommenden Wehrbeitrag ist von den bundesfürstlichen Vermögensverwaltungen schon seit einiger Zeit in Angriff genommen. Da die Bundesfürsten bisher weder Reichs- noch Staatsrenten bezahlt haben, so fehlt eine geeignete Unterlage für die Beurteilung des wehrpflichtigen Vermögens und es verurteilt den verantwortlichen Leitern der fürstlichen Vermögens große Mühe, die Listen einwandfrei festzustellen. In den Ausführungsberichten des Bundesrats wird sich die Bestimmung finden, daß zur Entgegennahme der Wehrbeiträge der Bundesfürsten die obersten Finanzbehörden der Bundesstaaten zuständig sind. Diesen sind die Vermögensverzeichnisse einzureichen. Nachdem aber die Beiträge freiwilliger Natur sind, so können für die Fürsten die gesetzlichen Ueberprüfungsstellen nicht in Anwendung kommen und wird eine Kontrolle nur dann stattfinden, wenn sie ausdrücklich verlangt wird. Für die Bestimmung des kaiserlichen Privatvermögens ist das königliche Hausministerium zuständig. Uebrigens dürften die Bundesfürsten von dem Recht, den Wehrbeitrag in drei jährlichen Teilzahlungen abzuschließen, keinen Gebrauch machen, sondern ihren Beitrag im Frühjahr 1914 bezahlen.“

Man wird ja sehen, wieviel an freiwilligen Abgaben zusammenkommt!

Was ist Politik?

Diese Frage hat den preussischen Gerichten schon viel Kopfweh gemacht, wenn es galt, den Zusammenhang von Sportvereinen, Gesangsvereinen und geselligen Zirkeln mit der Sozialdemokratie zu beweisen. Auf eine besonders originelle Auslegung des Begriffs Politik, die allgemein bekannt zu werden verdient, ist dabei das Schöffengericht Strehlen in Schlesien gekommen, das den Vorstehenden des dortigen Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“ zu 6 M. Geldstrafe oder zwei Tagen Haft verurteilte. Ueber die Gründe dieser Bestrafung läßt sich das Urteil recht offenherzig aus:

„Seit August 1911 besteht hier in Strehlen der Gesangsverein „Vorwärts“, dessen Vorstehender der Angeklagte ist. Troßdem der Verein bei der diesjährigen Kaiserfeier der hiesigen sozialdemokratischen Partei und vorher auch bei der Passafestfeier dieser Partei, in welcher politische Angelegenheiten, nämlich auch die Fragen wegen Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit erörtert wurden (1), durch Vorträge mitgewirkt hatte, so hat er trotz mehrfacher Aufforderung der Polizeibehörde noch nicht die Säugung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der zuständigen Polizeibehörde eingereicht. Das Gericht hält ihn aber hierzu für verpflichtet. Allerdings geht ja aus der verlesenen Säugung des Vereins eine politische Betätigung desselben nicht hervor. Das ist aber unerheblich. Es genügt, wenn ein Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nur als Neben Zweck verfolgt, und es kommt auf die gesamte zur Kenntnis der Behörde gelangte Vereinsaktivität an.“

Und an einer anderen Stelle wird bezeichnend gesagt: „Dem Angeklagten mögen ja scheinbar Urteile des königlichen Oberlandesgerichts zur Seite stehen. Diese betreffen aber jedenfalls nicht den hier in Rede stehenden Fall. Wenn es sich nur um Beteiligung des Vereins an Familienfeiern, Konzerten u. dgl. handelte, so könnte seine Wirksamkeit als nicht politisch angesehen werden. Hier aber handelt es sich um Mitwirkung bei öffentlichen politischen Versammlungen, zu denen jedermann Zutritt hatte.“

Und als Beispiel werden dann einige politische Lieder wie das „Bundeslied“ und die „Internationale“ angeführt. Das Oberlandesgericht hatte aber bei der Freisprechung des Rotborens Gesangsvereins ausdrücklich erkannt, daß durch das Singen solcher Lieder bei den Veranstaltungen politischer Vereine noch gar nicht bewiesen sei, daß der Gesangsverein zum Zwecke der Erzielung politischer Angelegenheiten begründet ist. Aber ein Gericht, das trotz § 6 des neuen Vereinsgesetzes die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen für politische Angelegenheiten erklärt, darf auch hier anderer Meinung sein. Zum Schluß dokumentiert das Gericht seine Unparteilichkeit durch folgende Ausführungen in der Urteilsbegründung:

„Die Sache wäre ähnlich zu beurteilen, wenn z. B. ein sozialistischer oder liberaler Verein bei öffentlichen Versammlungen einem Gesangsverein gestattet wolle, vor oder nach dem Vortrage der politischen Redner patriotische Lieder zu singen, wie „Heil Dir im Siegerkranz“ oder das „Preußenlied.“

Die Sache wäre allerdings ähnlich zu beurteilen! Wer aber vermag ein einziges preussisches Gericht aufzutreiben, das einen bürgerlichen Gesangsverein jemals „ähnlich“ beurteilt hätte?

Ueber die Grundzüge des neuen Sonntagsgesetzes

wurde auf dem Kongress des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe in Leipzig triumphierend mitgeteilt, daß die Vorlage die volle Sonntagruhe nicht bringen werde. Im Gegenteil: In solchen Städten, in denen die Landbevölkerung am Sonntag einfaßt, sollen die offenen Geschäfte bis zu vier Stunden am Sonntag verkaufen dürfen. An 6 Sonn- und Festtagen des Jahres soll durchgehend zehnstündige Sonntagsarbeit zugelassen werden — die Festesfreude der Handlungsgehilfen! Den Leipziger Kongressisten ist das natürlich alles noch zu wenig, aber die Angelegtesten werden sich beizeiten rühren müssen, um eine solche „Reform“ abzuwehren!

Ein Vorstoß gegen die Gewerbegerichte.

In den „Preussischen Jahrbüchern“ macht ein Dr. Richard Hellinger gegen die Gewerbegerichte Front, indem er schäntweg behauptet, den Besitzern mangle es an der notwendigen Unabhängigkeit. Zum Beweis dafür führt er aus, daß bei Berliner Gewerbegerichten als Arbeitgeber-Beisitzer Gastwirte und Inhaber von Partispeditionen tätig sind. Jene, welche Beispiele, daß die Rechtsprechung dadurch gelitten habe, vermag er allerdings nicht anzuführen, können ihm solche Fälle zur Verfügung, dann würde er gewiß nicht damit hinter dem Berge gehalten werden. Was er gegen die Gewerbegerichte anföhrt, sind sonach haltlose Verdächtigungen, die schon von Leuten wie Dr. Schulz, Franke u. a. widerlegt wurden, die entschieden kompetenter sind, als der in den weitesten Kreisen völlig unbekannt Dr. Hellinger. Seiner Ansicht nach dürften die Kaufmanns- und Gewerbegerichte nur Schiedsgerichte sein, nicht aber erkennende Instanzen. Wenn aber diese Umwandlung nicht zu erreichen wäre, dann müßte wenigstens gegen alle Urteile dieser Gerichte die Berufung zulässig sein.

Die Wagdabahnverhandlungen.

Wien, 27. August. Die „Kölnische Zeitung“ erzählt aus Berlin: Die Wichtigkeit der Meldungen über eine franco-deutsche Verständigung in den asiatischen Eisenbahnfragen unterliegt sehr selten Einschränkungen. Die deutsche und die französische Regierung pflegen über die vom „Temps“ berührten kleinasiatischen und syrischen Eisenbahnfragen keine Verhandlungen, auch nicht in Gestalt vertraulicher Vorbesprechungen. Tatsächlich erfolgte nur ein privater, unverbindlicher Gedankenaustausch zwischen der deutschen und französischen Finanzgruppe, die in der asiatischen Türkei Rechte und Interessen besitzen. Verhandlungen über türkische Interessen führte Deutschland mit Frankreich nicht.

Der mit dem Notwehrrecht für die Soldaten.

Wie begründet bei der Beratung der Wehrvorlage der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Soldaten gesetzlich das Recht der Notwehr zu geben, war, hat am Montag die Verhandlung eines Falles vor dem Kriegsgericht der Aufführungsliste in Kiel bewiesen. Vor dem Gericht standen als Angeklagte der Kaschintienmaat Behrens wegen Mißhandlung eines Untergebenen, und der Heizer Pauli, der diese Mißhandlungen hat ertragen müssen, sich aber dagegen gewehrt hat, wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Ursache der Anklage war ein Vorfall, der sich am 5. Juni vor dem Kommando abspielte, wo an dem Tage der Dampferkreuzer „Goeben“ lag, zu dessen Besatzung beide gehörten. Der Matratte hatte den Heizer vom Sprachtode weggeschickt, weil er meinte, daß er es ungeschickt bedient habe, und sagte dabei zum Heizer: „Pauli! Sau!“ Darauf entgegnete der Heizer, daß er nicht zu faul zum Arbeiten sei. Darauf nahm der Matratte einen scharfkantigen Schamottestein und warf damit den Heizer. Der Stein traf diesen so schwer am Hinterkopf, daß er vor Schmerz aufschrie und bestig meinte. Zugleich ergriß ihn aber die Wut; er nahm seinen Dolch u. h. warf damit nach dem Vorgesetzten, traf ihn aber nicht. Dann sprang er auf ihn zu und packte ihn zweimal am Hals, wurde aber von einem anderen Heizer zurückgerissen. Der Wurf mit dem Schamottestein hatte

bei dem Heizer, wie der Arzt feststellt hat, eine Gehirnerschütterung hervorgerufen und er mußte einige Tage im Lazarett liegen und durfte nach seiner Entlassung daraus einige Tage nur leichten Dienst machen.

Der Heizer erklärte vor Gericht, er sei durch den vom Steinwurf verursachten Schmerz so in Erregung geraten, daß er nicht mehr Herr seiner Sinne war. Ein Heizer sagte auch als Zeuge aus, daß dem Angeklagten nach dem Wurf der Schamotte vor dem Mund gestanden habe. Militärjustitia wog die Urteile sehr gerecht ab.

Der Matratte erhielt für seine Rohheit drei Monate und einen Tag Gefängnis. Die beantragte Degradation lehnte das Gericht ab. Ein Vorgesetzter, der seine Untergebenen mit großen Steinen wirft, verliert also die Ergiebigkeit beim Militär noch nicht. Der Heizer aber, der sich nicht mit Steinen werfen lassen wollte, muß

neun Monate und einen Tag

ins Gefängnis spazieren. Er kann noch von Glück sagen, daß das Gericht vor dem § 98 des Militärstrafgesetzbuchs Gebrauch gemacht hat, wonach die Strafe ermäßigt werden kann, wenn der Untergebene durch vorschriftswidrige Behandlung von dem Vorgesetzten gereizt worden ist. Für seine Tat: Vergeben im Dienst und vor versammelter Mannschaft, lehnt nämlich das Militärstrafgesetzbuch eine Mindeststrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Solche Zustände schreien geradezu nach einer Abänderung des Militärstrafrechts!

Die Balkanfragen.

Die Türken demontieren.

Konstantinopel, 27. August. Die Pforte erklärt die Meldung, daß türkische Truppen Gümüldschina und Kastanli besetzt hätten, für unrichtig.

Abzug der rumänischen Truppen.

Sofia, 27. August. Nach Informationen aus dem Ministerium des Innern haben die rumänischen Truppen das bulgarische Gebiet fast vollständig geräumt. Voraussichtlich wird morgen kein rumänischer Soldat mehr auf bulgarischem Gebiet sein. Die Behörden hegen die Hoffnung, daß der normale Eisenbahndienst in Bulgarien bis Ende August wiederhergestellt sein wird.

Frankreich.

Die Sozialisten bei den Provinzialwahlen.

Die „Humanité“ gibt eine Uebersicht über das Gesamtergebnis der letzten Wahlen zu den General- (Departement-) und Arrondissement- (Kreis-) Räten, soweit die Partei beteiligt war. Unter 86 Departements war die Partei nur in 59, davon nur in 47 bei der Generalratswahl beteiligt. Für 1453 Generalrats- und etwa ebensoviel Kreisratsitze waren 235 bzw. 253 sozialistische Kandidaten aufgestellt. Die Zahl der aufgetragenen Stimmen war 511 544, die der Gewählten zu beiden Arten Räten 105, 3 1/2 Proz. der Gesamtzahl. Der stärkste Erfolg wurde im Departement du Nord erzielt, wo in 68 Kantonen 50 Parteikandidaten aufgestellt waren und am ersten Wahlgang rund 127 000 Stimmen abgegeben wurden. Gewählt wurden 9 General- und 11 Kreisräte. Die Partei zählt jetzt im Generalrat 17 Vertreter und hat in den Kreisräten von Douai und Lille die Mehrheit. 3 andere Parteiverbände brachten über 20 000 bis 25 000 Stimmen auf, 12 weitere über 10 000. Im Departement Haute-Vienne, Westfrankreich, das die zweitgrößte Stimmenzahl aufbrachte, wurden von 21 Kandidaten 10 gewählt, in Allier, Ostfrankreich, bei 24 345 Stimmen 10 von 20. Den größten Erfolg erzielte die Partei im Vat an der südöstlichen Seeküste, wo von 27 Kandidaten 20 gewählt wurden. 11 weitere erzielten 2 bis 11 Wahlsitze, so daß insgesamt in 15 Departements Sozialisten gewählt wurden. Zusammenfassend heißt es in der „Humanité“: „Man kann sagen, daß die Arbeit der Partei bei den Kantonswahlen den Stempel übertriebener Kenglichkeit trägt und ihre Ergebnisse den wirklichen Kräften des Sozialismus nicht entsprechen. Außerdem kann jeder feststellen, daß diese Arbeit am erfolgreichsten war bei den am stärksten organisierten Verbänden. Die Partei muß also mehr Energie auf die Organisationsarbeit verwenden.“

England.

Die Bergarbeiter von Chesterfield.

London, 26. August. (Eig. Ber.) Die bei der Wahl von Chesterfield zwischen dem Bergarbeiterverband der Grafschaft Derbyshire und der Arbeiterpartei entstandene Krise nimmt ihren Fortgang. In einer Versammlung des Vorstandes dieses Grafschaftsverbandes wurde zu der Lage Stellung und in einer reichlich konfusen Resolution, aus der hervorgeht, daß dieser Verband nicht einmal den Unterschied zwischen J. L. B. und der Labour Party kennt, gegen die Nichtanerkennung der Kandidatur Kenhons durch den Vorstand der Arbeiterpartei Protest erhoben, und der Verbandsvorstand mit der weiteren Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Die Bergarbeiterführer von Derbyshire glauben sich also noch immer darüber beklagen zu dürfen, daß sich ihr Kandidat nicht außer einen Liberalen auch noch einen Arbeiterkandidaten nennen durfte. Gleichzeitig wurde aber der Vorstand auch beauftragt, sich über den gesetzlichen Status des Verbandes zu erkundigen und die nötigen Schritte zu unternehmen, um dem Bergarbeiterverband von Derbyshire seine politische Freiheit zu geben.“ Das heißt mit anderen Worten, der Vorstand soll Schritte unternehmen, um den Austritt des Grafschaftsverbandes aus der Arbeiterpartei zu vollziehen. Abgesehen von dem Wahlkreis Chesterfield, hat dieser Grafschaftsverband jetzt noch zwei Vertreter im Parlament, die Mitglieder der Arbeiterfraktion Harvey und Hancock. Sie sind beide fähigste Liberale, von den besseren Elementen der Arbeiterpartei schon längst als räumliche Schafe betrachtet. Sie haben sich auch jetzt beide durch ostentative und mitunter auch provokatorische Unterstützung Kenhons hervorgetan. Durch ihren Austritt würde die Arbeiterpartei nur gewinnen. Es ist nur zu begrüßen, wenn der Bergarbeiterverband von Derbyshire aus seiner Stellung die logischen Schlüsse zieht. Das wird u. a. sicherlich auch dazu führen, den Bergarbeitermassen von Derbyshire selbst die Augen über die Isolierung ihrer Führer in der Arbeiterwelt Großbritannien zu öffnen. Das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Citizen“, bemerkt dazu:

„Vertreten die Bergarbeiter von Derbyshire unter der „schließlichen politischen Freiheit“ wirklich das Recht, sich von ihren Gewerkschaftskameraden im Parlament abzusondern und dafür unter den liberalen Käufern, Baumwoll- und Eisenlords zu sitzen? Wenn ja, dann brauchen sie keinen großen Rechtsgelehrten dazu, um zu lernen, wie sie sich mit der Liebe näher vereinigen sollen, die augenscheinlich ihre Herzen schon während der ganzen Zeit gefangen nahm. Die Arbeiterpartei hat keinen Wunsch, und hatte ihn nie, unfähige oder geteilte Anhänglichkeit zu beanspruchen. Die Bergarbeiter von ganz Großbritannien müssen sich die Frage stellen und entscheiden, wo sie stehen wollen. Wir unsererseits haben keinen Zweifel und keine Furcht ob der Entscheidung. Die britischen Bergarbeiter sind, alles in allem genommen, nicht die Leute, jetzt wieder umzukehren, nachdem sie einmal die Hand auf den Pflug gelegt haben.“

Amerika.

Der Konflikt mit Mexiko.

Mexiko, 27. August. Der amerikanische Spezialgesandte Lind ist nach Veracruz abgereist, um nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. Mit ihm sind auch zahlreiche Amerikaner abgefahren. Troßdem steht Lind mit dem mexikanischen Minister des Aeußern Gamboa in Notenaustausch. Unter den Ausländern in Mexiko herrscht Unruhe. Gamboa erklärte, es gebe gegenwärtig keinen Grund zur Aufregung. Die Lage sei keineswegs verzweifelt, sie sei nur ernst; es sei also zu wünschen, daß die Bevölkerung besonnen sei.

Die Volkschaft des Präsidenten.

Washington, 27. August. Präsident Wilson verließ heute mittag 1 Uhr im Kongress eine Spezialbotschaft, in der er betonte, Amerika wünsche Mexiko gegenüber im Geiste aufrichtigster Freundschaft im eigenen Interesse Mexikos zu handeln; die betrübenden Zustände in Mexiko berührten Amerika nahe, es werde Mexiko noch beweisen, daß es ihm zu dienen wisse, ohne zuerst an sich zu denken. Die gesamte Welt, so heißt es in der Volkschaft weiter, wünscht Mexiko Frieden und Fortschritt. Angesichts des Panamakanals birgt die Zukunft viel für Mexiko; Mexiko kann die besten Gaben aber nur genießen, wenn es sie ehrenvoll genießt. Die Entwidlung Mexikos ist nur dauernd gesund, falls sie das Produkt einer echten Freiheit und gerechten und gesetzmäßigen Regierung ist. Wir warten Monate vergebens auf eine Besserung der Zustände und es war unsere Pflicht, unsere guten Dienste anzubieten. Wilson besprach sodann die Entsendung und die Instruktionen Linds und fuhr fort: Wir bieten unsere Dienste nicht nur aus Freundschaft an, sondern auch, weil die Weltmächte erwarten, daß wir als nächster Freund handeln. Die gegenwärtigen Zustände sind unvereinbar mit der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen seitens Mexikos, der zivilisierten Entwidlung Mexikos und der Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Zustände in Zentralamerika. Amerika sehe keine Berechtigung für die Abweisung der angebotenen Dienste der Freundschaft ein; alles was Amerika inzwischen tue, müsse in Geduld und in ruhiger, uneigennütziger Ueberlegung wurzeln. Ungebuld auf Seiten Amerikas sei unangebracht; es müsse eine weitere günstige Gelegenheit abwarten und seine Dienste erneuern. Allen Amerikanern müsse nahegelegt werden, Mexiko sofort zu verlassen; ihnen müsse dabei geholfen werden. Jegliche Waffenexporte nach Mexiko müsse aufhören. Es freue ihn, erklären zu können, daß mehrere Großmächte Amerika moralisch unterstützten. Wilson teilte gleichzeitig die abweisende Antwortnote Huertas mit und sein Verlangen, daß Amerika den mexikanischen Botschafter in Washington wie auch seine eigene Regierung anerkennt.

Eine Stadt als Privateigentum.

Die Beherrschung des gesamten sozialen und politischen Lebens durch das Großkapital, wie sie bei uns durch das Dreiklassenwahlrecht und Einkünfte „hinter den Kulissen“ zustande kommt, erfolgt in Amerika öfter auf noch viel einfachere Weise. Nach dem Muster der bekannten Pullmann-Stadt bei Chicago hat die Clinchfield Coal Co., eine Bergwerksgesellschaft in Virginia, mehrere Orte gegründet, die ihnen mit Leib und Seele zu eigen sind. Ein Bergmann berichtet über die Stadt Dante, die etwa 5000 Einwohner zählt: Jedes Haus, einschließlich das des Arztes, des Zahnarztes, Barbiers, Hotel, Post, Schule, Kirche, alles gehört der Gesellschaft. Es gibt keinen Bürgermeister, keinen Gemeinderat oder was einer Behörde gleicht, außer zwei „Waldwies“ (Privatpolitisten) der Firma, die Schulleute heißen und Leute in das Gefängnis, das auch der Firma gehört, einsperren. Es gibt nicht einmal ein Wahllokal; das nächste ist in Caslewood, einem Ortchen von einigen hundert Einwohnern in 18 Kilometer Entfernung. Die Gesellschaft hat in der Nähe noch zwei Wohnorte gleicher Art, Dumps, Creel und Cranesnest im Umkreis von 25 Kilometern. Nach dem Gesetz von Virginia müßten die Ortsbehörden von den Bewohnern gewählt, die Polizisten Bürger des Bezirks sein. Wider das Gesetz nehmen sie Verhaftungen vor, durchsuchen Weise usw.

Hier ist nicht mehr nur die Arbeitskraft; der ganze Mensch mit Leib und Seele, Bürger und Familien sind Privateigentum des Kapitals geworden. Die Vereinigten Staaten aber sind das gelobte Land der Menschenrechte und Bürgerfreiheit.

Letzte Nachrichten.

Griechenland und Serbien demobilisieren.

Athen, 27. August. (W. Z. B.) Mit dem heutigen Tage hat die Demobilisierung begonnen, sie wird binnen einem Monat beendet sein.

Belgrad, 27. August. (W. Z. B.) Das Hauptquartier wird am Sonnabend aufgelöst. Reservisten sowie Mannschaften des ersten und des zweiten Aufgebots werden entlassen. Die Demobilisierung wird in zehn Tagen beendet sein. Nach erfolgter definitiver Festsetzung der serbisch-montenegrinischen Grenzlinie wird ein Erlaß des Königs über die Abzession der eroberten Gebiete veröffentlicht werden.

Nanking noch nicht eingenommen.

Shanghai, 27. August. (Weldung der Petersburger Telegr. Agentur.) Die gestrige Meldung von der Einnahme Nankings war durch einen Fehler des Generalstabes veranlaßt. Die Stadt befindet sich jedoch noch in den Händen der Heßellen, welche alle Angriffe zurückschlugen und die kleinen Abteilungen der Regierungstruppen, die in die Stadt eingebracht waren, vertreiben. Shangschan erwartet aber bald die Uebergabe der Stadt infolge Proviantmangel und bedeutender Verstärkung der Regierungstruppen.

Streik spanischer Eisenbahnarbeiter.

Madrid, 27. August. (W. Z. B.) Ähnlich wird aus Valladolid gemeldet, daß die Eisenbahnarbeiter im Norden Spaniens mit dem Ausstand beginnen. Das Personal der wichtigsten Beständen verließ heute früh die Arbeit. Der Streik ist durch einen Zwischenfall zwischen mehreren Arbeitern und einem Ingenieur veranlaßt worden.

Drohender Bergarbeiterstreik in Spanien.

Madrid, 27. August. (W. Z. B.) In einer Sonderbesammlung in Obispo beschlossen die Organisationen der Bergleute, im September den allgemeinen Ausstand zu proklamieren. Eine Kommission wurde eingesetzt, die das genaue Datum bestimmen soll.

Urtige Zusammenstöße beim katalonischen Textilarbeiterstreik.

Barcelona, 27. August. (W. Z. B.) Der Streik wird in den Industriestädten Kataloniens fortgesetzt. In Badalona verhinderten die Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit, Gendarmen zogen blank und verletzten zwei Personen. In Ralazo ver wundeten die Gendarmen 4 Arbeiter.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 28. August 1913.

Anfang 7 Uhr.

Rgl. Opernhaus, Siegfried.
Rgl. Schauspielhaus, Coby von Verhungen.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater, Das Bummelmädchen.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches, Der lebende Leinwand.
Kammerstücke, Kein Grund Tebb.

Schiller O, Die weiße Dame.
Schiller Charlottenburg, Geographie und Liebe.

Welten, Schwester Schiffer, Das harte Stück, Ein angebrochener Abend.

Berliner, Filmzauber.

Thalia, Puppchen.
Theater am Nollendorfsplatz, Die Kimo-Königin.

Königsgräber Straße, Das Buch einer Frau.

Kaffee, Der Klienten oder Caruso auf Teilung.

Trianon, Der abgegriffene Glockenzug, Untreu.

Herrnsfeld, Endlich allein, Die Schongarten-Jäger.

Wintergarten, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Romdichthaus, Pöscherschaftliche Wohnungen.

Deutsches Schauspielhaus, Das Farmer Mädchen.

Lustspielhaus, So'n Bindhund, Kofe, Biederleute.

Reifens, Die Frau Präsidentin.
Luisen, Gedächtnis.

Folies Caprice, Die deutsche Lotterei, Schläfe patent.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater, Die Schiffbrüchigen.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast, Eisbaß: Hirt in St. Moritz.

Sternwarte, Zwalbenstr. 57-62.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Geographie und Liebe.
Romdichthaus, Pöscherschaftliche Wohnungen.

Anfang 8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr, zum 1. Male:

Am Tage des Gerichts.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.

Sachse-Oper Schiller-Theater O.

Beste Woche in dieser Spielzeit!

8 Uhr: Die weiße Dame.
Gastspiel Kurt Frederich.

Deutsches Schauspielhaus 8 1/2 Uhr: Das Farmer Mädchen.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße 8 Uhr:

Das Buch einer Frau.

Theater des Westens. 4 letzte Gastspiele!

8 Uhr: Sylvester Schiffer.
Vorher: Das harte Stück.
Ein angebrochener Abend.

Theater am Nollendorfsplatz.

Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters:

Die Kino-Königin!

Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater 8 1/2 Uhr:

Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente.)
Schwank in 3 Akt. v. M. Hennequin und P. Veber.
Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Biederleute.
(Vampire der Großstadt.)
Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gartenbühne:
Ueberr den großen Teich.
Lebensbild in 4 Akt. Vorher Konzert, Einakter, bunter Zell. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Vorher: Der abgegriffene Glockenzug.

Admiralspalast

Einzig. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballotten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich Fillet in St. Moritz.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Freie Volksbühne

Die neuen Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden.

Für neue Mitglieder sind noch in den Abteilungen 16-20 in den bekannten Zahlstellen Groß-Berlins Mitgliedskarten zu haben.

Die Vorstellungen dieser Abteilungen sind im

Deutschen Theater	Schumannstraße
Schiller-Theater	Charlottenburg
Thalia-Theater	Dresdener Straße
Künstler-Theater	Nürnberg. Str. 70/71
Nollendorfspl.-Th.	Am Nollendorfsplatz
Lessing-Theater	Friedrich-Karl-Ufer 1
Neuen Volks-Th.	Köpenicker Str. 68
Schiller-Th. Ost	Wallner-Theater-Str.

Vorstellungsbeitrag Mark 1.10.

Die ersten Vorstellungen sind am Sonntag, den 31. August, 3 Uhr nachmittags:

4., 7., 11a. Abteilung (Deutsches Opernhaus):
„Die lustigen Weiber von Windsor.“

12. Abteilung (Neues Volks-Theater):
„Mudder Mews.“

Die Geschäftsstelle:
G. Winkler, SO. 16, Michaelkirchplatz 2 v. II.

Voigt-Theater

Badstraße 58.
Letztes Kinderfest.
Unsere blauen Jungens.
Poffe m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Vollständig neue Spezialitäten.
Kassöffn. 10 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Sonnabend, 30. August: Ehrenabend f. d. Verw. d. Künstler Karl Braun.



Wir zeigen in unserem reichhaltigen Programm täglich u. a.:

Die Beisetzung August Bebel's in Zürich.

Preise der Plätze von 75 Pf. an.
Beginn der Vorstellung 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
(Moysel, Britton, Schrader etc.)
Neu engagiert:
Komiker
Russell.
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Sonnabend, den 30. August, 8 1/2 Uhr:
Wieder-Eröffnung.
Gastspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum
Die Offenbarungen der Traumalerin
Frau Assmann,
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Donnerstag, den 28. August:
Große Gala-Benefit-Vorstellung für Mini Cimburak-Kasse:
Die goldene Eva.
Preisstückspiel von Schöndjan und Stoppel-Güter.
Dazu das erstrahlige Spezialitäten-Programm. Anf. 4 Uhr.
Heute: Großes Feuerwerk.

LUNA PARK
Heute Donnerstag:
Japanische Hochzeit
mit festlichem Umzug durch den Park.
(9 Uhr.)
Konfetti-Schlacht.
Feenhalle Parkbeleuchtung!
Militär-Konzert.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Berl. Possenspieler:
„Der Aktien-Tenor oder Caruso auf Teilung“.

Die CINES Theater

„Cines“ Apollo-Theater

Eröffnung:
Morgen, Freitag, 8 1/4 Uhr abends

Künstlerisch vollendete Variété-Akte und unser als hervorragend bekanntes Lichtspiel-Programm

Eintrittspreise einschl. Garderobe, Programm und Steuer von 65 Pf. an.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Sonnabend, den 30. August, 8 1/2 Uhr:
Eröffnung der Winterpielzeit:
Woh' dem, der lügt.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

ZOOLOG ischer Garten
Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! AQUARIUM
8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kasanien-Allee 7-9.
Täglich:
In Leid und Freud.
Poffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik v. D. Kersten.
Erstklass. Spezialitäten, Konzert.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Donnerstag, den 28. August:
Gr. Konzert und Vorstellung und Letztes Großes Gala-Parade-Feuerwerk
Anf. 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Neuen Saal: Ball.

Gelegenheitskauf! Schwere
Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwere Reisedecken
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵, bis 36 M.
Verband unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildung, gratis u. franko.

Der Zustimmung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen und stellt sich auf den Boden der Mehrheit der Fraktion. Der Standpunkt: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ ist nicht etwa ein programmatischer. Er ist nicht einmal ursprünglich sozialdemokratisch, sondern er stammt von Eugen Richter. Redner beschäftigt sich des Weiteren mit den Vorwürfen, die gegen die Fraktion erhoben werden. Die Fraktion hat alles getan, um die Wehrvorlage zu kürzen. Das ist ihr leider nicht gelungen. Erreicht hat sie aber, daß die Lasten den tragsfähigen Schultern aufgebürdet wurden und dadurch hat sie einen großen Erfolg erzielt. Es ist auch nicht richtig, daß wir die Militärvorlage nicht ebenso energisch als unsere französischen Brüder bekämpft haben. Wir befanden uns in voller Uebereinstimmung mit der französischen Fraktion und auch die Zustimmung zu den Deckungsvorlagen entsprach durchaus dem von beiden Fraktionen gemeinsam veröffentlichten Aufruf, in dem es heißt, daß, falls die Annahme der Rüstungsverstärkungen nicht zu verhindern ist, alle Gebel einzusehen sind, um die Kosten den bestehenden Klassen aufzubürden.

Der Massenstreik wird uns jetzt von einigen Seiten als eine ganz neue Entdeckung gepriesen, die geeignet ist, die Partei zu neuer Tatkraft und Energieentfaltung zu bringen. Alle, die über den Massenstreik schreiben und reden, gehen immer von abweichenden Voraussetzungen aus. Bestimmte Richtlinien gibt keiner. Es heißt einfach immer: der Massenstreik muß debattiert werden. Ich verstehe unter dem Massenstreik eine Situation, in der wirklich alle Mäher stille stehen, und ich wäre der erste, bei einer solchen Situation seinen Kopf zu Warte zu tragen. Die Beispiele Rußland und Belgien treffen für unsere Verhältnisse nicht zu. Die russischen Massenstreiks wurden nach dem russisch-japanischen Krieg von dem Bürgertum materiell unterstützt, und nachdem das Proletariat selbständige Forderungen stellte, erklärte man mit Hilfe deselben Bürgertums die Revolution im Auge. Auch in Belgien fand der Massenstreik die Sympathie weiter bürgerlicher Kreise und außerdem kann ich mir nicht denken, daß hier in Deutschland ein bis ins kleinste vorbereiteter Massenstreik Erfolg haben würde. Die Eroberung der politischen Macht würde uns doch ein Massenstreik sicher nicht bringen.

Redner bespricht dann die verschiedenen Vorschläge, die von sogenannten radikaler wie von ausgesprochen revisionistischer Seite gemacht wurden, und meint, daß in der gegenwärtigen Zeit unsere Gegner die Taktik bestimmen würden. Sie würden einen liegenden Massenstreik, der heute in Baden, nächste Woche in Thüringen und so weiter ausbrechen würde, sehr bald zu begegnen. Wir sind noch nicht stark genug zum Massenstreik. Ich bin der Meinung, der letzte Kampf, der revolutionäre Entscheidungskampf, wird ein Gewaltkampf sein. Wir wollen aber unsere Haut erst dann zu Warte tragen, wenn Aussicht auf Erfolg besteht. Die Gewerkschaftsführer verwalten nicht ihr eigenes Geld, sondern das von Tausenden und aber Tausenden von Proletariats und es ist selbstverständlich, daß Leute, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, vorsichtig zu Werke gehen. Nicht mit Unrecht ist der Parteileitung die Aufgabe gesetzt worden, bei Fragen, die in das Gebiet der Gewerkschaften eingreifen, gemeinsam mit der Generalkommission zu beraten. Das wird auch in dieser Frage geschehen, und der Parteitag sowie der Gewerkschafts-Kongress werden Beschlüsse fassen, die dem Wohle des Volkes entsprechen. — Vorläufig muß unser Lösungswort immer noch bleiben: Agitation — Organisation.

In der Frage der Weisheit ist der Redner der Meinung, daß alle Beamten und Arbeiter der Partei und Gewerkschaften den Tagesverdienst am 1. Mai abgeben sollten. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Wunsch, der Parteitag möge zu zureichender Arbeit leisten. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion erhält zunächst Genosse Judith das Wort: Mit der Haltung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen ist er einverstanden. Der Massenstreik ist jetzt unmöglich. Auf dem Parteitag sollte ein Vortrag über wissenschaftlichen Sozialismus gehalten werden. Dieser gebe Gelegenheit zur Fortbildung. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Alfred Fröhlich: Mit der Fraktionsabstimmung kann man durchaus einverstanden sein. Die Weisheit sollte am ersten Sonntag im Mai stattfinden. Redner bemängelt, daß bei der Abstimmung über das Proportionalwahlrecht auch sozialdemokratische Abgeordnete gefehlt haben und dadurch der Antrag mit 140 gegen 130 Stimmen abgelehnt wurde.

Karl Harndt ist gleichfalls mit der Fraktionsabstimmung einverstanden. Der Abonnentenrückgang bei der Parteipresse und der Rückgang der Mitglieder in den Organisationen hängt mit der Krise zusammen. Wir müssen aber auch endlich einmal mit den Beitragsverhöhungen aufhören. Die Aufregung über den Generalstreik ist künstlich gemacht worden. Solange es nicht einmal möglich ist, die Arbeitstruhe am 1. Mai einzuführen, ist an den Massenstreik nicht zu denken. Außerdem scheint ihm das Objekt, das Preußenwahlrecht, nicht geeignet. Bis vor wenigen Jahren sagten wir, der Landtag möge verfaulen und jetzt soll wegen dieses Wahlrechts ein Massenstreik gemacht werden. Der Massenstreik wird kommen, wenn man es wagen sollte, das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht zu rauben. Eine wirkungsvolle Waffe in unserem Kampfe, die zu wenig beachtet wird, ist der Austritt aus der Landesliste.

Möbus befindet sich in der Auffassung über den Massenstreik mit Hannich im Einverständnis. Die Weisheit darf keinesfalls auf den Sonntag verlegt werden, dann möge man sie lieber begraben.

Mühle ist mit der Abstimmung der Fraktion nicht einverstanden.

Silber tritt für den Massenstreik ein. Die Hauptsache ist viel Geld sammeln. Der Gebührentreue sollte man nicht bekämpfen. Die Milch- und Kleingroschen, die für die Kinder ausgegeben werden, könnten dann zum Massenstreik gesammelt werden. Der Massenstreik würde völlig unblutig verlaufen.

Nachdem Genosse Schmidt noch in lebhaften Worten die Stellungnahme der Fraktion gutheißt und die Kritiker der Fraktion bekämpft, geht Genosse Hannich in seinem Schlusswort noch kurz auf die Diskussionen ein.

Folgender Antrag der Kreisversammlung wird gegen 8 Stimmen angenommen:

1. Der Parteitag wolle beschließen: Alle Genossen und Genossinnen, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern, haben den Tageslohn abzugeben.
2. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Antrag 90 vom Rürnberger Parteitag in seiner alten Fassung wieder angenommen wird: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- oder Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

Zu Delegierten gewählt wurden die Genossen Feismann und Schmidt. Als Ersatzmann Genosse Harndt.

Vierter Wahlkreis.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Genosse Büchner das Referat übernommen. Redner erinnerte, an den Bericht des Parteivorstandes anknüpfend, an den Stillstand in der Mitgliederbewegung und spricht die Erwartung aus, daß es gelingen möge, die Ursachen dieses Rückgangs festzustellen und zu beheben. Auch zwei Ersatzwahlen sind auf dem Parteitag zu erledigen, einmal für den verstorbenen Genossen Raden als Vorsitzenden der Kontrollkommission und dann für den Genossen Weibel. Den Vorschlag der „Frankfurter Tagespost“, einen ersten Vorsitzenden der Partei auf ein Jahr nicht zu wählen, lehnt Redner für seine Person ab, da in einer so großen Partei gerade der erste Vorsitzende unbedingt vorhanden sein muß. Der parlamentarische Bericht dürfte wohl die Zeit des Parteitages am meisten in Anspruch nehmen. In der Presse sowie in den Versammlungen ist die Haltung der Fraktion auf das lebhafteste kritisiert worden. Und nicht mit Unrecht. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Fraktion der Wehrvorlage genügend Widerstand entgegengesetzt habe; es wurde gesagt, die Fraktion hätte eine lebhaftere Propaganda hervorgerufen sollen.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Doch die Fraktion hat die Wehrvorlage sowie die Deckungsfrage mit den schärfsten Mitteln bekämpft. Der Vorwurf des Unterlassens der Agitation ist unangebracht, hat doch selbst Genosse Weibel bei der Erörterung dieser Frage gesagt, damit kommen wir nicht weit. Scharfe Kämpfe gab es in der Fraktion bei der Beratung der Abstimmung über die Steuervorlage, speziell des Wehrbeitrages. Die Beschlüsse des Tages: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ verlangten die Ablehnung des Wehrbeitrages. Aber mit 22 Stimmen gegen 37 Stimmen bei 7 Enthaltungen entschied die Fraktion, für den Wehrbeitrag zu stimmen, um nicht anderen und schlechteren Steuern für die breiten Massen die Wege zu ebnen. Auch an dieser Stelle kann Redner, der sich bei der Minderheit befand, nur sein Bedauern über diese Entscheidung aussprechen. Denn hätte die Regierung wirklich den Reichstag aufgelöst, eine bessere Agitation hätten wir uns gar nicht wünschen können. Gewiß hätten wir Mandate eingeholt, aber unsere Stimmzahl hätte wieder bedeutend zugenommen.

Zur Weisheitsfrage liegen zwei Anträge vor. Genosse Büchner empfiehlt, den Antrag 2 anzunehmen, welcher die Abschaffung des Tagesverdienstes fordert, ebenso muß der Antrag, welcher die Einführung der Arbeitslosenversicherung fordert, angenommen werden. Bezüglich des Antrages, den Massenstreik auf die Tagesordnung zu setzen, warnt Redner vor allzu großem Optimismus in dieser Frage. Rußland und Belgien sind nicht das Barometer für uns. In Belgien hat doch das Bürgerium und sogar das Militär beim letzten Generalstreik dem kämpfenden Proletariat Sympathien entgegengebracht. Doch ganz anders liegen die Dinge bei uns in Deutschland. Hier haben wir alles gegen uns, und das geht es aufs Ganze, ist doch der Militärstaat Deutschland und speziell Preußen ein einzig geartetes Gebilde, wie wir es in der ganzen Welt nicht wiederfinden, und darum müssen wir in dieser Frage mit aller Ruhe und Sachlichkeit zu Werke gehen. Zum Schluß erhofft Redner von den Arbeiten des Parteitages das Beste für die kommenden Kämpfe und Siege. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion wird vom Genossen Klingler eröffnet. Auf dem Parteitag muß es zu prinzipiellen Auseinandersetzungen kommen, weil die Reichstagsfraktion dem Militarismus zu seinem Ausbau Milliarden bewilligt hat. Der praktische Revisionismus hat Fortschritte gemacht. Es ist interessant, wie die Meinungen sich in den letzten Jahren in der Partei geändert haben. Vor zwei Jahren nahm man Resolutionen über Resolutionen an, weil die Süddeutschen für das Budget gestimmt hätten. Und jetzt bewilligt unsere Reichstagsfraktion mit 110 Mann für den schlimmsten Feind des Proletariats, den Militarismus, ungeheure Geldsummen. Ob es auf dieser schiefen Ebene noch ein Halten gibt? Der Einwand, man wolle indirekte Steuern verhindern, ist hinfällig, weil in den letzten Jahren soviel harte Steuern dem Proletariat auferlegt worden sind, daß die Regierung gar keine anderen Steuern bringen konnte als Verbrauchssteuern. Und dann bezahlet die Besitzenden die neuen Steuern schon aus dem Grunde ganz gern, weil sie unter den Fittichen des Militarismus bei dem neuen Joltarif die breiten Massen desto ungeschädter ausrauben können. Dieses Vorgehen der Fraktion bezeichnet Redner für den schwersten Fehler. Um in der Steuerfrage endlich Klarheit zu schaffen, muß der Parteitag genaue Richtlinien ziehen, um diesen Vorkommnissen vorzubeugen. Redner unterbreitet der Versammlung folgende Resolution:

„Da der heutige Militarismus das Mittel der herrschenden Klasse ist, um das Volk niederzubehalten, bebauert der Parteitag, daß die Reichstagsfraktion die Deckungsvorlagen bewilligt hat.“

Bei der Weisheitsfrage liegen die Dinge so, daß, wenn die Parteigenossen in bezug auf die Stellen des Tagesverdienstes am 1. Mai sich weigern abzugeben, dieselben kurzerhand rauszuwerfen sind. (Lebhafte Beifall.) In der Massenstreikfrage ist es an der Zeit, nun endlich Klarheit zu schaffen. Möge der Parteitag ganze Arbeit machen. (Lebhafte Beifall.)

Adamski bebauert, daß bei der Abwesenheit des Jaren in Berlin keine Protestversammlungen stattgefunden haben. Wenn die Führer der Partei bei der Beratung der Deckungsvorlagen sicher gehen wollten, hätten sie die Mitglieder befragen sollen. Was den Massenstreik anbetrifft, so hätte derselbe schon längst in Szene gesetzt werden können, Anlaß dazu hätten wir gerade genug. Die Opfer dürfen und nicht scheuen. Redner empfiehlt einen Antrag, welcher den Massenstreik baldigt in die Wege geleitet sehen will.

Glah führt Beschwerde darüber, daß die Parteileitung dem polnischen Vormarsch keine Unterstüßungen mehr zahlen will. Statt die polnische Presse auszubauen, liegt ein Antrag vor, welcher diese geradezu vernichtet. In längeren Ausführungen erörtert Redner die Vorgänge und Kämpfe in den polnischen Bezirken.

Ad. Hoffmann ist mit den Ausführungen des Genossen Klingler völlig einverstanden. Auch freute er sich feststellen zu können, daß der Vertreter des vierten Kreises bei den Fraktionskämpfen auf Seiten der Minderheit gewesen. Daß die Mehrheit der Fraktion für die Bewilligung der Steuern entschieden hat, ist auf das tiefste zu bedauern. Warum die Partei vor der Auflösung? Weil man befürchtet hat, dann Mandate einzubüßen. Diese ganze heille Frage ist eine Folge der Dämpfungspolitik. Wenn wir auf der einen Seite auch Mandate eingeholt hätten, auf der anderen Seite hätten wir mehr Stimmen, neue Mitglieder und neue Abonnenten gewonnen. Die Fraktion hätte alles daransetzen müssen, die Vorlage hinzuhalten, dann hätte vielleicht auch ein außerordentlicher Parteitag über die Deckungsfragen mitreden können. Bezüglich der Weisheit und dem Tagelohn meint Redner, es wäre wohl praktischer, die Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften sowie Parteigenossen zahlten diesen Beitrag direkt an den Fonds und nicht erst an die Angestellten. — Daß der Massenstreik auf die Tagesordnung gesetzt werden muß, ist unbedingt erforderlich, denn der Massenstreik in Deutschland wird kommen und muß kommen, sorgen wir dafür, daß wir dabei erobert. (Lebhafte Beifall.)

Redner will alle Anträge zur Weisheit abgelehnt wissen, weil die Weisheit durch die Geldfrage geradezu verdorben ist. Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, die besäßen keinen Idealismus mehr.

Hierauf wird Schluß der Diskussion beschlossen.

In seinem Schlusswort geht Büchner kurz auf die einzelnen Angriffe ein. Wohl habe die Fraktion versucht, die Beratung der Wehrvorlage hinauszuziehen, aber auch dieser Plan wurde vereitelt. Den Vorschlag des Genossen Adamski, aus Anlaß des Jarenbeschlusses Protestversammlungen abzurufen, hätte man vorher und an anderer Stelle bringen sollen. Dem Genossen Glah hält Redner vor, in 7 Jahren hat die Partei 198 000 M. für die Agitation in den polnischen Bezirken verausgabt, das sind pro Kopf in sieben Jahren 180 M. oder pro Kopf und Jahr 25,7 M. Dabei kommen nur 11 000 Mitglieder und 2900 Abonnenten in Frage. Die Parteileitung hat eben die Aufgabe, in allen Kreisen zu agitieren und nicht große Summen für die Polen allein auszugeben. In der Steuerfrage hätte man schon im vorigen Jahre Stellung nehmen sollen. Das eine ist sicher, auf dem kommenden Parteitag wird diese Frage zu scharfen Zusammenstößen führen. Forten wir, daß die neuen Richtlinien zum Besten der Partei dienen. (Beifall.)

Folgende Anträge und die Resolution Klingler gelangen dann nach kurzer Debatte zur Annahme:

„Alle Parteigenossen und Genossinnen, welche den 1. Mai durch Arbeitstruhe feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, einen vollen Tagesverdienst abzugeben. Die auf diese Weise eingehenden Beträge sind zur Unterstützung derjenigen zu verwenden, die wegen der Weisheit gemahrgelacht worden sind.“

„Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse für Erreichung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik in die Wege zu leiten.“

„Der Massenstreik ist als besonderer Punkt der Tagesordnung auf dem diesjährigen Parteitag zu behandeln.“

„Der Parteitag möge beschließen, daß bei Abstimmungen in

größeren Körperschaften, die dem Proletariat neue Kosten aufbürden, oder bei besonderen Anlässen, wie z. B. beim Besuch des Jaren in Berlin, der Parteivorstand sofort Anordnung zu treffen habe, am selben Tage Proteststreiks oder Demonstrationen anzuordnen.“

„Da infolge der großen wirtschaftlichen Krise eine allgemeine große Arbeitslosigkeit besteht und demzufolge die Lebenshaltung des Arbeiters in Verbindung mit der Teuerung eine immer schlechtere wird, beantragen die Genossen des Petersburger Viertels, daß der Parteitag zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Reich Stellung nimmt.“

„In Anbetracht des Umstandes, daß von Seiten der Deutschen Kolonialgesellschaft versucht wird, in der deutschen Arbeiterschaft durch Wanderredner sowie Reichstagsanhänger für die Bestrebungen der Kolonialgesellschaft zu werden, soll beschlossene werden, diesen Bestrebungen durch geeignete Maßnahmen, als da sind: Abhaltung von aufklärenden Versammlungen über das Wesen der heutigen Kolonialpolitik sowie Lichtbildervorträgen entgegenzutreten.“

Dagegen wird ein Antrag, welcher die Gründung von Elternvereinen fordert, sowie die Resolution des Genossen Glah, welche in den polnischen Bezirken nur solche Genossen als Sekretäre angestellt werden will, die auch der polnischen Sprache mächtig sind, abgelehnt.

Als Delegierte zum Parteitag kommen 13 Mitglieder in Vorschlag, wovon 8 Delegierte am Sonntag, den 31. August, durch Urwahl zu wählen sind.

Zu den im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen werden die 3 bisherigen Vertreter wieder aufgestellt.

Fünfter Wahlkreis.

Robert Schmidt nahm das Wort zu seinem Referat über: „Der Parteitag“. Er führte u. a. aus: Aus dem Parteivorstandsbericht sei zu ersehen, daß in der Entwicklung der Partei eigentlich ein Stillstand eingetreten ist, der uns um so überaus bedauerlich kommt, als wir an eine stetige Zunahme gewöhnt sind. Allerdings habe es in der Parteientwicklung immer ein Auf und Ab gegeben. Immerhin war der Grundzug der Bewegung im allgemeinen ein vorwärtsstreitender. Immerhin brauche der jetzige Stillstand zu ernstlichen Besorgnissen keine Veranlassung geben, da sicher die ungünstige Wirtschaftslage einen wesentlichen Einfluß auf diese Erscheinung ausgeübt habe.

Die politischen Ereignisse hätten der Partei einen nennenswerten Rückschlag bringen müssen. So müsse man, wenn man den Stillstand auch nicht so trübe einzuschätzen brauche, ihn immerhin als eine ernste Mahnung auffassen. Bei den letzten Wahlen waren vier Fünftel unserer Wähler nicht organisiert, d. h. Mißläufer. Diese Masse haben wir einzuschlagen bei allen Aktionen, die wir unternehmen. Nun habe die Genossin Rosa Luxemburg in Leipzig ein sehr abweichendes Urteil über die Berliner Parteioorganisation gefällt. Er, Redner, glaube, daß die Berliner Organisation nicht anders aussehe, als die der anderen Orte. Sicherlich aber könne man nicht von einem Tiefstand sprechen. Die Organisation, wie wir sie haben, habe selbst den bürgerlichen Gegnern genug Achtung abgerungen. Der Zentralismus ist notwendig und es ist nicht wahr, daß er hemme.

Eine weitere Frage, mit der sich der Parteitag zu beschäftigen haben wird, sei die Militärvorlage. Viele hätten sich gewundert, daß trotz der 110 Genossen im Reichstag die Militärforderungen so glatt durchgegangen seien. Wer einen anderen Ausgang erwartet habe, der erkenne das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und die Konstellation der bürgerlichen Parteien. Die wirtschaftliche Expansion habe sich nie so stark geäußert wie in der letzten Zeit. Die Ausbeutungsgelüste, die sich nach dem stürzenden Drängen nach neuen Wirtschaftsgebieten bekunden, geben ein Stück der Stimmung im Bürgertum wieder, aus denen die politischen Vorgänge resultieren. Es werden sicherlich noch mehr Militärvorlagen kommen, ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in Frankreich auch bei uns der letzte Mann zum Militär herangezogen wird. Die Stellung der Fraktion sei selbstverständlich gewesen. Möglich, daß sie die Annahme der Vorlage um acht Tage hinausgeschoben, aber keineswegs verhindern konnte. Habe man doch sogar zweifeln können, ob das Militärgeheimnis im Anschluß an die Ersartive Vorgänge würde geändert werden, und ob der konervative Widerstand nicht würde stärker sein. Nun sei im engen Zusammenhang mit dieser Frage gesagt worden, daß die Fraktion auch bei der Steuerfrage Fehler begangen habe. Sie hätten den bisherigen Grundsatze befolgen müssen: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Haben wir aber nicht in der letzten Wahlbewegung immer und immer wieder den Wählermassen gesagt, daß die Lasten auf die Schultern der Leistungsfähigen gelegt werden müssen. Hätte die Fraktion die Steuer nicht bewilligt, dann hätten die bürgerlichen Parteien unter sich die Frage regeln können. Die 110 Mann wollten sich aber nicht aufschalten lassen. Nun werde gesagt, wenn der Reichstag auch aufgelöst worden wäre, so hätte das gar nichts geschadet. Die Frage, ob die Zahl der Mandate bei einer neuen Wahl geringer werden würde, erklärt der Redner ausdrücklich, sei von der Fraktion auch nicht eine Sekunde in Betracht gezogen worden. So aber lagen die Dinge gar nicht. Die Regierung hätte dann gut warten können bis zum Herbst, und ob dann die Situation für uns günstiger gewesen wäre, das ist eine Frage, die man mit Rein beantworten müsse. Es lag die Gefahr vor, daß dann diejenigen Parteien, die einen großen Einfluß auf die Regierung haben, eine Besteuerung gebracht hätten, die die Arbeiterklasse als Steuerobjekt vorzieht. Bei der Wehrsteuer und Besitzsteuer habe es sich um eine Steuer gehandelt, die hauptsächlich die wirtschaftlich Starken treffe. Hätten wir anders gehandelt, so hätten wir in einem kommenden Wahlkampfe Schulter an Schulter mit den Konservativen gestanden. Es sei gleichgültig, wer die Steuern bezahle, wenn nur der Arbeiter sie nicht zu bezahlen brauche. (Zurufe: Wir bezahlet sie doch!) Wenn der Jurist richtig ist, dann muß unser Programm entsprechend geändert werden. Denn dann kommt man zu dem Schluß, daß wir die Steuern eigentlich von vornherein zahlen können, damit unsere Gegner sie nicht erst auf die Arbeiter umzuladen brauchen. Dann müsse man aber konsequent sein und sich auf den Standpunkt stellen, wir wollen keine Steuern. Aber die Fraktion habe nicht immer die Steuern abgelehnt. Sie hat Steuern, wie z. B. die Einkommensteuer, bewilligt. Niemand habe sich darüber entrüstet, daß die Herren Aktionäre bezahlet hätten. Die Vermögenssteuer treffe nur den Besitz. Es werde nun gesagt: Jede Ausgabe für Militär sei abzulehnen. Rein, so haben wir noch nie gehandelt, wir haben schon für viele Militäreinrichtungen gestimmt, z. B. für die Erhöhung der Mannschaftslohnung und so weiter. Im Deutschen Reichstage gebe es nicht eine Steuervorlage, die nicht dem Militarismus diene. Wir sollten nicht glauben, unsere Partei werde gefesselt dadurch, daß dem Arbeiter immer mehr Steuern aufgeschoben werden und so die Verwitterung der Wähler aus diese in Scharen zuführen. Rein, wir stützen uns heute auf eine Anhängerzahl, die dieses gesteigerten ökonomischen Druckes nicht bedarf.

Nun zur Weisheit. Der Rürnberger Beschluß, der aufgehoben worden ist, müsse wieder hergestellt werden. Er, Redner, und auch Weibel seien der Meinung gewesen, daß ein solcher Beschluß nicht aufgehoben werden dürfe. Jeder Angestellte könne mit Rechtigkeit das kleine Geldopfer bringen, darüber sei gar kein Wort zu verlieren.

Auf die Tagesordnung des Parteitages werde vielleicht auch der Massenstreik gesetzt werden. Redner erklärt, daß der Massenstreik eine Sache ist, die die Arbeiter zunächst angeht, nicht die Sache der künstlichen Agitation sei. Wenn die Meinung vorhanden sei, daß das preussische Parlament mit dem Streik umhandeln sei, daß das preussische Parlament mit dem Streik umhandeln gehoben werden müsse, nun gut. Man solle es sich aber überlegen, ob der Massenstreik in der Zeit der wirtschaftlichen Depression nicht einen sehr bedenklichen Hintergrund habe. Er wünsche, daß uns eine derartige Aktion recht lange erspart bleibe, denn sie wird eine furchtbare Enttäuschung bringen. Redner schließt mit der Versicherung, daß wir keine Besorgnisse zu haben

brauchten wegen des Stillstandes der Partei, daß eine Partei wie unsere, die so fest gefügt ist, nicht erschüttert werden könne. Er sei der festen Überzeugung, daß die Wege, die wir eingeschlagen haben, die rechten waren. Wenn nur jeder einzelne sein ganzes Können in den Dienst der Sache stelle, wird der Erfolg nicht ausbleiben. (Lebhafte Beifall.)

Als erster Diskussionsredner spricht **Blankenhein**, der eine gegen die Fraktion gerichtete Resolution begründet. Schmidt habe es so dargestellt, als ob der Mitgliedschwund ausschließlich durch die Krise bedingt sei. Daß diese eingewirkt habe, sei allerdings nicht zu leugnen. Den Haupteinfluß auf den Stillstand der Partei habe aber die Haltung der Fraktion ausgeübt. Bei der letzten Wahl sei gedämpft worden, daß wir uns die Hände gebunden haben und nicht mehr handeln können wie wir möchten. Redner beruft sich auf das Programm, wonach direkte Steuern nur dann zu bewilligen sind, wenn der Staat alle übrigen Forderungen erfüllt habe. (Lachen und Aufse: Da kannst Du lange warten!) Ja, ich glaube ja auch nicht daran, aber weil wir das nicht erreichen können, darum auch keinen Mann und keinen Groschen. Die Fraktion sei nicht genügend scharf aufgetreten. Sie hätte viel mehr Madou machen müssen. Der ganze Zustand sei der Ausfluß der Wahlen von 1912. Da hätten wir uns zuviel mit den bürgerlichen Parteien eingelassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Wehl: Wenn Blankenstein hier ein Mißtrauensvotum für die Fraktion beantragt, so könne er das nicht gutheißen, ebenso wünsche er aber auch kein Vertrauensvotum. Der Parteitag sei dazu da, zu erklären, ob er mit dem Verhalten der Fraktion einverstanden sei. Rosa Luxemburg habe in wesentlichen Punkten recht, mag sie auch da und dort übertrieben. Die große Masse der Genossen habe nur das Recht, über Parteiongelegenheiten zu sprechen und Meinungen zu äußern. (Sehr richtig!) Besser wäre es schon, die Abgeordneten werden getragen von dem Vertrauen der Masse. Demokratischer wäre es, wenn die Masse hätte mitreden können, als wenn hundertundsechzig Abgeordnete hinter verschlossenen Türen verhandeln. Die Krise spielt bei dem Stillstande der Partei nicht die ausschlaggebende Rolle, vielmehr unsere Vogel-Strauß-Politik in der letzten Zeit. Auch innere Vorgänge in der Partei hätten mitgewirkt. Es bestehe eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Genossen, weshalb auch in der Agitation und der Werbung nicht mit dem nötigen Eifer vorgegangen wird, was ja allerdings nicht zu billigen sei. Innerhalb habe auch das Verhalten der Fraktion große Mißbilligung erregt. Er stimme Schmidt insofern zu, daß die Vorlage nicht zu Falle hätte gebracht werden können. Aber Obstruktion wäre möglich gewesen. (Sehr gut!) Die Hundertundsechzig Mann können schon etwas leisten. Ebenjotat wie Roske vier Stunden gesprochen hat, hätten noch zwanzig oder dreißig Redner vier Stunden oder noch länger reden können. Die Militärvorlage enthält doch eine große Anzahl Paragrafen. So gut wie gegen den einen, der durch das Erfurter Schiedsgericht herausgegriffen wurde, hätten auch zu den anderen Paragrafen Anträge gestellt werden können. Dieses Nichtgeschick habe allgemeine Entmutigung im Lande herbeigeführt. In der Budgetkommission hätten unsere Kommissionsmitglieder bestrebenderweise für die Auffassung des Kriegsschatzes gestimmt. Die Fraktion hat allerdings später beschloffen, im Plenum dagegen zu stimmen. So was muß doch bedauern. Bei der Dubitation des Kaisers durch den Reichstag mußte von unserer Fraktion in dieser oder jener Form unserer republikanischen Empfindung Ausdruck gegeben werden. Nach Schmidt könne man glauben, daß er für den Massenstreik sei, wenn dieser aus der Arbeiterschaft herauskomme. Nicht richtig oder sei es, wenn von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen und von maßgebenden Stellen aus gesagt werde, wir können mit dem Massenstreik eine Enttäuschung erleben. Es müsse vielmehr gesagt werden, wenn die Verhältnisse uns zwingen, wir dann das schärfste Mittel anwenden, um zu unserem Rechte zu kommen. Sonst gebe es kein Vorwärts in Preußen. Die Frage des Massenstreiks gehe nicht von Akademikern aus, sondern von den Arbeitern. Es muß der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben werden, daß diese Masse mit Erfolg propagiert werden kann. Er, Redner, schließe auch mit den Worten des Referenten, denselben Weg zu gehen, der uns vorwärts geführt hat, aber nicht den Weg über Dämpfung und Kompromisse. (Beifall und Widerspruch.)

Friedländer: Er verstehe nicht, wie Wehl sagen könne, nicht hier sollten die Genossen Resolutionen für und gegen die Fraktion fassen, sondern der Parteitag müsse entscheiden. Nein, die Genossen haben geradezu die Pflicht, hier durch Annahme oder Ablehnung einlaufender Resolutionen ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Es werde gesagt, der letzte organisierte Parteigenosse solle mitreden können, ja hier, beim Delegiertenkongress, geht das doch nun einmal nicht, das sind die Schattenseiten der Demokratie. Dafür sind die Beschlüsse da, dort könne über alle Fragen geredet werden. Nicht die Abgeordneten müssen die Stimmung unter der Masse machen, sondern umgekehrt. Durch die Stimmung der Masse müssen den Abgeordneten Schwung und Eifer beigebracht werden, damit sie getragen werden von der Stimmung im Lande draußen, wie es bei der Zollvorlage 1912 der Fall war. Hätte die Fraktion der Vermögenszuwachssteuer nicht zugestimmt, dann hätten wir andere und schlimmere Steuern bekommen. Wenn Wehl sage, daß die Genossen nicht genug Einfluss hätten, so könne er nur erwidern: Jede Organisation hat die Leitung, die sie verdient. (Sehr richtig!) Entgleisungen können überall vorkommen, aber man soll nicht Mißtrauen säen zwischen der Leitung und der Masse. (Beifall.)

Wehl: Genosse Wehl ist Kandidat in einem Kreis in der Provinz, wo er, Redner, Sekretär ist. Er habe es damals schon schmerzhaft beobachtet, daß der Kreis, für den Wehl kandidiert, verloren ging, aber nie so, wie heute, wo er erfahren habe, welche revolutionären Eifer Wehl in die Fraktion gebracht hätte, wenn er Abgeordneter geworden wäre. Die Masse will Begeisterung erregen, sie muß hinter den Abgeordneten stehen, sie treiben und drängen. Das war aber nicht der Fall. Hätte die Fraktion die Vermögenszuwachssteuer verworfen, es wäre sicher nichts Besseres herausgekommen. Uebrigens kann niemand der Fraktion einen Vorwurf aus ihrer Abstimmung machen. Am 1. März erschien das französische-deutsche Manifest, in welchem die Absicht angekündigt wurde, den Besitzenden die Kosten der Militärvorlage aufzuerlegen. Das Manifest ist in Berlin in 1 Million Exemplaren verbreitet und kein Genosse ist dagegen aufgetreten. (Sehr gut!) Wehl hat gesagt, der Massenstreik muß für die Gewinnung des Wahlrechts in Preußen inszeniert werden. Es ist merkwürdig, daß dieselben Parteigenossen fordern, die vor der Überführung des Parlaments nicht genug warnen können. Ueber den Massenstreik bestehen vielerlei Meinungen, die einen wollen ihn debattieren, die anderen vorbereiten und die dritten wollen ihn machen. Aber ob die Vorbedingungen dazu gegeben sind, darum kümmern sich die Befürworter nicht. Im übrigen äußert sich Redner über den Massenstreik in demselben Sinne, wie er es bereits auf dem Brandenburger Parteitag getan und worüber im „Vorwärts“ berichtet wurde. Belgische und russische Verhältnisse liegen sich auf Deutschland nicht übertragen. Wir hätten in solchem Falle die ganze bürgerliche Gesellschaft gegen uns. Wer die bürgerliche Presse verfolgte, sehe dies auch ein. Redner ist der Meinung, daß der Massenstreik einmal und vielleicht in nicht ferner Zeit, wenn der wachsende Einfluß der Arbeiter im Reich die bestehenden Klassen zum Angriff auf das Reichstagswahlrecht und das Konstitutionsrecht als Stützpunkte der Arbeiter treiben würde. Er möchte nicht, daß ein Massenstreik unzeitigem Beginnem werde, worauf dann unsere Gegner über die geschwächte wehrlose Arbeiterschaft herfallen können. Nicht das Schwert im Munde führen, sondern im entscheidenden Moment benutzen, das sei notwendig.

Von den Expropriateuren einlaufsden Millionen genommen und dem Saal der Allgemeinheit zugeführt zu haben, ist immerhin eine geschickliche Maßnahme, wie sie noch nicht da war. Wäre es zur Auflösung gekommen, so hätten wir im Wahlkampf mit den Konservativen gegen die übrigen Parteien gestanden. Er, Redner, könne sich eine günstigere Konstellation denken wie diese. Wenn der Sozialist mit seinen Hungergöttern wiederkommt, werde es sich zeigen, daß die Hundertundsechzig Mann im Reichstage erfolgreicher kämpfen können wie gegen die Militärvorlage an sich. Dann

müssen aber die Massen wieder geschlossen hinter der Fraktion stehen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Rosenblüt begründet eine Resolution, die der Fraktion das Vertrauen der Versammlung ausdrückt.

Sonnenmann wünscht, daß der Parteitag sich ernstlich mit der Frage beschäftigen möge, wie die Jugendlichen vom 18. bis 21. Lebensjahre der politischen Organisation zugeführt werden können.

In seinem Schlusswort geht **Robert Schmidt** auf die Einwendungen der Diskussionsredner ein und erklärt u. a., daß es nicht genügt hätte, wenn noch mehr Redner vier Stunden geredet hätten, die Neben hätten in- und außerhalb des Parlaments keine Beachtung mehr gefunden. Mit endlosen Schwärzereien werde auch nichts erreicht.

Eine Resolution, die sich gegen die Haltung der Fraktion aussprach, wurde gegen sechs bis acht Stimmen abgelehnt, doch fand auch eine gegensätzliche Resolution bei starker Stimmhaltung nicht die nötige Majorität.

Als Delegierte zum Parteitag wurden **Reppenhausen** und **Duhnefeld** gewählt.

Sechster Wahlkreis.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte **Stäffler** aus: In der Massenstreikfrage stelle er sich auf den Standpunkt, daß der Massenstreik kommen werde und eine notwendige Waffe sei. Form und Technik werde sich von selbst aus seiner Anwendung ergeben. Wahrscheinlich wird das belgische System am empfehlenswertesten sein. Nur der augenblickliche Moment wirtschaftlichen Niederganges erscheine ungeeignet. Jedenfalls sei es erforderlich, daß die Frage auf dem Parteitag verhandelt wird. Zum Bericht des Parteivorstandes bemerkt er: Die Erscheinung des Stillstandes in Organisation und Presse müsse mit voller Aufmerksamkeit betrachtet werden. Der Vorschlag des Parteiaususses, betreffend die Ausführungen an den Raifonds, sei annehmbar; für eine Verlegung der Feiertage auf den ersten Sonntag im Mai könne man jedoch keinesfalls stimmen.

Kurt Rosenfeld begrüßt das erfreuliche Vorwärtstreiben der Massen, das in den Massenstreikdebatten seinen Ausdruck findet. Die Erklärung der Regierung, an eine Wahlreform sei vorläufig nicht zu denken, werde lediglich das unumwundene Bekenntnis zum Massenstreik im Gefolge haben. Leider müssen wir sehen, daß gerade die Gewerkschaften dem Gedanken fremd gegenüberstehen und doch sollten gerade sie erkennen, wie notwendig die Anwendung dieser Waffe ist, um ihre Forderungen durchzusetzen und drohende Anhebungen abzuwehren. Wenn das Ausland derartige Kämpfe zu führen vermag, wird das gut organisierte deutsche Proletariat nicht davor zurücktreten. Man kann die Besorgnis verstehen, mit der verantwortliche Gewerkschaftsführer einem so gewaltigen Ringen entgegenstehen, aber Ausrufungen, wie sie die „Metallarbeiter-Zeitung“ letzthin brachte, sind ein bedauerliches Zeichen für den Tiefstand nicht der Gewerkschaft, sondern des Redakteurs, der solches schreiben könne. (Lebhafte Beifall.) Selbst in bürgerlichen Kreisen sieht man die Erfolglosigkeit des parlamentarischen Kampfes für das Wahlrecht ein. Die Kaiserzeit, wie es ein Genosse in **Teitow-Beeslow** wollte, an ihrer 25. Wiederkehr für immer abzuschießen, könne und dürfe die Partei nicht. Die Jugendaufklärung spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Leider sehen wir, wie geringe Mittel dafür angewendet werden. Bedauerlich sei, daß der Parteivorstand noch nichts getan habe, um endlich einen Schritt vorwärts zu kommen in der Frage der Weiterbildung der Jugend im Alter von 18 bis 21 Jahren. Den Stillstand der Organisation halte er nicht für so bedenklich in Rücksicht auf die Konjunktur und der vorausgehenden gewaltigen Fortschritte, die unmöglich in diesem Tempo weitergehen konnte. Freilich wird die Dämpfung auch eine Rolle spielen. Aber nichts wird imstande sein, unser Vorwärtstreiben dauernd zu hemmen, und er erwarte gerade von der Massenstreikbewegung eine Belebung.

Er möchte auch die Frage der **Arbeitslosigkeit** mit auf die Tagesordnung gesetzt haben. In den Massenstreikdebatten sind es nicht die Organisierten, sondern die Gewerkschaftsführer, die sich dem Vorwärtstreiben entgegenstellen. Sie werden aber erleben, daß die Bewegung über sie hinweggeht, wenn sie nicht rechtzeitig einlenken.

Schubert sieht auf dem Standpunkt, nachdem die friedlichen Demonstrationen nicht den gewünschten Erfolg brachten und eine große Mandatzahl auch nicht vor Enttäuschungen bewahren kann, müssen die schärfsten Mittel angewendet werden und die Gewerkschaften werden dann auch nicht zurückstehen wollen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Im Schlusswort wendet sich **Stäffler** gegen den Antrag des Bezirks 786, der da lautet: „Jeder Genosse, welcher den 1. Mai ohne Ausfall seines Lohnes feiert, hat den Tagesverdienst abzuleiern.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt.

Angenommen wurden folgende Anträge:

a) Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: a) Der Wahlrechtskampf in Preußen und seine Taktik. — b) Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in den nächsten Tagungen einen Antrag einzubringen, wonach eine Neueinteilung der Wahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vorzunehmen ist.

Aus der Wahl der Delegierten zum Parteitag gingen die Genossen **Krank**, **Denkel**, **Gottl. Hoffmann**, **Leid**, **Ost**, **Stöckel** und **Genosin Reichert** als gewählt hervor.

Alsdann ergriß an Stelle **Vedehours** Genosse **Diecknecht** das Wort zu seinem Referat über: Die Wehr- und Dedungs-vorlagen. Er sagte: Die Verhandlungen fanden von vornherein unter einer gewissen Rutlosigkeit, denn es hand fest, daß die Wehrvorlage eine große Mehrheit finden werde. Als dann die Frage laut wurde, ob es möglich sei, außerparlamentarische Kräfte gegen die Militärvorlagen zu entsenden, zeigte sich auch hier die gleiche Rutlosigkeit, der Vorschlag fand kein Echo in den Massen. Destomehr hatte die Fraktion die Pflicht, durch eine rücksichtslose Taktik die Stimmung der Massen zu beleben. Feuerfunkt schlagen mußte die Taktik. Wenn ich auch weiß, daß Obstruktion nicht möglich ist, bin ich doch der Meinung, der Kampf konnte rücksichtsloser geführt werden und wir hätten es darauf ankommen lassen sollen, ob man uns verweigert hätte. Die passive Resistenz der bürgerlichen Parteien mußten wir durchbrechen, sie zwingen, sich uns zu stellen. Es soll durchaus nicht unterschätzt werden, daß die Fraktion bei der zweiten Lesung tätige Arbeit geleistet hat, aber daß man sich einanderklammerte, sofort in die zweite Lesung einzutreten, das halte ich für falsch, weil es dem Wesen des Semilligungsrechts widerspricht, Ausgaben ohne Dedung zu bewilligen. Ich fürchte sehr, der gefasste Beschluß wird uns in Zukunft Schwierigkeiten bereiten. Man fürchtete ausgeschlossen zu werden und ging von der Annahme aus, daß nur durch den Druck der 110 indirekte Steuern verhindert würden. Dieser Standpunkt ist meines Erachtens falsch. Bürgerliche Wehrheit und Regierung haben den direkten Steuern, besonders der Vermögenszuwachssteuer, zugestimmt, gedrängt durch die Stimmung der Massen, die ausgelöst durch die Finanzreform von 1909, in den Wahlen 1912 sich widerspiegelt. Wir hätten also ruhig eine andere Taktik einschlagen und es den bürgerlichen Parteien überlassen können, ob sie die Wehrvorlage wagen würden, dem Volk weitere indirekte Steuern aufzubürden. Die 4% Millionen Stimmen waren ein Trumpf in unserer Hand, über den die Gegner nicht hinweggehen konnten. Die Fraktion war sich doch einig, wären Wehr- und Dedungsvorlagen durch ein Manöver verbunden gewesen, so hätten wir dagegen gestimmt. Die Wehrheit stand auch zu dem alten Grundsatze: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, wenngleich er von einer Seite als veraltete Formel bezeichnet wurde. Nun tauchte jedoch die Frage auf, wie wir uns zur Dedungsvorlage stellen sollen, wenn die Wehrvorlage bereits angenommen ist. Würde die Dedungsvorlage zuerst zur Abstimmung gelangen haben, wir hätten dagegen stimmen müssen, da dann das Prinzip des kleineren Übels gar nicht in Frage kam. Welcher Fall eintreten würde, ließ sich aber nicht voraussehen. Wir durften keineswegs durch unsere Taktik dazu beitragen, daß das Uebel überhaupt erst geschaffen wurde, und als es da war, hätten wir nur dafür stimmen dürfen, sofern es zur

Abwendung des größeren unbedingt notwendig war, anderenfalls müßten wir dagegen protestieren oder uns doch der Stimme enthalten. Niemals durfte unsere Abstimmung davon abhängig gemacht werden, ob eine Mehrheit für die Vorlage gesichert war. Stimmenthaltung ist durchaus keine Feigheit, wie das glorreiche Beispiel von 1870 beweist. Das Gerede von der Reichstagsauflösung war meiner Meinung nach nichts als Klatscherei. Gerade das Zentrum fühlt sich im gegenwärtigen Reichstage sehr wohl. Wir aber haben niemals eine Reichstagsauflösung zu fürchten, dürfen es auch nicht, denn das wäre ein bedenkliches Zeichen der Schwäche. Stimmen wir der Dedungsvorlage zu, dann konnte es leicht geschehen, daß sie einstimmig angenommen wurde und das hätte ein unvergleichliches Hallo in der ganzen Welt gegeben, die Sozialdemokratie als Teil des einmütigen Rüstungsparlaments zu sehen. Nun hat sich die Diskussion darauf zugespitzt, ob der Verwendungszweck eine Rolle spielen dürfe. Ich halte die Auffassung für eine ganz unmögliche, daß wir Steuern, die an und für sich gut sind, zustimmen sollen, gleichviel wofür sie verwendet werden. Die Reichsvermögenszuwachssteuer, obgleich die Erbschaftsteuer hineingearbeitet ist, ist die miserabelste direkte Reichsteuer, die man sich denken kann; doch möchte ich ihre Bedeutung für die preussischen Finanzen nicht unterschätzt wissen. Sie expropriert gewissermaßen einen Teil der preussischen Steuerquellen, ist also ein nicht ganz wertloses Stück Schwächung der preussischen Finanzen. Aber Steuern bewilligen, heißt einer feindlichen Regierung Macht in die Hand geben und den Militarismus stärken. Steuern sind Mittel zum Zweck und deshalb kann der Verwendungszweck nicht ausgeschaltet werden. Was für die Budgetbewilligung gilt, trifft auch auf die Steuerbewilligung zu. Der Statutarer Beschluß ist maßgebend. Wir werden, um Arbeit zu schaffen, die Frage auf dem Parteitag ruhig diskutieren. Die Thesen des Genossen **Wurm** halte ich für eine einwandfreie Unterlage dafür und der Parteitag wird sich sicher auf diesen Standpunkt stellen. Unsere grundsätzliche Haltung gegenüber dem Militarismus werden wir um kein Not abzuweichen. Der Fraktion aber muß zugestanden werden: Wir bleiben Todfeinde des Militarismus und diesem System keinen Mann und keinen Groschen. (Stürmischer Beifall.) — Eine Debatte wurde nicht gewünscht.

Aus der Partei.

Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung ist uns folgende Erklärung zugegangen:

In seinem Bericht an den Jenaer Parteitag erklärt der Parteivorstand, daß er in der Angelegenheit des Genossen **Kadel** nach wie vor der Auffassung ist, daß **Kadel** ohne weiteres aus der deutschen Parteimitgliedschaft zu streichen sei, nachdem ihn eine ausländische Bruderorganisation ausgeschlossen habe. Der Parteivorstand kündigt an, er werde dem Parteitag einen Antrag in diesem Sinne unterbreiten.

Wir können uns der Ansicht des Parteivorstandes über die Rechtslage im Falle **Kadel** nicht anschließen.

Kadel ist seit einer ganzen Reihe von Jahren sowohl in der polnischen, wie auch in der deutschen Partei tätig gewesen, wenn er auch infolge seines häufigen Aufenthaltswechsels, seinen Organisationsverpflichtungen in Deutschland nur mit Unterbrechungen nachgekommen ist. Er war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und ständiger Mitarbeiter einer großen Reihe von Tageszeitungen der deutschen Partei. Es ist bisher in der Internationale die Frage niemals entschieden worden, ob ein aus einer Bruderpartei ausgeschlossener damit zugleich als aus der ganzen Internationale ausgeschlossen zu gelten hat. Insbesondere ist hierbei nie entschieden worden, was zu geschehen hat, wenn ein von einer Partei ausgeschlossener zugleich in mehreren Bruderparteien tätig war.

Die bekannten Vorgänge in Ungarn, Holland und in Rußland machen es notwendig, über diese Fragen über kurz oder lang eine Entscheidung herbeizuführen, wie können es aber nicht billigen, daß zuungunsten des Genossen **Kadel** jetzt ein Gelegenheitsrecht geschaffen wird. Solch Gelegenheitsrecht würde in diesem Falle ein um so schmerzlicheres Unrecht bedeuten, als die besonderen Verhältnisse, unter denen unsere polnische Bruder-Organisation zu arbeiten gezwungen ist, dazu geführt haben, daß das Verfahren gegen **Kadel** aller jener Rechtsgarantien entbehrt, die wir in der deutschen Partei an ein Schiedsgerichtsverfahren zu stellen gewohnt sind.

Es kommt hinzu, daß der Vorstand der polnischen Partei sich rühmte geäußert hat, der Bremer Untersuchungskommission sein **Kadel** angehängt behaltendes Material herauszugeben, und daß er auch auf den Vorschlag des deutschen Parteivorstandes, ein außerstatutarisches Schiedsgericht einzusetzen, nicht eingegangen ist. Dieses Schiedsgericht, dessen Spruch **Kadel** sich unter allen Umständen fügen wollte, sollte aus je drei vom polnischen Parteivorstand und von **Kadel** ernannten Mitgliedern und aus einem vom deutschen Parteivorstand bestellten Vorsitzenden bestehen.

Die Unterzeichneten lehnen es ausdrücklich ab, in der materiellen Frage, ob **Kadel** schuldig oder unschuldig ist, ein Urteil zu fällen. Sie halten es aber im Interesse der Partei für geboten, daß ihm vor seiner Streichung aus der deutschen Parteimitgliedschaft ein Gerichtsverfahren nach deutschem Parteirecht zuteil werde.

Eduard Adler-Miel, **Wolff** **Abrecht**-Halle a. S., **Otto** **Antrid**-Braunschweig, **Kurt** **Paale**-Berlin, **Alexander** **Wlach**-Berlin, **Josef** **Wloch**-Berlin, **Karl** **Bod**, Halle a. S., **R. Brenner**-Braunschweig, **A. Crispian**-Stuttgart, **Georg** **Davidsohn**-Berlin, **Hermann** **Dunder**-Berlin, **Räbe** **Dunder**-Berlin, **Emil** **Eichhorn**-Berlin, **Eraff** **Grenz**-Leipzig, **Wilhelm** **Greger**-Berlin, **Konrad** **Daenisch**-Berlin, **Julius** **Kanauer**-Berlin, **E. Heilmann**-Chemnitz, **Wolfgang** **Heine**-Berlin, **Paul** **Hennig**-Erfurt, **Alfred** **Serre**-Leipzig, **R. Herz**-Altona, **Paul** **Girch**-Berlin, **Simon** **Rapenkein**-Berlin, **Wlred** **Reimling**-Leipzig, **Karl** **Korn**-Berlin, **Geinrich** **Laufenberg**-Hamburg, **Karl** **Lieblich**-Berlin, **Liebmann**-Leipzig, **Heinrich** **Limbert**-Essen, **v. Rojewski**-Leipzig, **Otto** **Ray**-Braunschweig, **Franz** **Rehring**-Berlin, **Hermann** **Müller**-Leipzig, **August** **Reumann**-Berlin, **Wilhelm** **Bied**-Berlin, **Hugo** **Koch**-Berlin, **Eugen** **Prager**-Erfurt, **Otto** **Mühle**-Halle, **Mar** **Schäppel**-Berlin, **Wilhelm** **Schröder**-Berlin, **Heinrich** **Schulz**-Berlin, **Hugo** **Simon**-Zehlendorf, **Heinrich** **Stroebel**-Berlin, **Richard** **Wagner**-Braunschweig, **Hermann** **Wendel**-Frankfurt, **August** **Wesemeyer**-Braunschweig, **Fr. Westmeyer**-Stuttgart.

Eine Reihe weiterer Parteigenossen lehnte die Unterzeichnung dieses Aufrufs mit der Begründung ab, daß ihrer Auffassung nach die Affäre **Kadel** durch die Bremer Untersuchung und das zu **Kadels** Gunsten sprechende Urteil für die deutsche Partei bereits erledigt sei.

Wir halten die Behandlung von Organisations- und Parteifragen in Erklärungen, die zwischen einer Anzahl von Genossen vereinbart werden, nicht für angebracht. Die Diskussion solcher Fragen gehört in die Organisationen, wo entsprechende Anträge gestellt und Beschlüsse gefaßt werden können.

Zur Sache selbst möchten wir, ohne uns mit den Einzelheiten der Erklärung irgendwie identifizieren zu wollen, der Ansicht Ausdruck geben, daß der Ausschluß aus einer auswärtigen Partei, und erst recht aus einer auswärtigen Parteigruppe, für die deutsche Partei nur dann rechtserheblich sein könnte, wenn einmal das ausländische Verfahren mit dem deutschen gleichwertige Rechtsgarantien bietet und wenn ferner der Ausschluß aus Gründen erfolgt, die auch nach den Grundgesetzen der deutschen Partei zum Ausschluß geführt hätten.

Gemeindevorwahl.

Am Dienstag Abend fand in dem Vorort **Rauchwalde** bei **Görlich** für einen weggezogenen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher eine Ertragswahl statt. Mit 68 gegen 55 Stimmen wurde auch

Medmal wieder der sozialdemokratische Kandidat gewählt. Dieser Sieg ist um so beachtenswerter, weil durch eine Verlegung des örtlichen Rangierbahnhofes in die unmittelbare Nähe des Ortes Kaufswalde ein starker Zug von Bahnbeamten und Bahnarbeitern stattgefunden hat.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

In Zürich hielt am Sonntag der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine Sitzung ab, in der die Abhaltung des diesjährigen ordentlichen Parteitages auf die Tage des 31. Oktober, 1. und 2. November festgesetzt wurde. Als Ort ist Aarau eventuell Frauenfeld in Aussicht genommen. Die Hauptverhandlungsgegenstände werden sein der Generalstreik, die Taktik der Partei und deren Verhältnis zur Jugendorganisation.

Der Parteivorstand beschäftigte sich ferner mit der Revision des Fabrikgesetzes und stützte seine Stellung zu dem vorliegenden Verständigungsentwurf durch die Annahme folgender Resolution: Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz konstatiert mit Bedauern, daß eine Reihe von wichtigen und durchaus erfüllbaren Forderungen, die die Arbeiterorganisationen zum Schutze der Arbeiter aufgestellt haben, im sogenannten Verständigungsentwurf unberücksichtigt geblieben sind. Der Parteivorstand begrüßt jede Verständigungsvorlage, die einen wirklichen Fortschritt der Arbeitergesetzgebung über das bisherige Fabrikgesetz hinaus bildet, dem berechtigten Verlangen der Arbeiterklasse entspricht und dem heutigen sozialen Empfinden genügt. Um diese Voraussetzung zu schaffen, fordert der Parteivorstand die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung auf, bei den Beratungen im Plenum auf wesentliche Verbesserungen des vorliegenden Entwurfes zu dringen. Die endgültige Stellungnahme zum revidierten Fabrikgesetz ist Sache des Parteitages.

Aus Industrie und Handel.

Die Interessengemeinschaft zwischen Straßenbahn- und Omnibusgesellschaft

Beschäftigte eine außerordentliche Generalversammlung der Großen Berliner Straßenbahn am Mittwoch. Einziger Gegenstand der Tagesordnung war die Beschlußfassung über die Ausgabe von 25 Millionen Obligationen zu 4 1/2 Proz., von denen ein Teil zum Ankauf von 4 1/2 Millionen Aktien der Omnibusgesellschaft bestimmt ist. Der Vorsitzende setzte auseinander, daß der Ankauf der Omnibusaktien mit Rücksicht auf die wachsende Bedeutung des Omnibus als notwendig erkannt sei. Ähnliche Gründe hätten auch die Hoch- und Untergrundbahn zum Ankauf eines gleich großen Aktienpostens bestimmt. Von den 1911 bewilligten 45 Millionen 4-prozentiger Schuldverschreibungen sind bis heute etwa 18 Millionen zur Verfügung. Ihre Ausgabe erweise jedoch bei der heutigen Lage des Geldmarktes nicht durchführbar. Die Verwaltung hätte sich daher entschlossen, die Neuemission 4 1/2-prozentiger Obligationen vorzuschlagen. Von der Gesamtsumme kommen 15 Millionen zur sofortigen Ausgabe in Betracht. Bezüglich der Absichten, die mit dem Erwerb der Omnibusaktien erreicht werden sollen, bemerkte ein Verwaltungsratsmitglied, daß „zwecklose“ Konkurrenz ausgeschlossen werden sollen. Formelle Vereinbarungen mit der Hochbahn wegen der Ausschaltung der Konkurrenz beim weiteren Aktienankauf seien nicht getroffen. Dagegen hätten sich Herren des Aufsichtsrates der Straßenbahn einerseits und der Hochbahn andererseits dahin besprochen, einen derartigen Kampf

zu vermeiden. Es hätte sich ein Gebiet ergeben für ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit der Hochbahn-Gesellschaft. Es wäre sicher zu erwarten, daß nicht einer den anderen zu unterdrücken versuchen würde. Es sei aber wohl möglich, daß das neue gemeinsame Gebiet die Möglichkeit der Befreiung auch anderer Schwierigkeiten herbeiführen könnte.

Ueber eine Anfrage nach dem Zwischengewinn des Bankhauses Weidner für die Vermittlung der Obligationenemission ging die Verwaltung bezeichnenderweise stillschweigend hinweg.

Ueber den Vertrag mit der Stadt Berlin äußerte sich das Verwaltungsratsmitglied in einer Weise, die deutlich zeigte, wie sehr die Stadt dabei über Ohr gebauen worden ist. Zwar lege der Vertrag mit der Stadt Berlin der Gesellschaft einige Opfer auf, diese würden aber weit aus aufgewogen durch die Zugeständnisse, die die Stadt Berlin gemacht habe. Das Unternehmen habe die Sicherheit, seinen Betrieb bis 1940 fortführen zu können. Bei früherem Erwerb von Seiten der Stadt bestände die Sicherheit, mindestens einen Kurs von 200 Prozent für die Aktien zu erhalten, bei höherer Dividende als 8 Proz. einen noch höheren Preis. Würde aber nicht erworben, so fielen das Unternehmen im Jahre 1940 dem Zweckverbande zu. Dann stünden aber den Aktionären die Reserve- und Tilgungsfonds zu, die schon heute 35 Millionen betragen und jährlich um 2 Millionen Mark anwachsen. Dazu kämen noch die Summen, die der Unternehmer als Tag- oder Buchwert der übernommenen Gegenstände, des Bahnkörpers, der Betriebsmittel und der Pauschalen zu zahlen haben würde. Voraussetzlich würden sich hieraus mehr als 200 Prozent ergeben. Die Konkurrenz der neuen städtischen Straßenbahn, Omnibus- und Hochbahnlinien schlägt die Gesellschaft gering an. Gegenüber den Gesamteinnahmen sei der Rückgang der Einnahmen so gering, daß er durch die ungenügende Gestaltung des Arbeitsmarktes und die schlechte Witterung allein erklärt werden könne.

Wagenmangel.

Ueber den Wagenmangel im vergangenen Jahre enthält der Geschäftsbericht der Rheinischen Stahlwerke eine sehr lebhafte Klage:

Auf unserer Seite Centrum mußten eine große Anzahl Schichten der Belegschaft ausfallen, wodurch unseren Arbeitern eine Lohnsumme von vielen Tausenden von Mark entging. Naturgemäß war unser Schaden ganz erheblich größer, da wir auch an den übrigen Tagen durch ungenügende und verspätete Zustellung der Wagen in der Förderung arg behindert und gestört wurden. Den schwersten Schaden erlitten wir jedoch auf unseren Hüttenwerken; wenn wir auch für unsere Hochofenanlage in Weidrich fast alle Erze, außer unserer Minette, auf dem Wasserwege bekommen, so sind wir doch für den Kohlen-, Koks- und Kalksandsteinbedarf der Hochofen wie für den Bedarf der Stahlwerke an gebranntem Kalk ausschließlich auf die Staatseisenbahn angewiesen. Nun hatten wir uns schon während des Sommers befreit, größere Lagerbestände in Minette (Eisenerze), Kalkstein und Koks zu beschaffen, ja wir hatten auch in Kohle verhältnismäßig bedeutende Mengen zu Lager genommen; wie sich aber z. B. in Stahlwerkstoff die Lagerung des Bedarfs auch nur wenige Tage durch die Natur des Rohstoffes überhaupt verbietet, so war es uns angesichts der riesigen Mengen für unsere fünf, gerade damals sämtlich im Feuer stehenden Hochofen sowie unsere vier Batterien Koksöfen unmöglich gewesen, den vollen Bedarf für die langen Wochen der Störung aufzustapeln. Eine derartige Dauer hätte man ja nicht für möglich gehalten, am wenigsten die Eisenbahnverwaltung

selbst. Die Koksöfen und Hochofen litten ganz außerordentlich. Die Koksöfen mußten bald stundenlang über die Zeit hinaus gefüllt gehalten werden, so daß der Koks verbrannte, da keine Mengen zur Füllung da waren, bald war ein ganzer Koks überhaupt nicht zu erzielen, da die von allen Seiten zusammengehakten Koks auf den Wägen völlig entgalt, zu mager oder sonst für die Ofen ungeeignet waren. Die Hochofen gerieten bald durch den ungleichmäßigen, schlechten Koks völlig in Unordnung, denn nicht nur die Koks mengen von eigenen und namentlich fremden Wägen, sondern auch die Sendungen frischer Ware waren größtenteils minderwertig. Auf den Hüttenwerken mußten nämlich infolge Fehlens von Wagen häufig zwei und mehr Kräne übereinander gelöst werden, was namentlich bei Lieferungen aus der Nachtschicht dazu führte, daß entweder verbrannter Koks oder solcher mit ungläublichen Wassergehalten den Hochofen zugeführt wurden. Abgesehen von dem unmittelbaren Erzeugungsausfall, der sich auf mindestens 20 000 Tonnen Koks belief, wurden die Selbstkosten der Hochofen um mehrere Mark für die Tonne noch für längere Wochen nach dem Ende des schärfsten Wagenmangels emporgeschoben. Das Thomawerk war gezwungen, einige volle und eine große Reihe von Teilschichten wegen Kalkmangels zu feiern, so daß man Thomawerke in die Halle laufen lassen mußte. Alle diese Störungen setzten sich entsprechend bei den Wägenstraßen fort, für unsere Werke in Duisburg doppelt verschärft dadurch, daß die Halbzugsendungen von Weidrich oft tagelang in den Staatsbahnhofen standen, ohne in unser Anschlussfeld gelangen zu können. Von unseren Hüttenarbeitern gelang es uns im wesentlichen Lohnausfälle fernzuhalten, da die Feierschichten zu Ausbesserungen benutzt wurden; unsere direkten Verluste und entgangenen Gewinne aber sind auf viele Hunderttausende von Mark zu beziffern. Es ist zu hoffen, daß die inzwischen seitens der Staatsbahnverwaltung ergriffenen Maßnahmen wirklich auch in einem Umfang durchgeführt werden, der die Wiederkehr ähnlicher Zustände unmöglich macht.

Während die Arbeiter also Tausende von Mark an Lohn verloren, hat den Aktionären der Mangel nicht viel geschadet. Sie erhalten wie im Vorjahre 10 Proz. Dividende, obgleich die Rücklagen und Abschreibungen um 2,9 Millionen auf 6,3 Millionen Mark erhöht werden können. Die Beschäftigung des Unternehmens war im ganzen Jahre so günstig, daß der Bruttogewinn von 8,7 auf 12,2 Millionen Mark stieg.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	26. 8.	25. 8.		26. 8.	25. 8.
Remel, Müst	277	-11	Saale, Großh	85	-9
Bregel, Ankerburg	193	-25	Qabel, Sandau ¹⁾	8	-2
Reiskel, Thorn	451	-20	Elbe, Rathenow ²⁾	-15	-1
Oder, Ratibor	248	+31	Spre, Spremberg ²⁾	88	+2
„ Krossen	290	+13	„ Beestom	82	0
„ Frankfurt	266	+1	„ Witten	126	-4
„ Wartbe, Schrimm	54	+4	„ Runden	194	-2
„ Landsberg	-1	+1	Rhein, Maximiliansau	480	-8
„ Nehe, Borsum	-20	+2	„ Raub	260	-9
„ Elbe, Leitznäh	53	-25	„ Köln	248	0
„ Dresden	-54	-28	„ Ratz, Weißbrunn	51	-10
„ Barbs	274	-12	„ Rain, Hanau	143	-7
„ Magdeburg	220	-18	„ Mosel, Trier	22	-12

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. - ²⁾ Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel, Bezirk 149.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Paul Sarabinski

Wahlbezirk 3, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michael-Straßhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
216/17 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Niederbarnim.
Bezirk Friedrichshagen.

Am 24. August verstarb plötzlich unser Genosse, der Tischler

Alfred Birkner

im Alter von 23 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachm. 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Friedhofes aus statt. 241/2 Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Friedrichshagen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Alfred Birkner

im Alter von 23 Jahren plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
88/2 **Die Lokalverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglieb, der Schlosser

Richard Will

Lichtenberg, Schillerstr. 6 I

am 21. d. M. freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Ehre seinem Andenken.

124/17 **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
V. a. G., Hamburg.
Filiale Steglitz.

Am 26. d. Mts. starb unser Mitglied

Karl Höna.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Berlin-Brill aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 26. d. M., morgens 6 Uhr, meine innigstgeliebte Frau

Luis Schulze

geb. **Güldenpennig**

nach langem, schwerem Leiden im 46. Lebensjahre verschieden ist.

Dies zeigt tiefbetübt an

Hermann Schulze,

Charlottenburg, Wilmshofstr. 9.

Der Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 4631

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bezirk 28.

Nachruf.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglieb

Karl Marks

am 17. August nach längerem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

254/10 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
Filiale Lichtenberg I.

Nachruf.

Am 21. August 1913 verschied unser Kollege, der Dreher

Max Hundt.

Ehre seinem Andenken!

289/11 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen wir hiermit allen Teilnehmern, insbesondere Herrn Schall für die tröstlichen Worte unsere herzlichsten Dank.
Karl Reumann und Kinder.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwagerkollegen **Paul Glaue** sprechen wir allen denen, die sich daran beteiligt haben, unseren herzlichsten Dank aus. 1992b

Gertraud Glaue nebst Kindern, Agnes Fahrenwald.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden des Lederarbeiters

Georg Rüger

sagen wir allen unseren tiefempfundenen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen,

674 **Stalher Str. 57.**

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten

vom

Riesengebirge, Harz,

Sächsische Schweiz,

Dresden, Berlin

in reicher Auswahl.

Stück 5 Pf.

Guten Essig bereitet man sich am billigsten und besten selbst

Reichel's Essig-Essenz

ergibt, mit reinem Wasser verdünnt, den wohlgeschmacktesten

Speise-Essig und besten kräftigen **Einmach-Essig.**

In jedem Essig eingemachte Früchte halten sich großartig und bewahren bis zuletzt ihren Wohlgeschmack und unverändert schönes Aussehen ohne Konservierungsmittel. **Fl. 1.10 M., 1/2 Fl. 60 Pf., inkl. Pf. für 12 bzw. 6 Wein-Rasch-Gl. Gl. Man nehme in den Drogerien oder nur Reichel's Essig-Essenz, die vorteilhafteste Marke. Wo nicht vorräthig, wende man sich an **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.****

Fernspr.: Moritzplatz 4751-53.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir hiermit allen Beteiligten, insbesondere den Genossen vom 8. Wahlkreis, dem Gesangsverein „Morgengrauen“, den Arbeitern und Mitgliedern der Berliner Genossenschaftsbäckerei unseren innigsten Dank.

Gustav, Robert, Karl Kappelt.

Danksagung.

Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Monteurs **Otto Hiescher**, sagen wir unsern tiefgefühltesten Dank. Insbesondere danken wir für die Beweise herzlicher Anteilnahme den Bureau des H. E. W., dem Chemiker Herr Wagner, den Arbeitern der H. E. W., den Genossen des 8. Wahlkreises, Bezirk 775a dem Deutschen Metallarbeiterverband sowie allen Freunden und Bekannten. **Witwe Meta Hiescher geb. Bormann, Rudolf Hiescher, Valtour, Frau Klara Hiescher. 20065**

Tilsiter Vollfettkäse

Käse! (Schmelz) **Käse!** offeriert a Pfd. 60 Pf. franko gegen Nachn. in ganzen Pfd. zu 8-11 Pfd. Zentral-Molkerei, Christburg Wpr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis

Sonntag, 31. August 1913, vormittags von 9 Uhr ab: **Urwahl von 3 Delegierten zum Parteitag in Jena und eines Schiedsgerichts-Kommissionsmitgliedes für Groß-Berlin**

in folgenden Lokalen:

- W. Schneider,** Winterfeldtstraße 8
- O. Sähnel,** Blumenthalstraße 5.
- Ph. Zickert,** Zimmerstraße 50.
- C. Schröter,** Markgrafenstraße 102.
- H. Reufner,** Mödernerstraße 98.
- S. Borgfeldt,** Rostigstraße 29.
- J. Thomßen,** Sneyenaustraße 30.
- E. Rieble,** Planufer 75.
- E. Lindemann,** Moritzstraße 9.
- W. Welle,** Gajenheide 54.
- G. Federhardt,** Poppstraße 4.

Zentrale: **Thomßen, Sneyenaustraße 30.** 206/8* **Wahlberechtigt** ist jedes Mitglied, das den Beitrag für Mai 1913 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgendeinem der vorgenannten Lokale ausgeübt werden. Die Wahl beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 12 Uhr mittags geschlossen.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Linoleumleger-Teppichnäher! Achtung!

Donnerstag, den 28. August, abends 8 Uhr, bei **Graumann, Raumnstr. 27;**

Außerordentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Die gescheiterten Tarifverhandlungen und unsere weitere Stellungnahme.

Kollegen! Da die Unternehmer die bisher gemachten Zugeständnisse zurückgezogen haben, gilt es in dieser Versammlung sehr wichtige Beschlüsse zu fassen. Nicht aller Kollegen ist es, diese Versammlung bestimmt und pünktlich zu besuchen.
157/19*

Die Branchenleitung.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 6 Uhr,

nach dem Volkshaus in Jena ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages werden am 14. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission sollen am Montag, den 15. September, zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. a) Allgemeines. Referent: Genosse Scheidemann. b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun. 2. Bericht der Kontrollkommission. 3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse H. Schulz. 4. Reisebericht. Referent: Genosse Ebert. 5. Steuerfrage. Referenten: Genossen Baur und Dr. Südekum. 6. Anträge. 7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1914 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdalenstr. 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Der Parteivorstand.

Gewerkchaftliches.

An die Besitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitnehmerbesitzer).

Die Arbeiterbesitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß für die Teilnehmer am Verhandlungstag der Gewerbegerichte am 16. und 17. September in Leipzig im Volkshaus, Zeiger Str. 32 eine Konferenz stattfindet mit folgender Tagesordnung:

- 1. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte seit der letzten Konferenz. Referent: Arbeitersekretär Wittich-Leipzig. 2. Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Referent: Paul Starke-Dresden.

Kleines feuilleton.

Klerikalismus und Freiheitskriege. Zu den jetzigen höfischen Feiern der Freiheitskriege, wie zu dem Reihemer Schauspiel, drängt sich niemand mit brünstigeren Gebärden als das jetzt so national gewordene Zentrum. Gerade die Klerikalen aber, namentlich nicht die in Süddeutschland, haben nicht das mindeste geschichtliche Recht, sich auf die Erhebung von 1813 zu berufen.

Der Klerikalismus war vor hundert Jahren in Bayern und den anderen Rheinbundstaaten der sanfteste Gegner jeder nationalen Bewegung. In Bayern verteidigte ein hoher Beamter, Christoph von Aretin, aus dessen Geschlecht jetzt ein Zentrumspatriot für die Landtagsnachwahl in Landsbüt kandidiert, in Flugschriften und durch Organisation einer förmlichen Kamorra die französische Politik gegen die deutsch-nationalen Patrioten.

Die mit allen Mitteln arbeitende Verfolgung richtete sich vor allem gegen die nach München berufenen ausländischen und protestantischen Gelehrten, besonders gegen den Philologen Friedrich Thierich. Auch der große Kriminalist Feuerbach wurde mit Beschimpfungen und Verleumdungen gehetzt. Die kleine Gruppe der Napoleongegner war sogar in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Die Religion wurde schon damals für gefährlich erklärt, und Herr von Aretin rechtfertigte die Politik Napoleons gerade aus dem Gesichtspunkt, daß er das katholische Prinzip gegen den protestantischen Umsturz vertrete.

Die Seite der klerikalen Anhänger der französischen Politik erregte so sehr die Gemüter, daß eines Abends schließlich sich ein Freischütze fand, der dem Professor Thierich von hinten einen Dolch in den Rücken stieß. Thierich selbst schrieb damals, wie er an seine Mutter berichtet, an den König, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Attentat auf sein Leben nicht aus persönlichen Ansprüchen gegen die Anhänger seiner Richtung zusammenhänge, und daß man ihn habe ermorden wollen, um die anderen zu erschrecken und zu verschrecken.

Der Attentäter wurde niemals ermittelt. Aber die Patrioten behaupteten, ihn zu kennen. Die Verwundung, die Thierich erlitt, war nicht gefährlich. Aber nur ein Zufall rettete sein Leben. Alle Welt war überzeugt, daß das Verbrechen, wenn nicht veranlaßt, so doch verurteilt sei durch die Fehde, in der seit Jahren die Patrioten mit den klerikalen Verächtern des französischen Systems, namentlich mit Aretin, lagen.

Es war damals gefährlicher als heute, Patriot zu sein, und die Freiheitskämpfer von 1813 wurden von den Klerikalen ebenso sanftlich verfolgt wie heute die Freiheitskämpfer des zwanzigsten Jahrhunderts mit allen Mitteln der Gewalt und Niedertracht vom Zentrum gehetzt werden.

Die deutsche Zeitzentrale. In Jalta wird, wie bekannt ist, eine Zeitzentrale errichtet, von der aus auf drahtlos-elektrischem Wege die Schaffung und Regulierung einer Einheitszeit, zunächst für ganz Deutschland, erreicht werden soll. Der Erfinder dieser Apparatur, Ingenieur Schneider, hat nun, wie der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt wird, neue Verbesserungen vorgenommen, die etwaige Störungen im Betriebe ausschließen sollen. Wenn die Jaltaer Sendestation der drahtlosen Zeitübertragung (Zeitzentrale Jalta) so beschädigt werden sollte, daß die normalerweise alle Minute erfolgenden Stromstöße nicht mehr aus-

3. Die Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten.

Referent: A. Rörten-Berlin.

4. Die Tagesordnung des Verbandstages der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Die Konferenz wird am 16. September, vormittags 10 Uhr, eröffnet.

Die Delegierten bitten wir um Angabe der Adresse und die Mitteilung, ob resp. in welchem Umfange die Gemeinde, das Gewerkschaftslokale oder die Gewerkschaft zu den Kosten der Delegation beiträgt.

Wegen Beschaffung von Logis wollen sich die Delegierten an Karl Franke, Leipzig-Schleußig, Könnertstr. 72, wenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Sozialpolitische Abteilung) Berlin SO 16, Engelauer 15 IV.

Zu dem vom 14. bis 19. September in Leipzig stattfindenden Gewerbegerichtstage haben eine Anzahl Gemeinden um Berlin Delegierte bestimmt.

Von mehreren dieser Vertreter ist uns der Wunsch geäußert, unter diesen eine Einheitsliste in Reize, Logis sowie die notwendigen Verpflegungen herbeizuführen.

Wir kommen diesem Wunsche gern nach und bitten alle diese Delegierte, uns ihre Namen anzugeben, damit wir eine Zusammenkunft, Anmeldung usw. bewerkstelligen können.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend Engelauer 15.

Berlin und Umgegend.

Zur Kürschnerbewegung.

Zur Orientierung der Öffentlichkeit sei bemerkt, daß die Bewegung des Deutschen Kürschner-Verbandes, Filiale Berlin, gemeinsam mit dem Verein selbständiger Kürschner (Hausindustrielle der Pelzbranche) geführt wird. Die Hausindustriellen haben ihre Forderungen den Fabrikanten zum 25. d. M. zugestellt, während der Verband seine Forderungen am gleichen Datum an sämtliche Fabrikanten, Detailgeschäfte sowie allen Hausindustriellen von Groß-Berlin zugestellt.

Der Verein der selbständigen Kürschner hat nun in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung am Dienstag, den 26. d. M., die Forderungen des Verbandes einstimmig anerkannt und beschlossen, daß am 30. August überall die Arbeit einzustellen ist, wo die Forderungen nicht von beiden Organisationen anerkannt werden.

Wie auch die Hausindustriellen von den Fabrikanten ob ihrer berechtigten Forderungen noch verhöhnt werden, kann man daraus ersehen, daß die Firma Freistadt u. Westmann, Hausbootplatz 3/4, die im Tarif enthaltenen Forderungen durchstreicht und auf den Nebenbogen dem Verein schreibt, daß sie noch keine Zeit hatte, sich mit dem Tarif zu befassen. Bei dieser Verhöhnung muß aber noch besonders beachtet werden, daß die Selbständigen ihre Forderungen den Fabrikanten schon das erste Mal im März d. J. zugestellten! Die Versammlung der Selbständigen hat als Antwort auf die Verhöhnung einstimmig beschlossen, daß sämtliche Hausindustrielle der Firma Freistadt u. Westmann von Mittwoch früh jede, selbst angefangene Arbeit ruhen lassen und die Firma als gesperrt gilt.

Der Arbeitgeberverband der Pelzwarenbranche von Berlin hatte für Dienstag gleichfalls sämtliche Arbeitgeber Berlins zu einer Versammlung nach dem Architektenhaus geladen. Wenn auch die Stellungnahme des Unternehmens zu den Forderungen der Arbeiter und Hausindustriellen von vornherein bekannt sein dürfte, so hat aber dort ein Scharfmacher von vorgeherrscht, der die Grenze des parlamentarischen Anstandes weit zurückließ.

Als erster Redner, der mit aller Schärfe betonte, die Forderungen nicht zu bewilligen, trat Herr Kommerzienrat Viktor Wolff (in Firma G. Wolff), Krausenstr. 17/18, auf. Dann folgten der Obermeister Lampe (Firma Arndt, Friedrichstr. 45), Wil-

helm Reinecke, Erdmann, Tauentzienstraße, Herwig Söhne, Leipziger Straße, Doljys, Wallstraße (Am Spittelmarkt) und Krinje, in Firma Reime u. Rauy.

Die Herren regten auch eine eventl. Aussperrung an, doch fand der Gedanke für diese Zeit keine rechte Zustimmung.

Sollte es zum Streik oder Aussperrung kommen, so hat der Verein der selbständigen Kürschner schon alle Vorbereitungen getroffen, daß er in Plakaten, Annoncen der Tagespresse und Prospekten das Berliner Publikum darauf aufmerksam macht, daß er bereit ist, unter seiner Regie mit seinen über 200 Mitgliedern, jede gewünschte Privatarbeit — von der einfachsten bis zur reinsten Qualität zu übernehmen und mindestens 50 Proz. billiger anzufertigen. In teuren Sachen, wie z. B. Rerz und Persianer, würde der Preisunterschied noch weit größer sein.

An die Berliner Arbeiterschaft möchten wir noch das Ersuchen richten, ihre in der Pelzwarenbranche beschäftigten Angehörigen, namentlich Frauen und Töchter, auf diese Notiz sowie auf die heute, am 28. August, in den Russler-Gärten, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, stattfindende öffentliche Kürschnerversammlung aufmerksam zu machen.

Deutscher Kürschner-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Tariffbewegung der Steinseher.

Der Verband der Steinseher und Berufsgenossen beschäftigte sich am 24. August in einer Konferenz der im Tarifgebiet Groß-Berlins gelegenen Filialen mit der Beratung von Anträgen zum Tarifvertrag. Der jetzige Tarif läuft am 31. März 1914 ab und eine Bestimmung im § 12 besagt: „wird der Tarif nicht mindestens neun Monate vor Ablauf gekündigt, so verlängert er sich um ein Jahr“. Die enorm schlechte Konjunktur in unserem Berufsbewegte die Arbeitgeber, den Tarif zu kündigen. Die Filialen im Tarifgebiet haben in ihren Mitgliederversammlungen zur Kündigungsstellung genommen und Anträge zur Tarifberatung gestellt. Die Konferenz, zusammengesetzt aus den Mitgliedern der Schlichtungskommission und den Delegierten der Filialen, kam nach eingehender Beratung zur Aufstellung folgender Anträge:

Da unsererseits eine Kündigung des Tarifvertrages nicht erfolgte, wird also vom 1. April 1914 ab noch zu den jetzigen Bedingungen weiter arbeiten wollen, wird für das erste Tarifjahr, also bis zum 31. März 1915, von einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Abstand genommen. Jedoch soll der Lohn für die Hilfsarbeiter — bisher werden 40 bis 45 Pf. pro Stunde ohne tarifliche Vereinbarung gezahlt — tariflich auf 45 Pf. pro Stunde festgesetzt werden. Im zweiten Tarifjahre, also vom 1. April 1916, beträgt die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden für alle Kategorien.

Die Arbeitszeit in den Wintermonaten beträgt vom 1. Oktober bis 30. November 8 Stunden pro Tag, vom 1. Dezember bis Ende Februar 7 Stunden pro Tag. Gleichzeitig tritt im zweiten Tarifjahre eine Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde für alle Kategorien in Kraft. Der Tarif beginnt am 1. April 1914 und endet am 31. März 1917.

Wollen die Arbeitgeber eine längere Tarifdauer, so erhöht sich der Stundenlohn für jedes weitere Tarifjahr um 2 1/2 Pf. Der Arbeitsnachweis soll von den Arbeitgebern mehr wie bisher in Anspruch genommen werden und hat das einsehende Kuratorium zu gebender Zeit die obligatorische Einführung zu veranlassen. Das wirklich verbrauchte Jahrgeld ist an alle Arbeitnehmer zu zahlen.

Die Steinseher sind im Prinzip für Einführung des Stundenlohnes. Eine Erhöhung des Lohnes hat wie oben zu erfolgen. Wo Akkord gearbeitet wird, erhöht sich der jetzige Akkordtarif in allen Positionen am 1. April 1915 um 4 Proz. Da für die Herstellung der Rode der Preis sehr differiert, soll im neuen Tarif 1,50—1,85 M. pro Kubikmeter gezahlt werden.

Kußerdem sollen noch folgende Positionen im Tarif mit aufgenommen werden: halbfineiner Rosafil Berliner Profil aus Pflücker Material pro Kubikmeter 14 M., halbfineiner Rosafil Berliner Profil aus Bernburger Material 12 M., halbfineiner Rosafil Reinendborfer Profil 10 M., halbfineiner Rosafil Schöneberger Profil 10 M., halbfineiner Rosafil aus gewöhnlichem Rosafil 10 M.

gesandt werden, so bleiben deshalb die sämtlichen in Deutschland installierten drahtlosen Uhren keineswegs stehen. Bei den Empfangsuhren schaltet sich dann automatisch ein Kontaktwerk ein, das die drahtlose Uhr nicht den angeschlossenen Nebenuhren auf Stunden, Tage, ja Monate hinaus weiter antreibt.

Vom Werdefeld des Mesothoriums. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird berichtet: Die Kuergeellschaft hat gegenwärtig für etwa 6 Millionen Mark Monazitand lediglich zur Mesothoriumgewinnung daliegen und baut nur für diesen Zweck neue Fabrikanlagen im Werte von ca. 1 Million Mark. Aus einer Tonne Monazitand (gleich 20 Zentner, gleich 1000 Kilogramm) kann man aber nur ungefähr 1 Milligramm, d. h. den milliardten Teil, Mesothorium durch einen begreiflicherweise außerordentlich komplizierten und daher kostspieligen Fabrikationsprozeß gewinnen. Dazu kommen die enorm hohen Transportkosten des Rohmaterials. Um gleichzeitig fünf Kranke richtig behandeln zu können, braucht man wenigstens fünfmal 200 Milligramm gleich ein Gramm Mesothorium. Zur Herstellung dieses einen Gramms müssen 1000 Tonnen Sand von Südamerika herbeigeschafft und dann verarbeitet werden. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Preis eines solchen Gramms ca. 200 000 M. ist. Mit 1 Gramm kann man dann aber Hunderte, ja Tausende von Kranken behandeln.

Humor und Satire.

Ein Bild aus dem Familienleben zeichnet Maurice Level im Pariser Journal. Szene: ein Männlein und ein Weiblein, Begagnen, und der Gatte spricht: „Hast Du augenblicklich etwas Besonderes vor?“ — „Kein... Warum?“ — „Weil ich Dich dann bitten möchte, ins Warenhaus zu gehen und für mich eine Zahnbürste zu kaufen.“ — „Was für eine Zahnbürste?“ — „Eine harte.“ — „Eine weiche?“ — „Wie ich sie immer habe, nicht zu hart, nicht zu weich...“ — „Komm doch mit, wir sind schon so lange nicht mehr zusammen ausgegangen.“

Im Warenhaus, woher er und sie im Logameter gefahren sind, um nach dem Einkauf der Zahnbürste noch eine kleine Spazierfahrt zu machen, ist es natürlich häßlich voll. Er zögert ein wenig, sie aber tritt entschlossenen Schrittes ein. Sie kennt alle Verkaufsstände, wie ein Kunstfreund die Säle des Louvre kennt. Er möchte, kaum daß er darin ist, schon wieder hinaus. Sie bleibt plötzlich stehen. Unter einem schier unentwirrbaren Haufen von Outformen hat sie eine ganz besondere entdeckt, die sie ansehen muß. „Nicht häßlich, was?“ — „Schön auch nicht!“ brummt er. — „Du kannst das nur nicht so gut sehen, aber der Wert würde, wenn er erst garniert ist, entzückend sein. Fräulein, wieviel kostet diese Form?“ — „Acht Franken neunzig!“ — „Bist Du sie denn kaufen?“ fragt er. — „Einen Augenblick... Und diese da, Fräulein?... Und die da drüben? Wollen Sie sie mal aufsehen, damit ich sehe?“ — „Kein, die andere gefällt mir besser... Der Preisunterschied ist ja auch nicht so groß! Schicken Sie mir also diese vier da, ich will mir eine anschauen.“

Entdeckungstreife zur zuständigen Kasse. Er humpelt nach. Dann geht es weiter. Sie bleibt vor jedem Lager bewundernd stehen. Am Wäscheleger länger als anderswo. Da gibt es wirkliche „Gelegenheiten“. Sie wirft ihm flüchtig Servietten und Wischlappen durcheinander und erkundigt sich so nebenbei nach dem Preise eines Tischläufers. „Da fällt mir ein, daß Melanie mich um eine Wachs-tuchdecke für die Küche gebeten hat.“ Gibt's im vierten Stock. Also zum Fahrstuhl. Oben angekommen, mußte sie die Haushaltungs-artikel. Die Tugendbänken, die Teppichlöffel, alles interessiert sie;

ihre Küche ist ihr Stolz, und sie widersteht nicht der Versuchung, einen bernickelten Vesenhalter zu kaufen. Er wird ungeduldig: „Weiter, weiter...“ Zu Fuß geht man wieder hinunter. Kurzer Aufenthalt vor einem Stand, an welchem von allem etwas verkauft wird: Silber-rahmen, Romane, Vreispapier. Vreispapier braucht man immer, nicht wahr? Und dieses hier liegt in so reizenden Schachteln. Die kann man dann als Behälter für die Wänder und die Taschentücher verwenden. So vergeht die Zeit. Je nervöser er wird, desto häufiger sagt sie: „Einen Augenblick noch.“ Sie muß ja sehen, was jetzt modern ist. Es wird Abend, und das Haus wird so voll, daß man kaum vorwärts gehen kann. Er ist dem Erstickten nahe; sie auch. Jetzt muß sie rasch hinaus und frische Luft atmen; auf der Straße sagt sie mit einem „Uff“ der Erleichterung:

„Wegen der Zahnbürste, Liebster, kannst Du ja an irgendeinem Vormittag, wenn Du nach Hause kommst, selbst hineingehen. Vormittags ist es nicht so voll. Am Nachmittag kann man wirklich nichts laufen, Du hast ja gesehen...“

Notizen.

— Arbeitermöbel. Im Berliner Gewerkschaftshaus (Engelauer 15) wird eine neue Typo gezeigt; sie ist das Ergebnis eines Wettbewerbes, der für die deutschen Kunstgewerbeschule zugänglich war. Außerdem ist die Einrichtung von Stube und Küche nach Entwürfen von Professor Peter Behrens zu sehen. Die Ausstellung ist vom 28. bis 31. August, von 10—8 Uhr, während der darauffolgenden Wochen am Montag, Mittwoch und Sonnabend von 9—11 Uhr und Sonntags von 12—2 Uhr unentgeltlich zu besichtigen.

— Theaterchronik. Im Theater in der Königsgräber Straße ist Angenrubers Schauspiel „Das vierte Gebot“ als erste Premiere in dieser Saison auf Sonnabend, den 6. September, festgesetzt worden. — Ein Parifalbest läßt das Organ der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände „Die Szene“ als Einführung in ihren dritten Jahrgang erscheinen. (Verlag Vita, Berlin.) Der Herausgeber des Festes ist Ernst Leopold Stahl, der in den letzten Jahren als Dramaturg und Theaterkritiker mit guten Arbeiten hervorgetreten ist. — Eine Schule für Theater-Decorationswesen wird am 1. Oktober eröffnet und als „Höhere Fachschule für Theaterkunst“ der staatlich subventionierten „Höheren Fachschule für Decorationskunst“ („Schule Reimann“) angegliedert werden. — Joseph Ranz-Theater am Kleinen Wannsee. Hebbels „Gyges und sein Ring“ geht heute nachmittags 5 Uhr erstmalig in Szene.

— Die beiden Mütter von Segantini. Das berühmte Gemälde Segantinis, das eine jügende Frau in dümmelnder Beleuchtung neben einer säugenden Kuh zeigt, stand in Sanft Moriz zum Verkauf; der Auktionator forderte 160 000 M. Es fand aber kein Käufer.

— Ein Freier, der nicht freien will. In der „Grünsee Zeitung“ steht in Zeitdruck folgender „höflichste“ Bescheid eines Schwerebedrängten: „Da ich durch die fortwährenden Versuche, welche nur dem Zwecke dienen können, mich mit heiratsfähigen Töchtern in Verbindung zu setzen, in meiner beruflichen Tätigkeit stark beeinträchtigt werde, erlaube ich höflich, derartige Manipulationen zu unterlassen. Der in stiller Zurückgezogenheit trotz seiner Ledigkeit glücklich lebende Gutsbesitzer A. H. Z.“ Wer wird nun das dicke Fell haben; die Grafen Ritter oder er?

Streik von Glasbläsern und Glasarbeiterinnen.

Bei der Deutschen Dewar-Gesellschaft, Rottbuser Wer 30/40, ist es zu ersten Differenzen gekommen und ist die Arbeit eingestellt worden. Die Firma lehnte es ab, den Ausschuss zur Verhandlung zu empfangen, welcher von der Arbeiterkammer beauftragt war, gegen die unannehmliche Behandlung der Kollegen durch den Meister Madelett vorstellig zu werden. Die betreffenden Kollegen legten hierauf einmütig die Arbeit nieder. Die hierauf von der Organisation verfolgte Verhandlung wurde ebenfalls von der Firma abgelehnt.

Also, Kollegen und Kolleginnen, jeder wahre die strengste Solidariät. Keiner nehme bei der Firma Arbeit an, bis die Differenzen zu unseren Gunsten beigelegt sind. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Militärschneider! Bei der Firma M. Neumann, Französischer Str. 24, haben die Militärschneider die Arbeit niedergelegt und wird daher über die genannte Firma die Sperre verhängt.

Verband der Schneider. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Georg Frölich's Empfang in Köln.

Nach 37monatiger Gefangenschaft öffneten sich am Montag für Georg Frölich, das Opfer des Deutscher Landfriedensbruchs, die Tore des Siegburger Gefängnisses. Obwohl seine Entlassung für den Nachmittag festgesetzt war, konnte er schon am frühen Morgen die Anstalt verlassen; die Gefängnisverwaltung befürchtete augenscheinlich eine Demonstration. Aber in Köln hatte sich trotzdem Frölich's Ankunft schnell herumgesprochen; ein Zug von 200 bis 300 Barakkerlern und Freunden empfing ihn am Bahnhof; die Arbeiter auf einem großen Hotelneubau am Bahnhofsvorplatz legten spontan die Arbeit nieder und winkten Frölich zu.

Weit über 2000 Menschen füllten am Dienstagabend den großen Kölner Volkshausaal; die Kölner Bauarbeiter und viele andere waren erschienen, um Frölich zu begrüßen; mit ihm waren auch die übrigen schon in Freiheit befindlichen Opfer des Deutscher Prozesses gekommen. Für den Bauarbeiterverband hielt Genosse Baeplow in Hamburg die Begrüßungsrede, nachdem man noch zuvor des noch in Siegburg schmachtenden Arbeiters Dupper gedacht hatte. Baeplow gab ein scharf umrissenes Bild der Vorgeschichte des Prozesses; unschuldig sei Frölich das Opfer der Klassenjustiz geworden, die am 18. März 1911 in Köln ein so fürchterliches Urteil gefällt habe.

Für die Partei begrüßte Genosse Gilsbach Frölich als den wackeren politischen Kämpfer, und Genosse Reetzfeld besprach unter stürmischen Entrüstungsumgebungen die staatsanwaltlichen Aktionen gegen die „Rheinische Zeitung“, die sich an den Prozeß knüpfen.

Stürmisch begrüßt, hielt dann Frölich eine kurze Dankesansprache. Alles, was er in den langen Monaten, die er unschuldig im Gefängnis gesessen, verüßelt habe, werde er im Interesse der Arbeiterbewegung nachhaken. Bei ihm habe die Strafe nicht abschreckend gewirkt.

Die Kundgebungen für Frölich wollten kein Ende nehmen, als er seine Rede beschloß. Unter brausenden Hochs auf die moderne Arbeiterbewegung und unter Gesang der Marschliedchen der Massen langsam den Saal.

Formen und Gießerarbeiten! In den Zwickauer Gießwerken in Zwickau Sa. befinden sich sämtliche Arbeiter wegen Lohnhöhenunterschieden im Streik. Der Gießwerksbesitzer Havell, der sich als Direktor des Betriebes ausgibt, reist von Ort zu Ort, um Arbeitswillige anzuwerben. Es wird erlucht, den Zuzug von Formen und sämtlichen Gießerarbeiten streng fernzuhalten.

Arbeiterausbeutung in Schnapsfabriken.

Das Personal der Kognakfabrik A. Duschholz (Inb. J. Götthmann) in Grünberg i. Schl. hat am Freitag, den 22. August, die Arbeit eingestellt. Der Anfangslohn für Arbeiter beträgt dort 12 M. pro Woche, ein Teil der Arbeiter erhält 12-13 M., der Höchstlohn ist 14,50 M., und diesen erhalten Arbeiter, die bis zu 24 Jahren im Betriebe tätig sind. Diese Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes zahlt eine Firma, die sich Selbstfirma nennt, und deren Besitzer ein reicher Mann ist, der zu den Höchstbesteuerten in Grünberg gehört. Diese Firma ließ es zum Streit kommen, weil sie die Forderung von 1 M. Lohnzulage pro Woche ablehnte.

Sattlerstreik. In der Sportartikelfabrik von Dolfs u. Helle in Braunschweig haben sämtliche Sattler wegen fortgesetzter Entlassungen älterer Gesellen die Arbeit niedergelegt. Da die Firma ihre Fabrikale auch in Arbeiter-Sport- und Turnvereinen absetzt, dürfte ein Hinweis darauf für diese Vereine von Interesse sein.

Soldaten als Bauarbeiter. In den Kasernenbauten in Jerbau bei Wlogun werden schon seit Wochen zehn Soldaten als Bauarbeiter beschäftigt, obwohl in Wlogun und Umgebung Hunderte von Arbeitslosen allein aus dieser Branche vorhanden sind. Alle um Arbeit bei der ausführenden Firma Michaelis nachfragenden Arbeitslosen wurden immer abgewiesen, ja einige Arbeiter, die beim Kasernenbau beschäftigt waren, wurden wegen Mangel an Arbeit entlassen, während die zehn Soldaten weiter beschäftigt wurden.

In Zeiten einer so starken wirtschaftlichen Krise, wie wir sie augenblicklich durchmachen müssen, ist es geradezu ein Spektakel, daß abkommandierte Soldaten den hungernden Arbeitern das höchste Existenzminimum, das diesen noch geboten wird, wegnehmen. Es wird doch sonst immer mit Nachdruck betont, daß an eine Verfürgung der bestehenden Dienstzeit nicht gedacht werden kann, ohne daß die Ausbildung der Soldaten darunter zu leiden hätte. Wie will der Kriegsdienstminister die Abkommandierung der zehn Soldaten rechtfertigen?

Ausland.

Aus der dänischen Gewerkschaftsbewegung.

Infolge der von den skandinavischen Unternehmerverbänden vereinbarten Taktik laufen im Jahre 1916 in den skandinavischen Ländern viele Tarifverträge ab. Was Dänemark angeht, so hat die dänische Landeszentrale soeben Feststellungen über die vorhandenen Tarifverträge und deren Ablauftermine gemacht. Danach bestehen zurzeit 336 Tarifverträge zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber, soweit die letzteren der Landeszentrale der Gewerkschaften angeschlossen sind. Diese Verträge erstrecken sich auf 88 027 Gewerkschaftsmitglieder. Da die Gesamtmitgliedszahl 107 000 beträgt, fehlen die Angaben von ca. 20 000 Arbeitern. Ueber den Ablauf der Verträge wird berichtet, daß 218 Verträge für 18 108 Mitglieder im Jahre 1914 gekündigt werden können. Für 1915 ist die Kündigung möglich bei nur 86 Verträgen für 4838 Mitglieder, 1916 dagegen können 249 Verträge für 56 974 Mitglieder gekündigt werden. Die über 1916 hinaus laufenden Verträge sind insgesamt 57 für 5364 Mitglieder. Demnach laufen also die bedeutungsvollsten Verträge im Jahre 1916 ab. Ein ähnliches Bestreben haben die Unternehmer auch in außer-skandinavischen Ländern gezeigt, so daß es den Anschein hat, als ob das Jahr 1916 ein Kampfsjahr der europäischen Gewerkschaften werden wird.

Die Brüsseler Bäcker erreichten durch ihre letzte Bewegung eine wesentliche Arbeitszeitverlängerung, den freien Sonnabendnachmittag und bedeutende Lohnsteigerungen. Der Rindmehllohn für Arbeiter, die seit Jahren mindestens 8 im Gewerbe beschäftigt sind, beträgt jetzt 8 Frank in den ersten acht und 8,50 Frank in den letzten 4 Monaten des Jahres bei neunstündiger Arbeitszeit. Bei der Einstellung von Arbeitskräften sind Organisierte zu bevorzugen.

Internationaler Kongress der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe.

Wien, 26. August.

Die Sitzung begann mit der Erstattung des Kassenerichts durch Brall (Deutschland).

Die Berichte des Sekretärs und des Kassierers wurden zur Debatte gestellt. Ein englischer Delegierter sagte, er könne berichten, daß auch die Engländer in der letzten Berichtsperiode große Erfolge mit der Arbeitszeitverlängerung gehabt haben. Für die Provinz sei jetzt die Arbeitszeit auf 51, für London auf 50 Stunden festgesetzt. Der Delegierte der Londoner Schleiferorganisation erklärte, das Sekretariat habe sehr gute Arbeit geleistet, und des Redners Organisation wolle keinerlei Änderung in der jetzigen Besetzung derselben.

Wichon (Frankreich) hielt es für einen Fehler — den Gedanken unterstrich auch Meister (Ungarn) —, daß Sillier nicht den spanischen Kongress in Barcelona besucht habe. Sillier habe in seinem Bericht auf die geringen Beiträge in der spanischen Organisation hingewiesen. Was habe er denn getan, um die Erkenntnis von der Notwendigkeit höherer Beiträge in Spanien zu verbreiten? Frankreich habe in Spanien in dieser Hinsicht nach besten Kräften agitatorisch zu wirken gesucht. Dann fragt Wichon, wie sich die Verhältnisse in Brasilien entwickelten und wie es in Rumänien und Böhmen stehe. Die tschechische Organisation führe lebhaft Klage über ungerechte Behandlung durch die deutschen Kollegen. Ueber diese Punkte möge der Sekretär sich einmal äußern.

Waldberger (Oesterreich) erwidert Wichon, daß der Standpunkt gegenüber den tschechischen Separatisten geklärt sei. Er frage Wichon nur noch, was er sagen würde, wenn seine Organisation in einem ähnlichen Kampfe mit separatistischen Elementen stände und eine einzelne Nation würde sich dann immer wieder in eine durch die Zentralinstanz seines Landes und einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongress geklärte Sachlage hineinmengen. Der Standpunkt gegen die Tschechen ist geklärt und festgelegt, der gegenwärtige Kongress habe kein Recht mehr, sich hineinzuwagen. Tue er es dennoch, so würden die Oesterreicher trotz aller Höflichkeit den Kongress verlassen. Was die Rumänen anbetrifft, so habe die österreichische Zentralorganisation beschlossen, Rumänen nicht mehr aufzunehmen und denselben angetan und den Weg gezeigt, sich eine eigene Landesorganisation zu gründen. Es sei übrigens von den Rumänen ganz verfehlt, sich, wenn sie etwas haben, an Frankreich zu wenden. Sie hätten dann an den internationalen Sekretär zu gehen.

Sillier ging in längeren Ausführungen auf die Rede Wichons ein und freute sich der Anregungen, die er in bezug auf Brasilien und andere Länder gegeben habe, aber vor allem sei in Frankreich selbst die bessere Hand anzulegen. Dort sei die Organisation ziemlich am mangelhaftesten unter allen Ländern, sowohl prozentual in bezug auf Mitgliederzahl, wie in bezug auf innere Einrichtungen. Wichon persönlich vertrete ja die höheren Beiträge und gute Unterbringungseinrichtungen. Sillier legte dann dar, was das Sekretariat an Anregungen in Brasilien, Rumänien, Böhmen, Amerika getan habe. Auch jungen und schwachen und neu zu gründenden Organisationen solle man möglichst nicht aus Konfessionsmacherei geringe Beiträge empfehlen. Grundsätzlich sei überall die Notwendigkeit hoher Beiträge zu vertreten.

In bezug auf die Tschechen unterstrich Sillier im wesentlichen den Standpunkt der österreichischen Organisation. Es sei alles versucht worden, die böhmische Organisation wieder für die Allgemeinheit zurückzugewinnen. Aber die Situation sei leider noch verschärft worden durch einen offenen Streikbruch, den diese Organisation in einem Falle begangen, um die deutschsprechenden Kollegen aus einem Betrieb zu verdrängen. Gegenüber weiteren Kommissaratswischen in bezug auf Brasilien gab Sillier die Auskunft, daß die deutschsprechenden Organisierten Brasiliens nur unter der Bedingung Anschluss an die Internationale erzielten, daß sie den Kollegen aller Sprachen Eintritt in die brasilianische Organisation gewährten, eine Bedingung, die ganz im Sinne Wichons liege. Gleichfalls gehe das Sekretariat darin mit Wichon konform. Im Ausland, etwa in Frankreich oder Spanien arbeitende ausländische Kollegen unter allen Umständen Mitglied der betreffenden Landesorganisation werden möchten, wo sie arbeiten, wobei es ihnen freistehen soll, auch noch Mitglied ihrer nationalen Organisation zu bleiben. Wo deswegen Differenzen entstehen, solle man sich an den internationalen Sekretär wenden.

Darauf wurde der Bericht des Sekretärs gegen die Stimme des Franzosen Wichon, der Bericht des Kassierers einstimmig genehmigt. Einstimmig wurde beschlossen, durch das internationale Sekretariat zu geeigneter Zeit eine Delegation nach Amerika vorzunehmen, mit der die Kollegen Sillier und Sprout (England) betraut wurden.

In dem gestrigen Bericht ist ein Tertium inforsum unterlaufen, als die Arbeitszeit der Chemigraphen nicht neun, sondern acht Stunden beträgt.

Soziales.

Seilmittel-Profit.

Auf dem gegenwärtig in Kiel tagenden Deutschen Apothekerkongress berichtet der Vorsitzende des Deutschen Apothekerverbandes über den interessanten Versuch, die Verkaufspreise des Salvarsan und des Neosalvarsan durch Reserve der Apotheker und Großhändler festzusetzen, um der angeblichen „Preisfleuberei“ ein Ende zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert, weil mehr als ein Drittel der Apothekenbesitzer den Versuch nicht unterzeichnet hat und weil die Sperzung der Lieferungen für eine so große Anzahl von Betrieben praktisch nicht durchzuführen gewesen wäre. Wie man auch über das Salvarsan denken mag — bekanntlich wehren sich in ärztlichen Kreisen die Kritik dieses Mittels —, der Versuch einer Preislenkung für Seilmittel beleuchtet grell, wie alles im kapitalistischen Staat auf den Profit gestellt ist. Die Apotheken arbeiten, wie eine Resolution der Tagung selbst eingesteht, friedlich und ersprachlich mit der Großindustrie zusammen.

Kinder im Gefängnis.

Kinder im Gefängnis! Ja gibt es denn so etwas, fragt mich mein Junge, als er aus der Zeitung vorliest, daß das Eberswalder Schöffengericht am Dienstag, den 18. August, wieder ein paar Kinder ins Gefängnis geschickt hat? Darf man denn das? Dann können die Kinder doch nicht nach der Schule gehen, dann können sie doch nicht lernen? So seine erstaunten Fragen. Ja, mußte ich ihm sagen: man darf das noch immer. Und weil man das noch immer darf, hat das belagerte Schöffengericht den Schulknaben Karl G. aus Eberswalde auf acht Tage ins Gefängnis geschickt, weil er durch Steinwürfe Fensterheben von Personen und Güterwagen, sowie einige Laternen der Kleinbahn zertrümmert hat. Der Schulknabe Emil S. hat mit seinem noch strafmündigen Bruder und einem anderen Jungen zusammen aus einem Laden 30 Zigaretten und 50 Zigarren gestohlen. Urteil: Drei Tage Gefängnis, so lautet die Stellungnahme mit latonischer Kürze. Das Kindergemüt will es nicht fassen. Im Gefängnis können sie doch nicht lernen! Wie sollen sie die Verantwortlichkeit ihrer Handlungsweise dadurch erkennen lernen, daß sie ins Gefängnis geschickt werden?

Ein Gegenstück. Auf dem Hüttenwerdt Hoffmann und Moß in Eisenhütten bei Eberswalde ist der Obermeister G. Ein frommer Mann und auch Vormund zweier junger Leute, von denen der eine zu Ostern eingeknagt ist. Der junge Mann wollte Maler werden. Aber der Herr Vormund hat bestimmt, daß er nichts lernen solle, sondern daß er nach dem Hüttenwerdt gehen solle. Der ältere Bruder, der gern wollte, daß sein Bruder seinen Bildungswunsch, Maler zu werden, erfüllt sehen sollte, beschwerte sich bei dem Oberbarmund in Eberswalde, dem Amtsgerichtsrat M. Er

wies nach, daß er auch einen Meister habe, der den Jungen zu einem tüchtigen Maler ausbilden wolle. Der Oberbarmund hat dem Vormund recht gegeben. Der übt nun seinen Einfluß aus. In der vorigen Woche mußte der noch nicht fünfzehnjährige in dem Hüttenwerk bei schwerer Nacharbeit fronden. Das ist nicht das erstemal gewesen. Schon öfter ist es vorgekommen, daß er mit noch anderen Jugendlichen die Nacht durcharbeiten mußte. Was wird das Gericht mit den Geschehensberähtern tun, die dies angeordnet und zugelassen haben? Es wäre überhaupt wünschenswert, daß die Betriebe in Eberswalde und Umgebung einmal längere Zeit von der Gewerbeinspektion auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hin beobachtet werden. w.

Ein vernünftiges Urteil.

Aus Rom wird uns geschrieben: Ein prinzipiell wichtiges Urteil ist soeben in Sachen des obligatorischen Unfallversicherungswehens gefällt worden. Ein Arbeiter, der einen Betriebsunfall erlitten hatte, hatte sich dazu verstanden, eine höhere Entschädigungssumme anzunehmen, als ihm zulam und dafür der Landesversicherungsanstalt gegenüber auf das Recht der Revision verzichtet, nämlich auf das Recht, in der Folge seinen Gesundheitszustand noch einmal auf den Grad der Arbeitslosigkeit hin untersuchen zu lassen, um eventuell die Entschädigungssumme zu erhöhen. Als in der Folge eine Verschlechterung des Zustandes des Unfallverletzten eintrat, machte dieser sein Recht auf Erhöhung der Entschädigungssumme geltend und forderte die Rechtmäßigkeit seines Verzichts auf Revision an. Das römische Zivilgericht hat nun dem Kläger recht gegeben. Eine Verzichtserklärung, wie die es ist, die die Landesversicherungsanstalt dem Arbeiter abgenommen hat, sei ungültig, weil sie dem Geist des Gesetzes zuwiderläuft. Das Gesetz zielt darauf ab, den Arbeiter für etwaige Unfallsfolgen zu entschädigen. Verzichtet er auf die gesetzlich vorgesehene nochmalige Festsetzung des Grades der Arbeitslosigkeit, so macht er dadurch die Absicht des Gesetzgebers zunichte. Die Verzichtserklärung ist daher gesetzlich ungültig. Das Urteil macht auch auf die Gefahr aufmerksam, die in dem Vorgehen der Landesversicherungsanstalt liegt, da das Angebot der Anstalt, eine größere Summe als die dem Verletzten zugesprochene zu zahlen, um in der Folge nicht dem Risiko der Revision zu unterziehen, für den Arbeiter eine Versuchung darstellt, der er leicht unterliegt.

Gerichts-Zeitung.

Die Berliner Straßensanierung und die Verunreinigung des Bürgersteigs durch Hunde.

Für die Berliner Hundebesitzer ist ein Urteil des Kammergerichts von großer Bedeutung. Ein Herr Pöyle war vom Landgericht I. zu Berlin auf Grund der Berliner Straßensanierungsverordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er es geduldet habe, daß sein Hund an der Leine geführter Hund den Bürgersteig durch eine große Entleerung verunreinigt habe. Das Landgericht nahm an, daß den Angeklagten ein Verschulden treffe, weil er den Hund nicht noch rechtzeitig auf den Straßendammp gezerzt oder gestochen habe, und hielt die Bestimmung des § 104 der Straßensanierungsverordnung für anwendbar. Darin heißt es: „Jede Verunreinigung der öffentlichen Straße ist untersagt.“ Der Angeklagte legte Revision ein. Das Kammergericht verwirft das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Bestimmung, welche ganz allgemein die Verunreinigung der Straße verbietet, sei rechtsungültig. Nun mache das Landgericht einen Unterschied zwischen der Verunreinigung des Straßendamms und des Bürgersteigs und stelle fest, daß hier eine Verunreinigung des Bürgersteigs vorliege. Das Kammergericht sei nun der Ansicht, daß in der Tat eine Unterscheidung gemacht werden müsse und daß das Unterscheidende in der Frage liege, ob eine Verunreinigung des betreffenden Straßenteils stattgefunden habe. Denn es brauche noch keine Verunreinigung des Straßendamms im Sinne der Vorschrift des § 104 der Straßensanierungsverordnung, wenn sich ein Hund mal auf dem Straßendampe entleere, wo Pferdekot und dergleichen liege. Wenn das Landgericht hier es als eine Verunreinigung des Bürgersteigs ansehe, daß jemand seinen Hund sich auf dem Bürgersteig ausmachen lasse, und wenn das Landgericht darauf den § 104 der Berliner Straßensanierungsverordnung anwende, dann sei das nicht rechtsirrig. Da das Verschulden des Angeklagten auch ohne Rechtsirritum festgestellt sei, so rechtfertige sich die Bestrafung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 10 bis 6 Uhr nachmittags. — Schriftliche Antworten werden nicht erteilt.

Dienstmädchen. Fall der Feste des Monats, mit welchem Tage es den Dienst antritt, auf einen Sonntag, so ist das Gebühre berechtigt, schon am vorhergehenden Freitag den Dienst zu verlassen. — **M. 7. 1712.** Die Steuer ist nicht zu erheben für diejenigen Monate, in denen Sie sich im altherkömmlichen Dienst befinden. — **B. R. 100.** Reiner — 1868. Rein. — **G. R. 12.** Es muß ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes vorzeitig gegangen sein. — **W. 33.** Rein. — **T. 2. 27.** Wenden Sie sich unter Umständen der sämtlichen auf die Angelegenheit Bezug habenden Papiere persönlich an das Arbeitersekretariat, Berlin, Engelstraße 13/15. — **M. 6. 12.** Durch Schreiben vom 20. d. M. bereits beantwortet. — **G. 27296.** Ein Minderjähriger, der mit Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters in Dienst oder Arbeit tritt, ist bezüglich der Rechtsgeschäfte, die sich aus dem Dienst oder Arbeitsverhältnis ergeben, unbeschränkt geschäftsfähig. Darunter fällt, daß dem gesetzlichen Vertreter (also im vorliegenden Falle dem Vater) das Verfügungsrecht über den Arbeitsverdienst des minderjährigen Kindes nicht zusteht und ebensowenig natürlich auch das Eigentumsrecht. — **R. 21. 33.** 1. Zu 10 Jahren. 2. Ohne weiteres nicht. 3. Sofern die Steuer nicht länger als 1/4 Jahr rückständig, ist der Abzug zu Recht erfolgt. 4. Die Leihen sind im dem Sinne einzahlbar, in dem sie zur Verbrennungszwecke gelangen. Die Säure müssen aus dämmen weichen Holz oder aus Zinblech gefertigt und dürfen weder ausgepicht noch angepicht oder lackiert sein, auch keine Eisen- oder Bronzebleche, weder zur Verbindung noch zur Verzierung enthalten; ihre Größe und Stärke ist den Verbrennungseinrichtungen entsprechend mit einem Maßstab vorzuschreiben. Die Fugen sind mit Schellack, Leim oder ähnlichen Stoffen oder mit Kitt zu schließen. 5. Zur Ermächtigung der Einbürgerungsämter dürfen keine Brennstoffe verwendet werden, die zur Bildung von Rauch oder Kohlenäme geben — also zum Beispiel nicht Steinschiefer, Holz oder auch unvergastere Brennstoffe, wohl aber Kohle oder Gas. 6. Soweit uns bekannt ist, darf man der Verbrennung nicht bedürfen. — **G. 6. 99.** Die Raub- und Diebstahlsordnung ist mit einigen Ausnahmen bereits am 1. April 1912 in Kraft getreten, ebenso die Verordnung vom 8. 11. 1911. Die Fiktion der Raub- und Diebstahls findet an dem von dem Amtsgericht dazu bestimmten Tage statt. — **G. 2. 100.** Das erfahren Sie durch Nachfrage bei der Schöffengericht. — **G. W. 14** nicht zu erwarten. Werden Sie jedoch danach gefragt, so müssen Sie wahrheitsgemäße Auskunft geben. — **G. 2. 100.** Der Gerichtsbescheid war dazu nicht berechtigt. Sie können Beschwerde bei dem Amtsgericht Reulßen einbringen. — **M. 201.** Sind Sie unverheiratet, so ist der Abzug berechtigt. Sofern Sie verheiratet sind, müssen Ihnen etwa 25 M. pro Woche befallen werden. — **G. R. 35.** Sie haben keinen Scheidungsgrund, wohl aber Ihre Frau. Doch kann diese nicht getrennt werden, die Ehegerichtsverträge zu erheben. — **W. 29.** 1. An die Berufsgenossenschaft. 2. 500,00 M. — **S. 479.** Einen gesetzlichen Erbschaftsprüfung haben Sie nicht. Welche Erben sind die Erben Ihres Vaters sowie die Verwandten der Seitenlinie des Verstorbenen. Um zu erfahren, ob Ihnen ein Grund eines Testaments ein Erbschaftsprüfung zusteht, müssen Sie sich bei dem Amtsgericht Döbelitz erkundigen. — **M. 3. 25.** Sie sind schadenlos. — **G. R. 46.** 1. und 2. Ja. 3. Rein. — **M. 8. 471.** Ihre Anfrage ist bereits im Briefkasten des „Vornamts“ vom 24. d. M. unter der von Ihnen angegebenen Adresse M. G. 741 beantwortet. — **M. 42.** 1. Ja. 2. Nachforschungen. 3. — **M. 59.** Mit Ihrer Verzeihung tragen Sie den Familiennamen Ihres Schwamers. Demgemäß muß auch eine Umschreibung des Namens bei der Krankenliste usw. erfolgen. Es ist daher, um weiteren Schwierigkeiten zu entgehen, zweckmäßig, dem Ehe von der Verheiratung Mitteilung zu machen. — **G. 2. 45.** Ihre Mutter kann die Ehegerichtsverträge erheben. Ob dies der geeignete Weg ist, müssen wir Ihnen überlassen. Eine Bestrafung kann erst erfolgen, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs rechtskräftig geschieden ist. — **M. 3.**

Die bürgerliche Frauenbewegung.

III. Die Frauenstimmrechtsverbände.

Es hat lange gedauert, bis in Deutschland eine organisierte Frauenstimmrechtsbewegung entstand. Obwohl die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau bereits Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vereinzelt erhoben und im Jahre 1875 von der Sozialdemokratie auf dem Gothaer Kongress in ihr Programm aufgenommen wurde, war von einem organisierten Willen der bürgerlichen Frauen, ihr Recht zu erkämpfen, noch auf einige Zeit hinaus nichts zu hören.

Am 2. Dezember 1894 fand eine bürgerliche Frauenversammlung in Berlin statt, in der Bild von Gygis (Bild Braun) über die „Bürgerpflicht der Frau“ referierte. Ein Sturm der Enttäuschung erhob sich. Man spottete und höhnte über die Frauen, die ihre Rechtslosigkeit empfanden, man begriff nicht, daß es für sie noch etwas anderes geben könne als die Familie und die Arbeit für die Familie. Im Jahre 1902 entstand dann der Deutsche Verein für Frauenstimmrecht, von Dr. Anita Augspurg, Minna Cauer und anderen in Hamburg gegründet, da in Preußen und den meisten übrigen Bundesstaaten die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen gesetzlich verboten war. Aus dem Deutschen Verein entstand der heutige Deutsche Verband für Frauenstimmrecht, und von diesem splittierten sich andere Verbände ab, so der Schlesische Verein und der Westdeutsche Verband für Frauenstimmrecht. Die letztgenannten Organisationen schlossen sich wieder zusammen und bilden nun mit einem später gegründeten Norddeutschen Verband zusammen die „Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“. Deutscher Verband (die ältere und größere Organisation, die aber auch nur etwa 8000 bis 9000 Mitglieder zählt) und Deutsche Vereinigung stehen sich gegenüber. Zunächst bekämpften sie sich auf das Bestmögliche; jetzt sind jedoch Bestrebungen im Gange, eine Verschmelzung der beiden Verbände herbeizuführen, und eben um diese sogenannte „Vereinheitlichung“ der deutschen Stimmrechtsbewegung spielen sich gegenwärtig erbitterte Kämpfe ab.

Die Spaltung entstand im Jahre 1908. Einige Frauen stehen sich daran, daß der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht in seinen Satzungen die Forderung aufgestellt hatte:

„Der Verband erstrebt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive sowie das passive Wahlrecht für beide Geschlechter zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.“

Und zwar machte sich eine Mißstimmung über diese Fassung vor allem in Preußen geltend, in den Bezirken der schweren Industrie in Rheinland und Westfalen und in Schlesien. Persönliche Momente: Sehnsucht nach der Führerschaft, Mißtrauen gegen eine straffe zentralisierte Organisation kamen hinzu, aber der grundlegende Gedanke, der zur Trennung führte, war doch der, daß man fürchtete, die konservativen und nationalliberalen Frauen nicht gewinnen zu können, auf deren Beitritt die Frauen in jenen Gegenden einen außerordentlich großen Wert zu legen schienen.

Deshalb gründete man also die Gegenorganisation, die auch das Frauenstimmrecht forderte, aber sich in keiner Weise auf ein Wahlsystem festlegte, sondern erklärte, daß man die Übertragung des Wahlrechts auf die Frauen „wie die Männer es haben oder haben werden“ verlangen wollte. Das hieß mit anderen Worten, daß man etwa mit der Übertragung des preussischen Dreiklassenwahlrechts auf die Frauen sehr zufrieden sein würde. Allen Vorstellungen, daß jedes beschränkte Wahlrecht die Frau gegenüber dem Mann sehr benachteilige, daß selbst die Frauen jener Kreise, d. h. die vermögenden Frauen, bei einer Einbeziehung unter das Dreiklassenwahlrecht fast alle in der dritten Klasse wählen, also zur Einflusslosigkeit verurteilt sein würden, nützte nichts. Die westdeutschen Frauenstimmrechtlerinnen beriefen sich zu dem tiefen Satz: „Wir wollen kein Wahlrecht, wir wollen das Stimmrecht.“ Also Frauenrechtlerinnen par excellence. Es war ihnen einerlei, ob der Besitz des Stimmrechts der Mehrzahl der Frauen praktischen Wert, d. h. einen wirklichen Nachschuß bringen würde oder nicht, sie verlangten die formelle Gleichberechtigung mit den Männern.

Die Absplitternden fanden ziemlich bald eine gewisse Anhängererschaft und sie agitierten auch fleißig unter den Mitgliedern des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, denen sie sagten, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Parteiforderung der Sozialdemokratie sei, und daß man den Vorden der parteipolitischen Neutralität verlasse, wenn man eine so radikale Forderung im Programm habe. Nicht mehr neutral — das sag! Denn über allem anderen steht in der bürgerlichen Frauenbewegung das Wort „Neutralität“. Verletzung der Neutralität, das war der schlimmste Vorwurf, der den Frauenstimmrechtsorganisationen gemacht werden konnte, und so fielen eine ganze Reihe von Organisationsleiterinnen und mit ihnen die betr. Vereine um und verlangten, daß der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aus seinem Programm streiche und nur das Frauenstimmrecht verlangen solle. Von Preußen sprangen die Kämpfe auf Hessen, Bremen und Mecklenburg über, und das interessante an dieser Gegenbewegung ist, daß sie nicht etwa von konservativen Frauen geführt wurde und wird, sondern daß es in erster Linie liberale Frauen, zum Teil organisierte Fortschrittlerinnen sind, die zwar „persönlich“ für das allgemeine Wahlrecht sind, aber um der Neutralität und der Einigung in der Stimmrechtsbewegung willen nichts von dieser radikalen Forderung im Programm des Frauenstimmrechtsverbandes haben wollen. Freilich gibt es auch einzelne Fortschrittlerinnen, die fest zu dem alten Prinzip halten und die sich auch auf der Weimarer Beiratskonferenz nicht durch das Beispiel der Demokratischen Deutsch und Stritt zum Unfall bestimmen ließen, aber es ist doch charakteristisch, daß sich überhaupt weibliche Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei unter denen befinden, die den Kampf gegen die Weibehaltung der Wahlrechtsforderung in den Satzungen des Frauenstimmrechtsverbandes führen. Einige waren dabei nicht genug, zu erklären, daß sie sich damit in Widerspruch zu ihrer Partei setzten, die zwar für Preußen das Allgemeine, gleiche Wahlrecht erstrebt, aber gegen seine Einführung in den Kommunen sei. Die anderen predigten nur immer von Neutralität, von der einheitlichen deutschen Stimmrechtsbewegung und der Schmach; nach den konservativen Frauen.

Auf den Generalversammlungen wurden die Wünsche der „Reformpartei“, wie sie sich nennt, abgelehnt. Darauf begann sie mit einer planmäßigen Agitation innerhalb des Deutschen Verbandes. Was dort gescheitert wurde an heimlicher Unterminierung, also an Agitation gegen die Organisation, der die „Reformfrauen“ noch angehörten, spottet jeder Beschreibung. Die Desorganisation war schließlich so weit gekommen, daß es unmöglich war, zu arbeiten. Man konnte die Dinge nicht so geben lassen, und es sollte im Herbst des Jahres 1912 auf einer Konferenz in Weimar Klarheit geschaffen werden. Dort war der Vorstand und Beirat — das sind die Vorstände der Landes- und Provinzialvereine — zusammen. Außer Baden waren alle Organisationen vertreten, und nach heftigen Debatten wurde mit 16 gegen 11 Stimmen bei einer Enthaltung ein Antrag Dr. Anita Augspurg angenommen, auf der nächsten Generalversammlung zu beschließen, daß der Absatz 2 des § 3, der vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht handelt, zu streichen und an seine Stelle folgende Fassung zu setzen:

„Der Verband erstrebt das persönlich ausübende gleiche Wahlrecht für alle Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.“

Wir haben unsere Lesern seinerzeit über die der Weimarer Konferenz folgenden Ereignisse berichtet. Die erste Folge war das Ausscheiden einiger radikaler Frauen, die sich nicht mit den anderen Kompromittieren wollten, unter ihnen Frau Minna Cauer, die Vorsitzende der preussischen Organisation. Ihr Austritt bewirkte, daß eine Anzahl Mitglieder, die durch alle Versammlungen und Aussprachen nicht aus ihrer Ruhe zu bringen waren, jetzt ausgerückt wurden. Es kam zu Reibungen innerhalb der Ortsgruppen; und der Vorstand des Deutschen Verbandes, der sich bis auf zwei Mitglieder für die Umwandlung des Wahlrechtsparagrafen in den Satzungen erklärt hatte, sah wohl ein, daß er auf der Generalversammlung seinen ganz leichten Stand haben würde. Um so weniger als denen, die die Verschmelzung mit der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht wünschen, zum Bewußtsein gekommen war, daß diese auf der Basis des Augspurgischen Antrages doch nicht möglich sein würde und deshalb noch größere Konzessionen an die Reaktion verlangen. Dingu kommen noch andere Gegenätze innerhalb des Deutschen Verbandes in bezug auf die Taktik. Und ebenso werden sich Kämpfe um die Präsidenschaft abspielen, die die Entscheidung in der Wahlrechtsfrage nicht unwesentlich beeinflussen.

Kurz und gut, der Vorstand schwankt im letzten Augenblick ein wenig ein. Er unterstützt jetzt einen neuen Antrag von Frau Lindemann-Stuttgart und stellt ihn mit zur Beratung und Abstimmung, der sich zwar dem Sinne nach zum allgemeinen Wahlrecht bekennt, aber die Forderung so umschreibt, daß die Worte „allgemein und gleich“ überhaupt nicht mehr darin vorkommen. Damit wird die Lage im Deutschen Verband für Frauenstimmrecht noch unklarer als sie schon ist, und die Mitglieder wissen nachgerade überhaupt nicht mehr, woran sie sind. Die Lindemannsche Fassung der Wahlrechtsforderung lautet:

„In der Erkenntnis, daß nach den zurzeit in verschiedenen Bundesstaaten geltenden Wahlgesezen auch nach erreichter Gleichberechtigung mit den Männern die Mehrzahl der Frauen dort ganz oder so gut wie ganz ohne den Schuß des Wahlrechts bleiben würde, wird der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht erst dann seine Aufgabe als erfüllt betrachten, wenn in allen deutschen Bundesstaaten ein dem jetzigen Reichstagswahlrecht mindestens gleichwertiges Wahlrecht gilt.“

Dann kommt noch die parteipolitische Neutralitätserklärung.

Sollte dieser Antrag von der Generalversammlung angenommen werden, die Anfang Oktober in Eisenach stattfindet, so wäre das ein höchst klägliches Ausgang der ganzen Kämpfe. Er würde keine Veruhigung in die Reihen der Stimmrechtlerinnen bringen, da diese sich nicht dazu auftraffen können, die Störenfriede aus der Organisation auszuschließen. Die Annahme des Antrages würde aber auch beweisen, daß man nicht mehr den Mut hat, sich offen zu der in keiner Weise mißzuverstehenden Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts zu bekennen. Damit würde der Verband sich den Weg zu einem gemeinsamen Endkampf mit den Arbeiterinnen endgültig abschneiden. Die Sozialdemokratie braucht die Hilfe der bürgerlichen Frauen in ihrem Kampfe um Volksrecht nicht, sie ist stark genug, ihren Weg allein zu gehen. Aber es stimmt doch etwas trübe, zusehen zu müssen, wie der letzte Rest des kleinen Häufchens kampfesreudiger Frauen im Bürgerturn schon nach so kurzer Fehde erlahmt. Aus taktischen Gründen drängen diese Frauen zur Einigung der verschiedenen Stimmrechtsverbände. Sie übersehen dabei, daß sie fürs erste doch nicht zu irgendeiner Einigung gelangen können. Die etwa 8000 Mitglieder des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht werden sich weiter zersplittern. Ein Teil von ihnen wird, wenn die Abstimmung in Eisenach im Sinne der „Reformfrauen“ ausfällt, die Verschmelzung mit der kleineren Organisation der Deutschen Vereinigung mitmachen. Der Rest spaltet sich dann vermutlich noch einmal: in eine Kampfesorganisation mit Anfängen an die englische Suffragettenbewegung und in eine Gruppe, die das alte Prinzip vertritt. Statt der zwei Verbände, die sich heute gegenüberstehen, werden wir bald dann in Deutschland mit drei oder gar vier mehr oder weniger großen Organisationen zu rechnen haben, die sich alle untereinander bekämpfen und deswegen keine Zeit mehr zum Kampf gegen die eigentlichen Gegner finden.

Tony Dreitscheld.

Die Arbeiterinnen und die Landtagswahlen in Finnland.

Die letzten Landtagswahlen brachten für die finnische Sozialdemokratie wiederum einen schönen Sieg. In allen sechs Wahlen seit 1907 hat sich die Zahl der Mandate der Partei vermehrt. Die ersten Wahlen ergaben der Partei 80 Mandate, jetzt besitzt sie deren 90. Diese Siege sind hauptsächlich auf Kosten der russenfreundlichen Regierungspartei der Russinen errungen worden. Die Russenfeindlichkeit dieser Partei ist ihr also teuer genug zu stehen gekommen.

Die Arbeiterinnen haben sich an allen bisherigen Wahlen mit großer Begeisterung beteiligt. Der Verband sozialdemokratischer Frauen hat zahlreiche Wahlaufrufe verbreitet und viele Genossinnen wurden von den Organisationen als Agitatoreninnen für den Wahlkampf engagiert und beauftragt, gewisse Wahlkreise zu bereisen und Wahlversammlungen abzuhalten.

Die von den Organisationen nominierten Genossinnen haben — gestützt auf ihre persönliche Vertrauenswürdigkeit — in der Parteistimmung, die sehr streng gehandhabt wird, eine genügende Unterstützung erhalten, so daß ihre Namen endgültig auf die offiziellen Wahllisten der Sozialdemokratie gestellt wurden. — Die sozialdemokratische Fraktion zählte unter ihren Mitgliedern Frauen:

1907	9	1910	10
1908	13	1911	9
1909	12	1912	13

Es ist zu betonen, daß die bürgerlichen Parteien weniger gerne Frauen als Kandidatinnen aufstellen, als wie die Sozialdemokratie das tut. Die vier bürgerlichen Parteien — abgesehen von der christlichen Arbeiterpartei — haben seit 1907 zusammen kein einziges Mal mehr so viele Frauen in der Volksvertretung gehabt, als die Sozialdemokratie allein. Die Zahl ihrer Vertreterinnen war:

1907	10	1910	7
1908	12	1911	5
1909	11	1912	8

Unter den 200 finnischen Landtagsabgeordneten befanden sich demnach etwa 10 Proz. Frauen. — Daß man unter den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr Genossinnen findet, läßt sich daraus zurückführen, daß man bei der Aufstellung der Kandidaten sehr streng darauf achtet, ob die Genossinnen ihren parlamentarischen Aufgaben und Obliegenheiten auch wirklich zur Genüge gerecht zu werden vermögen. So kommt es, daß die Zahl der parlamentarischen Vertreterinnen — 14,4 Prozent von den sozialdemokratischen Abgeordneten — der Zahl der organisierten Frauen in der Partei — zirka 20 Prozent — nicht entspricht. — Daß die bürgerlichen Frauen nicht zahlreicher vertreten sind, erklärt sich durch die geringe Achtung des politischen Lebens in diesen Kreisen.

Soweit man in den einzelnen Wahlkreisen Beobachtungen anstellen hat, konnte konstatiert werden, daß die Wahlbeteiligung der Frauen aller Bevölkerungsklassen ziemlich gleich war. Dagegen ist zu bemerken, daß die Zahl der wahlberechtigten Frauen in jeder Wahl um 80—85 000 die Zahl der wahlberechtigten Männer übersteigt; dennoch befanden sich unter den Wählenden um etwa zehn Prozent mehr Männer.

Sinnfälligkeit der parlamentarischen Arbeit haben die sozialdemokratischen Frauen in der Fraktion in gleicher Weise gewirkt wie die männlichen Kollegen. Desgleichen haben sie auch in den parlamentarischen Kommissionen mitgearbeitet und haben während der Verhandlungen unterschiedslos das Wort ergriffen.

Die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion haben zahlreiche Anträge an die Landtagsfraktion gestellt und viele Gesetzesvorlagen eingereicht, von welchen mehrere von großer Tragweite und Bedeutung waren. In der Form von Gesetzesvorlagen wurden von ihnen eingereicht:

1. Vorlage zur Einführung des Schulzwanges.
2. Vorlage zur Regelung der Arbeitsverhältnisse von Bureau- und Handelsangestellten.
3. Vorlage zur Regelung des Erwerbes von Kindern und jugendlichen Personen.
4. Vorlage zur Milderung strafrechtlicher Bestimmungen für Kindesmörderinnen.
5. Vorlage zur Aufhebung jeglicher Gefindensordnungen. — Anträge haben die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion gestellt über: 6. Mutterchaftsversicherung.
7. Reorganisation der Volksschule als unterste Stufe einer Einheitschule.
8. Heimarbeitergesetz.
9. Erweiterung des Rechts der ehelichen Mütter bezüglich ihrer Kinder.
10. Erweiterung der Rechte der Ehefrauen.
11. Hilfe für schulpflichtige Mütter und Kinder (Heimstätten für solche).
12. Aufhebung der Ehealtersgrenze für Frauen von 15 auf 17 Jahre.
13. Uebernahme der Arbeitsvermittlung durch die Kommunen.
14. Statistische Erhebung zur Ermittlung der Lage von Hausangestellten nebst Forderung gesetzlicher Schutzes für dieselben.

Es versteht sich, daß die Genossinnen außerdem noch an der Ausarbeitung anderer Gesetzesvorlagen und Anträge im oben-erwähnten Sinne beteiligt waren.

Von diesen Gegenständen sind einige zur Verhandlung gelangt, aber an der allerhöchsten Stelle ist nur die unter 12 angeführte Frage sanktioniert worden. Bezüglich der Mutterchaftsversicherung hat der Ronarch es dem Senat anbeimgelassen, eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten, jedoch mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß die Staatskasse dadurch nicht in Anspruch genommen werden soll. Diese Entscheidung ist also gerade das Gegenteil von dem, was wir angestrebt hatten. Unsere Forderung geht dahin, daß die Kosten einer Kranken- nebst Mutterchaftsversicherung vom Staat, den Gemeinden und der Unternehmerschaft aufzubringen sein müßten.

An der Ausarbeitung von jeglichen Arbeitergesetz- und Versicherungs-gesezen haben die Genossinnen eifrig Anteil genommen. In diesen sowohl wie auch in der gesamten gesetzgeberischen Arbeit gingen die Ansichten der proletarischen Frauen von denen der bürgerlichen Frauen stark auseinander. So z. B., als die Frage des Verbotes der Nachtarbeit der Frauen und eines geringen Schutzes der Gebärenden zur Beratung stand, kämpften die bürgerlichen Frauen im Landtage gegen diese Forderungen. Auch stimmten sie für die Weibehaltung der Kinderarbeit. Ebenso charakteristisch für diese Frauen ist die Tatsache, daß sie während der letzten Landtagsession bei der Beratung des Gesetzes zum Schutze unehelicher Kinder einmütig mit ihren Parteien gegen die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz stimmten, die den Zweck haben sollte, um ein für allemal festzusetzen, wie groß die von den Gemeinden für die unehelichen Mütter vorläufig zu leistende erste Hilfe sein soll, bevor es möglich wird, den Vater zur Hilfeleistung (Zahlung von Alimenter) heranzuziehen.

Die parlamentarische Arbeit der finnischen Arbeiterinnen bildet selbstverständlich einen Teil des sozialdemokratischen Klassenkampfes. Die Beteiligung der Frauen an dieser Arbeit vermag die Aufklärung und Heranziehung der Arbeiterinnen zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sehr zu fördern. Und gerade in diesem Sinne und auf diesem Gebiete gibt es in der finnischen Arbeiterbewegung noch sehr viel zu tun. Und dieser Parteiarbeit unterziehen sich auch die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gerne.

Silja Pärssinen,
Landtagsabgeordnete in Oulunkari.

Steuergerechtigkeit. Nach dem preussischen Einkommensteuergesetz wird zur Berechnung des Steuerjahres dem Einkommen des Mannes das seiner Ehefrau hinzugezählt. Selbständig werden Ehefrauen nur veranlagt, wenn sie dauernd von dem Ehemann getrennt leben. Ueber die Wirkungen dieser Bestimmung, gegen die sich die Sozialdemokratie von jeher gewandt hat, entnehmen wir einer Petition von Frauenstimmrechtsvereinen:

Da bekanntlich der Prozentsatz der vom Einkommen zu entrichtenden Steuern bei allen Steuerpflichtigen, das heißt 900 M. übersteigenden Einkommen, die nicht die Höhe von 100 000 M. erreichen, ein steigender ist, so ist es ohne weiteres klar, daß alle Eheleute, die nicht in so glücklicher Lage sind, daß die Zusammenrechnung ihrer beiderseitigen Einkommen eine Summe von mindestens 100 000 M. ergibt, durch die Zusammenrechnung ihrer beiderseitigen Einkommen benachteiligt werden. Einige Beispiele mögen dies erläutern und zugleich zeigen, daß die Benachteiligung am größten in den untersten Steuerstufen ist, somit diejenigen, welche das geringste Einkommen haben, am schwersten belastet werden.

Ein lediger Mann, der 2450 M. Einkommen hat, zahlt 44 M. Steuer, eine ledige Frau, die 2700 M. hat, ebenfalls 44 M., da die Steuerstufe von 44 M. mit einem Einkommen von mehr als 2400 M. beginnt und mit 2700 M. schließt. Die Zusammenrechnung der Steuerbeträge ergibt eine Summe von 88 M. Heiratet beide Personen, so müssen sie, weil die Zusammenrechnung ihres Einkommens sich auf 5150 M. bezieht, 132 M. Steuer zahlen, das ist ein Mehr von 44 M. Ein lediger Mann, der 1050 M. Einkommen hat, zahlt 6 M. Steuer, eine ledige Frau, die 850 oder 900 M. verdient, ist steuerfrei, da die Pflicht zur Zahlung staatlicher Einkommensteuer erst bei einem Einkommen beginnt, das 900 M. übersteigt. Heiratet diese Frau jenen Mann, der 1050 M. Einkommen hat und der, wie gesagt, als lediger Mann dafür 6 M. Steuer zahlen mußte, so muß dieser Mann, weil seinem Einkommen das der Frau hinzugezählt wird, für 1900 oder 1950 M. nicht weniger als 31 M. Steuer zahlen. Die Mehrbelastung beträgt in diesem Falle 24 M., somit mehr als das Vierfache der Steuer, die der Mann zu zahlen hätte, wenn er ledig geblieben wäre oder von seiner Ehefrau getrennt lebte.

Die Petition erinnert weiter daran, daß jede Ungerechtigkeit bei der Veranlagung zur staatlichen Einkommensteuer, eine weitere Ungerechtigkeit bei der kommunalen Einkommensteuer zur Folge hat in allen Fällen, wo kommunale Einkommensteuern als Zuschläge zu der staatlichen Einkommensteuer erhoben werden. — Zur Hebung der Zahl der Eheheiraten und der Geburtenziffer dient die gerügte Bestimmung sicherlich nicht.

Ein weiblicher Amtsvorstand. Der Stadtrat von Zürich hat dieser Tage zum erstenmal einer Frau das wichtige Amt eines Amtsvorstandes übertragen. Er berief unsere Genossin Frau Dr. jur. Olga Lenz als vierten Amtsvorstand in die städtische Verwaltungskommission. Genossin Lenz hat ihre Rechtsstudien an der Hochschule mit Erfolg beendet und ist seit Jahresfrist in der Zürcher Amtsvorstandskommission als Ausschusssekretärin tätig. Es wird ihr auf dem Gebiet des Verwaltungswesens großes Geschick nachgerühmt. Sie ist nun zu gleichen Bedingungen als Amtsvorstand angestellt worden, die für ihre männlichen Kollegen gelten. Da das neue schweizerische Zivilgesetz gestattet, Schweizerbürgerinnen das Amt eines Verurtheilten oder Amtsvorstands zu übertragen, so ist zu erwarten, daß das Beispiel, das der Zürcher Stadtrat mit der Veranlagung einer Frau zum Amtsvorstand als erster gegeben hat, auch reich in anderen Schweizer Städten Schule machen wird. Als Sekretärinnen und Inspektoren ist bereits eine Reihe von Frauen in den schweizerischen Verwaltungskommissionen tätig. — Wann werden wir in Deutschland so weit sein?

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 31. August, nachmittags 3 Uhr, findet in der Sternwarte...

Berliner Nachrichten.

Eine „neue“ Schikanierung der Berliner Jugendheime.

Die Berliner Polizei ist wirklich unermüdlich in ihrer Befämpfung der Berliner Jugendheime. Schon im vorigen Jahre sah sie in dem Ausschank...

Gegen Berlin.

Die Gemeindevertretung von Französisch-Buchholz, die bekanntlich ihren Ortsnamen in Berlin-Buchholz umwandeln wollte, hat in ihrer letzten Sitzung...

Revolvergeschereien und kein Ende.

In der Heinersdorfer Straße, im Nordosten Berlins, erschoss am Dienstagabend die 22 Jahre alte Ehefrau...

Die Ehefrau Beder betrieb in dem Hause Heinersdorfer Str. 6 ein Zigarrengeschäft, während der Mann seiner Beschäftigung als Bureauvorsteher bei einem Rechtsanwalt nachging.

Sedanfeier, Herbstparade und Schulunterricht. Die Sedanfeier und die Herbstparade fallen in diesem Jahre auf einen Tag.

Die Gemeindevorstände von Berlin ist vom 15. bis 30. Juli dieses Jahres von 82 118 Personen eingeschrieben worden.

Ein falscher Kriminalbeamter ist in einem Chauffeur Märlich, der es seit geraumer Zeit auf die Gastwirthschaft...

daß er dafür sorgen wolle, daß ihre Polizeistunde verlängert werde. Erst später sahen die Gebrüder dann ein, daß sie einem geriebenen Gauner ins Garn gegangen waren.

Der Selbstmord des Mädchens, dessen Leiche am Tiergartenufer aus der Spree gefischt worden war, hat seine Aufklärung gefunden.

Arbeits- und Mittellosigkeit haben den 58 Jahre alten Arbeiter Gödau aus der Köstigsstraße 25 in den Tod getrieben.

Wozu Berlin kein Geld hat. Uns wird geschrieben: Der Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hält vom 18. bis 20. September d. J. seine Verbandssammlung...

Es mühte sich auch im Interesse der Kommunen liegen, daß der Verbandstag zahlreich besucht wird.

Eine ganze Anzahl von Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins haben denn auch bereits Stellung dazu genommen...

Diese entsendet nur den ersten Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes Herrn Mag. v. Schulz als alleinigen Vertreter für Berlin.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin, wandte sich in einer Eingabe an den Magistrat...

Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin O 2, 23. 8. 1913. Journ.-Nr. 847 G. B. 2/13

Zum Schreiben vom 12. August 1913. Wir haben beschlossen, von der Entsendung eines Vertreters aus den Reihen der Arbeitnehmerbeisitzer des Berliner Kaufmannsgerichts...

An den Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Groß-Berlin a. Hd. des Herrn August Penn hier.

An unsere Postabonnenten! Das Bebel-Bedenblatt erhalten unsere Postabonnenten als Beilage der nächsten Nummer der „Neuen Welt“.

Wegen einer Gasexplosion in der Gastwirtschaft des Hauses Alexandrinenstraße 99 erfolgte am Mittwoch früh um 6 1/2 Uhr ein Feueralarm.

In der Verhaftung des Klettermarders Albert Hanz gehen uns noch folgende Meldungen zu: Durch die Festnahme des nächsten Kletterkünstlers konnte die Schöneberger Kriminalpolizei bereits gestern in eine außerordentlich große Anzahl nächtlicher Diebstähle Licht bringen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich gestern in Moabit ereignet. An der Ecke der Turm- und Oststraße wollte gegen 2 1/2 Uhr nachmittags der vierjährige Paul v. Morstein...

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich gestern in Moabit ereignet. An der Ecke der Turm- und Oststraße wollte gegen 2 1/2 Uhr nachmittags der vierjährige Paul v. Morstein...

Ein falscher Kriminalbeamter ist in einem Chauffeur Märlich, der es seit geraumer Zeit auf die Gastwirthschaft...

pflaster auf, daß er einen Rippenbruch und eine klaffende Kopfwunde erlitt. Der Verunglückte wurde von einem in der Nähe wohnenden Arzt verbunden und auf dessen Anordnung nach dem Weissenhof-Krankenhaus geschafft.

Von einem Automobil überfahren und getödtet wurde gestern nachmittags in der Potsdamer Straße an der Kreuzung der Palaststraße die 14jährige Schülerin Erna Thomas...

In der Städtischen Kochschule, N 58, Dunderstraße 65/66 (Nähe der Ringbahnhöfe Schönhauser Allee und Prenzlauer Allee), beginnt das Winterhalbjahr Anfang Oktober.

Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltet am Sonntag, den 31. August, einen Ausflug zum Alten Freund nach Bichselwerder.

Sportpark Treptow. Am Dienstag veranstaltete die Treptower Bahn wieder einmal ein Abendrennen, das ausschließlich den Fliegerrennen gewidmet war.

Der Beginn des Rennens erlitt durch das anfängliche Versagen der Beleuchtung eine einständige Verzögerung.

Großer Preis von Deutschland. 1000, 800, 200, 100 M. — 1000 Meter. Inländer-Lauf: 1. B. Lorenz, 2. Otto Meyer, 3. B. Arend.

Klasse B. 100, 80, 60, 40 M. 1. Tschmer, 2. Hoffmann, 3. Großmann, 4. Rudel.

Klasse C. 80, 20, 10, 5 M. 1. Häusler, 2. Heiß, 3. Freiwald, 4. Bierd.

Ein Schlafstellen Dieb treibt gegenwärtig wieder sein schädliches Wesen. Am Freitag zog zu einer Familie B. in der Kochstraße ein Mann, der sich durch einen Militärpaf als Kaufmann Ernst Lemke aus Arnswalde legitimierte.

Aus der Spree gefischt wurde gestern nachmittags vor dem Grundstück Schiffbauerdamm 23 die Leiche eines unbekanntes, etwa 35-40 Jahre alten Mannes, der seinem Neukamer nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint.

Das Volkstheater eröffnet am nächsten Sonntag, den 31. August, unter der neuen Direktion Hans Ritter wieder seine Pforten mit der Vossennovität „Der Liebesonkel“ von Paeders-Riso und Hermann Frey.

Zeugen gesucht! Am Samstag, den 23. d. M., mittags gegen 1 1/2 Uhr, ist durch Unfall eines Radfahrers in der Kochstraße, Ecke Paragrafenstraße, eine Geldbörse von 1000 M. in 20 Markstücken entzweit geplagt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die städtische Fürsorge für Lungenkranke, die am 1. April d. J. die Bezeichnung „Fürsorgeamt für Lungenkranke“ erhalten hat, veröffentlicht jetzt den Bericht über ihre, gemeinsam mit der Lungenkrankenfürsorge des Vaterländischen Frauenvereins...

Bekannt bei 126 Erwachsenen und 12 Kindern. Von den ersteren waren 70 voll erwerbsfähig, 40 hatten wenig herabgesetzte, 10 fast herabgesetzte, 5 keine Erwerbsfähigkeit. Von den Kindern hatten zwei einen vollen, neun einen teilweisen, eins keinen Erfolg. — Von den vorbeugenden Maßnahmen wird von dem Fürsorgeamt als eine der wichtigsten nach wie vor angesehen die Derausnahme der Schwerkranken aus den Familien und Unterbringung derselben in Pflegeheime. Es wurden im Berichtsjahre 52 Männer und 20 Frauen in Pflegeheimen verpflegt. Dem Krankenhaus Westend wurden überwiesen 139 Schwerkranken. Mehrere Fälle, die besonders dringend waren, wurden bei der häufigen Ueberfüllung des Krankenhauses Westend anderen Krankenhäusern überwiesen werden. In das Krankenhaus Nordend wurden 100 Frauen entandt. — Was die anderweitigen vorbeugenden Maßnahmen betrifft, so wurden in 26 Fällen bedürftigen Familien Betten beschafft, um das Zusammenklaffen von Kranken und Gesunden zu verhindern. Weiterhin wurde in solchen Fällen gewährt, wenn ein Mitglied einer Familie schwerkrank ist und Bakillen ausscheidet, wenn zweitens die Wohnungsverhältnisse ganz unzureichend sind, und wenn drittens die Entfernungsleistung der Kranken nicht unbedingt erforderlich erscheint oder nicht erreicht werden kann.

In neuester Zeit kommt man mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß ein sehr wesentliches, bisher meist zu wenig beachtetes Moment in der Tuberkulosebekämpfung in der Kräftigung der von der Tuberkulose bedrohten schwächlichen, skrofulösen, Blutarmer Kinder der tuberkulösen Familien besteht. Die Kranken sollen daher so früh als möglich in geeignete Behandlung kommen. Das Fürsorgeamt hat auch schon auf diesen Punkt besonders Bedacht genommen und im Berichtsjahre die Fürsorge auf solche Kinder erweitert, daß außer den bewährten Seehospizen Nordenes und Volldikum mehrere binnenländische Anstalten belegt worden sind. Nach Seehospizen wurden 45 Kinder entandt, anderen Anstalten wurden 38, den Ferienkolonien 83 Kinder überwiesen. 1464 Kinder erhielten Aufnahme in Erholungsstätten. Die Ergebnisse waren durchaus zufriedenstellend. Ferner wurden 249 Erwachsene in Erholungsstätten geschickt, 88 Personen wurden veranlaßt, Landaufenthalt zu nehmen und 13 Kinder wurden wegen Knochentuberkulose im „Gärtchenheim“ in Hohenlychen behandelt. — In der Lungenkrankenfürsorge vom Roten Kreuz standen 2127 Familien. Von den Schwestern wurden im Berichtsjahre 16395 Besuche gemacht.

Die Kosten des Fürsorgeamts betragen 89 774,27 M. Für die Ueberweisung von Personen in Heilanstalten, Pflegeheimen und Erholungsstätten sind 179 184,88 M. verausgabt worden. In dieser Summe aber sind die Kosten für die Ueberweisung Lungenkranker in Krankenhäuser nicht enthalten. — Dem Roten Kreuz sind aus der Lungenkrankenfürsorge 15 848,60 M. Ausgaben entstanden, 13 600 M. sind gedeckt durch einen von der Stadt geleisteten Zuschuß.

Zur Hilfeleistung bei Unfällen auf der Straße sind auf den Charlottenburger Feuerwagen fahrbare Krankenbahnen aufgestellt worden, die auf einem aus zwei Rädern gefertigten Untergestell ruhen und ohne Schwierigkeiten aus diesem herausgehoben werden können. Gegenüber der bisher üblichen Beförderung von Verletzten nach der Unfallstation oder Rettungswache mittels Droschke oder Automobile besitzen die Bahnen, die versuchsweise von Feuerwehrlenten bedient werden, den Vorzug, daß durch sachgemäßen Transport und vorteilhafte Lagerung den Verunglückten nicht noch Schmerzen verursacht oder die Verletzungen gar verschlimmert werden. Die Krankenbahnen stehen auf folgenden Feuerwagen bereit: Lühow 7/8 (Bernsprecher: Wilhelm 465), Kanestraße 10/11 (Bernsprecher: Steinplatz 4819) und Suarezstr. 9/10 (Bernsprecher: Wilhelm 4686).

Neulönn.

Die vielen in der letzten Zeit in Neulönn verübten Kindesbräuben scheinen mit der Verhaftung eines 19-jährigen Arbeiters Einbrodt aus der Voppritzer in Berlin ihre Aufklärung gefunden zu haben. In den weitest meist Fällen, in denen den Kindern teils mit Gift, teils mit Gewalt das zum Einholen erhaltene Geld abgeschraubt wird, geraubt wurde, wurde von den Kindern ein ungefähr 20-jähriger Vursche als Täter angegeben. Vorgesessener nahm dieser einem Mädchen in der Fuldstraße das Portemonnaie mit 3 M. und gestern erst einem 10-jährigen Mädchen in der Kaiser-Friedrich-Straße die Börse, die über 10 M. enthielt, ab. Die Verurteilung des Täters wieder, als sie ihm zwei Stunden später auf der Straße begegnete. Sie wandte sich jetzt an einen Schuttmann, der den jungen Mann festnahm. Bei ihm wurde auch tatsächlich das Portemonnaie vorgefunden, das dem Mädchen geraubt worden war.

Zeltow.

Lebensgefährlich verletzt wurde der in der Elberfelder Papierfabrik Beschäftigte Arbeiter Kobs aus Zeltow. A. machte innerhalb der Fabrik Jagd auf wilde Kaninchen. Hierbei fiel ihm die Waffe aus der Hand, entlud sich und der Schuß ging dem A. durch die Lunge. A. wurde in schwer verletztem Zustand nach dem Kreis-Krankenhaus in Lichterfelde übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Spandau.

Die Gewerbegerichtswahlen, die am Montag für die Arbeitnehmer und am Dienstag für die Arbeitgeber stattgefunden haben, brachten das nachstehende Resultat. Bei den Wahlen der Arbeitnehmerbesitzer wurden 9267 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste I (freie Gewerkschaften) 3295 Stimmen — acht Weisiger, die Liste II (Hirsch-Dundersche) 324 Stimmen — einen Weisiger, die Liste III (Selbe) 2548 Stimmen — drei Weisiger. Bei den Wahlen der Arbeitgeberbesitzer wurden 946 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste I (Vereinigte bürgerliche Arbeitgeber) 891 Stimmen — 11 Weisiger, die Liste II (Sozialdemokratische Arbeitgeber) 55 Stimmen — einen Weisiger. Zwölf Weisiger waren von jeder Gruppe zu wählen. Die bisherige Besetzung des Gewerbegerichts war folgende: In den Arbeitnehmerbesitzern einen, zu den Arbeitgeberbesitzern stellten die Bürgerlichen acht und die Sozialdemokraten vier. Das Bild ist also zu unseren Ungunsten durch die jetzige Wahl verschoben worden. War es und bei der vorletzten Wahl gelungen, durch Heberwumpelung der Gegner die Mehrheit der Sitze zu erlangen, so mußten wir diesmal in dem mit äußerster Ananstrengung geführten Kampf, den unsere Gegner unter Benutzung der raffiniertesten Mittel gegen uns führten, erliegen und einige Mandate opfern.

Die Stadtverordnetenwählerliste liegt nur noch bis zum 30. August im neuen Rathaus, Zimmer 253, für die Stadtteile Ronnendamm und Gahelhorst im Magistratsbureau, Pöstersteig 2, von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags, öffentlich aus. Für diejenigen Wähler, welche keine Zeit haben, die Liste selbst einzusehen, haben sich u. a. folgende Genossen bereit erklärt die Liste einzusehen: G. Köppen, Weite 64, W. Pieper, Pieper Str. 12, D. Richter, Würtzler Weg 2, Otto Arentz, Lynarstraße 7, Otto Grieben, Keuneitestr. 13 und Feig Kant, Ronnendamm, Siemensstr. 34. Im eventuellen noch eine Reklamation bewirken zu können, ist es erforderlich, den Steuerzettel mitzubringen. Da die Listen sehr unvollständig sind und erst ein kleiner Teil der organisierten Arbeiter Einsicht in dieselben genommen hat, ist es bei der diesmaligen Wichtigkeit der im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen unbedingt Pflicht, das Veräumte sofort nachzuholen. Angebracht wäre es, wenn die Vertrauensleute der hiesigen Privatbetriebe für ihre Kollegen die Einsichtnahme in die Wählerliste erlangen würden. — In der dritten Abteilung scheiden sechs Stadtverordnete aus, darunter Genosse Pieper. Ferner sind infolge der Vermehrung der Stadtverordneten noch zwei Vertreter zu wählen und einer muß ausgelost werden, so daß die dritte Abteilung im Herbst insgesamt neun Stadtverordnete

zu wählen hat. Da die Gegner schon seit Monaten für die Wahl in ihren Vereinen Propaganda machen, werden die Parteigenossen ihre ganze Kraft einzusetzen haben, um die dritte Abteilung wieder, wie schon vor einer Reihe von Jahren, zum unbestrittenen Besitz der Sozialdemokratie zu machen.

Notwandes.

Die Arbeiten am Bahnhofs, dessen Fertigstellung und Inbetriebnahme die Eisenbahnverwaltung zum 1. Oktober d. J. als sicher in Aussicht gestellt hat, sind jetzt soweit gediehen, daß man über die ganze Anlage, die bisher für den Laien geradezu ein Chaos von Sand und allen möglichen Baumaterialien darstellte, einen genaueren Ueberblick erhält. Nachdem der Aufbau an der Wiltonstraße bereits vor vielen Wochen im Rohbau fertiggestellt wurde, ist jetzt auch der Bau des Hauptaufganges von der Eisenbahnstraße her, in Angriff genommen. Die Vesteigung der provisorischen Holzbrücke in der Eisenbahnstraße ermöglichte endlich auch die Reupflasterung der Unterführung, deren Fertigstellung leider durch die notwendig gewordene Vesteigung der alten Tunnelmauern eine unliebsame Verzögerung erleidet. Nach Inbetriebnahme des Bahnhofs bleibt mit dem Bau reiß. der Fertigstellung der Unterführungen im Zuge der Anhalt- und Plantagenstraße sowie den notwendigen Bahndammabschlüssen in beiden Richtungen noch ein großes Stück Arbeit zu bewältigen. Bedauerlich an der ganzen Sache ist, daß die örtlichen Bauhandwerker und Erdarbeiter von den bauausführenden Firmen so wenig berücksichtigt werden. Es sollen z. B. mehrfach hiesige, seit langer Zeit arbeitslose Erdarbeiter um Beschäftigung vergeblich angefragt haben, während auswärtige Arbeiter, hauptsächlich aus Werder, angeblich wegen billigerer Löhne eingestellt wurden.

Die sogenannten Winterheidezettel, die bisher alljährlich in beschränkter Anzahl von der königl. Oberförsterei Potsdam der Gemeinde gegen eine bestimmte Gebühr zwecks Abgabe an bedürftige hiesige Einwohner zur Verfügung gestellt wurden, kommen auch in diesem Jahre und zwar in der Zeit bis zum 8. September im Zimmer 18 des Rathauses in der Briesterstraße gegen Erlegung einer Gebühr von 3 M. zur Ausgabe. Die Zettel berechtigen die Inhaber, während des Winterhalbjahres jeden Dienstag und Freitag in dem zur königl. Oberförsterei Potsdam gehörenden Waldgebiet Reicholz zu sammeln.

Potsdam.

Die Fleischversorgungfrage tritt allmählich wieder in den Vordergrund der kommunalen Erörterungen. Für Potsdam ist in dieser Angelegenheit ein Beschluß der gemischten Kommission maßgebend, dem auch die städtischen Körperschaften beigetreten sind. Dieser am 23. Mai vom Stadtparlament gebilligte Beschluß ermächtigt den Magistrat, bei Beginn kälterer Witterung sofern die Fleischpreise am Orte nicht angemessen erscheinen, einen Verkauf in eigener Regie zu eröffnen. Ueber die Angemessenheit der Preise soll eine gemischte Kommission entscheiden. Es sind also für das laufende Jahr die Direktiven in der Fleischversorgungfrage hiermit gegeben. Bemerkenswert sei, daß die städtische Fleischregie in Potsdam und auch die später vorgenommene städtische Fleischbeschaffung zum Wiederverkauf an einige Schlächtermeister gut abgeschnitten hat. Es bedarf keines städtischen Zuschusses, um die entstandenen Unkosten zu decken.

Die städtischen Einfamilienhäuser, deren Errichtung das Stadtparlament auf dem Gelände der ehemaligen Stieffischen Wiesen an der Kurfürstenstraße beschloß, um „so die private Unternehmungskunst anzuspornen und die zurzeit fast gänzlich stillliegende Tätigkeit im Baugewerbe unserer Stadt zu beleben“ — wie es in der Vorlage heißt, wird aller Voraussicht nach den angestrebten Zweck nicht erreichen. Schon in seinem Entschluß sagt der Magistrat, daß das Gelände auch wegen der übertriebenen Vorstellungen des bauenden Publikums über den wenig günstigen Baugrund bisher ungenutzt liegen blieb. Jetzt dürfte er von der Beschaffenheit des Baugrundes doch nicht sehr erbaud sein. Wie von sachverständiger Seite versichert wird, hat man bei den 12 Bohrlochern guten Baugrund erst in der Tiefe von 11,80 Meter gefunden. Dabur würde die Fundamentierung gegen Normalfundamente um circa 25 000 M. verteuert.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Bohnsdorf. Am Freitag, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von R. Schulze.

Aus aller Welt.

Was der Panamakanal kostet.

Die amerikanische Regierung hat jeben den Tageszeitungen von Washington einen Auszug aus den bisherigen Verkaufsstellen des Panamakanals mitgeteilt. Danach haben sich bis zum 30. Juni d. J. die Kosten auf 1 1/2 Milliarden Frank belaufen; sie werden bis zum endgültigen Abschluß des Baues aber voraussichtlich 1750 Millionen Frank betragen. Als im Jahre 1901 die Vereinigten Staaten dieses gigantische Unternehmen antrugen, hatte ein Ingenieurkomitee die Kosten auf 720 Millionen Frank geschätzt. Fünf Jahre später setzte sie eine andere Kommission auf 695 Millionen Frank fest. 1908, nachdem die Ingenieure im Verlauf der vierjährigen Bauzeit bereits mehr Erfahrung über die örtlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten erlangt hatten, erhöhte eine neue Kommission die Kosten auf 875 Millionen Frank. Vergleicht man diese ersten Kostenberechnungen mit der Summe, die der Bau bis heute verschlungen hat, so findet man, daß sie beinahe um 1 Milliarde differieren. Woher kommt dieser enorme Unterschied? Es ist zunächst zu betonen, daß die eigentlichen Bauarbeiten nach dem Rechnungsabschluss vom 30. Juni d. J. 938 Millionen Frank betragen. Dazu sind noch besonders Ausgaben gekommen. Die Entwässerung des mittleren Gebietes hat 75 Millionen Frank gekostet, die Verlegung der Eisenbahn weitere 50 Millionen. Ferner haben sich die Ingenieure in ihren Kostenberechnungen in der Höhe der Gehälter getäuscht. So erhält z. B. ein Mechaniker, der die Paggermaschinen bedient, monatlich 1050 Frank, währenddem ursprünglich 625 Frank vorgesehen waren. Die Ingenieure, die nach dem Kostenvoranschlag mit einem Maximum von 1500 Frank pro Monat angezählt waren, erhalten heute 2500 Frank. Ferner hat die Veränderung der ursprünglichen Pläne beträchtliche Mehrausgaben verursacht. So hat z. B. die Verbreiterung des Kanals in dem Abschnitt von Culebra weitere 50 Millionen Frank verschlungen.

Untergang eines spanischen Dampfers.

Wie ein Telegramm aus London meldet, ist in der Nähe von Kap Cornwall der kleine spanische Dampfer „Galacio“ dem Dampfer „Schwarzwal“ der Hamburg-Amerika-Linie in die Seite gefahren. Der „Galacio“ sank. Seine Mannschaft wurde auf den Dampfer „Schwarzwal“ übernommen, welcher sie nach Plymouth zurückbringt. „Schwarzwal“ ist nur unbedeutend beschädigt und braucht keine Fahrt nicht zu unterbrechen.

Das Geständnis eines Mordes.

Der 30-jährige Fleischergeselle Hahn, der vor einiger Zeit in Köln bei einem Einbruchversuch in einer Villa ertrappt und verhaftet wurde, hat im Gerichtsgängnis eingestanden, daß er die Bertafterin eines Kaplans in München-Gladbach ermordet habe. Er gestand weiter ein, in 8 Fällen maskiert mit seinem geflüchteten Komplizen Köttel in Häuser eingedrungen zu sein und die Bewohner durch vorgehaltene Revolver gezwungen

zu haben, ihr Geld auszuliefern. Diese Mäuerereien wurden in verschiedenen Städten, so Hannover, München, Heidelberg, begangen.

Aus der „besten aller Welten“.

Bestfällige Zeitungen berichten aus dem zentrumsgesegneten Münsterlande:

Ennigerloh. Seit Wochen sieht man hier eine obdachlose Frau mit zwei Kindern von 4 bzw. 2 Jahren. Wiederholt suchte die Frau mit ihren Kindern den Ringen einer hiesigen Ziegelei auf, um dort auf einer Strohmatt mit den Kindern zu übernachten. Mitleidige Hände reichten den Kindern morgens ein Butterbröt. Die Frau soll einige Tage im Armenhause in Ennigerloh Aufnahme gefunden haben, jedoch dann wieder, als nicht mehr erträglich, an die Luft gesetzt worden sein. Im Interesse der Menschlichkeit wäre zu wünschen, daß die Heimatbehörde schnell für die Unterstunft der unglücklichen Familie sorgte.

Dieselben Leute, die das Geschäft des „An-die-Luft-Setzens“ mit Eifer betreiben, werden gewiß nicht veräumen, dem lieben Gott jeden Morgen recht herzlich zu danken, daß er sie mit reichlichen irdischen Gaben ausgestattet habe. Das „Interesse der Menschlichkeit“, auf das sich die bürgerliche Presse beruft, fordert nicht aus, daß die Heimatbehörde schnell eingreift — die hat vielleicht irgend einen formalen Grund, die Uebernahme der Familie abzulehnen —, sondern vor allem verlangt es die Vesteigung von Zuständen, unter denen eine solche haarsträubende Unkultur möglich ist.

Die unmoralische Nachtbeleuchtung.

Ein Automobilampenhändler, namens Zahn Carey, der am Rein Forster Broadway seinen Laden hat, ist in Verdrüßlichkeit mit der Polizei geraten, weil er darauf besteht, seine grelle elektrische Beleuchtung als Kellame Tag und Nacht brennen zu lassen. Die vor dem Laden ausgehängten Lampen werfen auf die Straße ein grelles Licht, das mit seinem kegelförmigen Scheinwerferstrahl auf die durchsichtigen Kleider der vorübergehenden Damen die Wirkung der F-Strahlen ausübt. Infolgedessen ist der Laden denn auch nachts herbei heiß von einer Schaar junger Herren umlagert, die die Damen, welche sich dem indiscreiten Licht aussetzen, jubelnd begrüßen. Carey ist wohl ermahnt worden, die Kellame zu unterlassen. Es fehlt aber an einem Rechtsgrund, dem Unfug zu steuern. Der Mann beruft sich darauf, daß er für seinen Laden 40 000 M. Miete pro Jahr zahlt, und daß es kein Geschäftsinteresse erfordert, die Leuchtkraft seiner Automobilampeln dem Publikum möglichst eindrucklich zu demonstrieren. Wenn die Damen so durchsichtige Kleider tragen, die das helle Licht zu scheuen haben, so sei dies nicht seine Sache, so wenig wie er den Damen wehren könne, wenn sie daran Gefallen finden, ihre verborgenen Reize ins hellste Licht zu setzen.

Kleine Notizen.

Zwei Vergleute erschlagen. Ein Grubenunglück ereignete sich auf der Zeche „Rathias Stinne“ bei Dork an der Emscher. Zwei Vergleute waren auf Schacht II der genannten Zeche beschäftigt, als sich aus den Gängen ein großes Erzstück löste. Beide Arbeiter wurden von der Eisenmasse so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Holgenschwere Kesselexplosion. In einer Papierfabrik in Genf entstand eine Kesselexplosion, durch die vier Arbeiter getötet und einer schwer verwundet wurde.

Ein Hungerstreik in der Irrenanstalt. Infolge des von der Verwaltungskommission angeordneten Sparsystems ist in der Irrenanstalt Bohñiz in Böhmen ein Hungerstreik ausgebrochen, und zwar nehmen daran auch die Wärter teil. Es sollen weitere Demonstrationen erfolgen, falls die Kost nicht aufgebessert wird.

Der Millionär als Mörder. Der Direktor der New Yorker staatlichen Bleistiftfabrik, Frank, Kesse und Erbe eines New Yorker Millionärs, ist als Mörder eines 13-jährigen Mädchens für schuldig befunden worden. Das Mädchen war in der Bleistiftfabrik angestellt und wurde, als Frank es entführen wollte und dabei auf Widerstand bei dem Mädchen stieß, von Frank ermordet.

Schwerer Eisenbahnunfall. Aus Barcelona wird der Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge gemeldet. Hierbei wurden zwei Personen getötet und 47 schwer verletzt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

69 Personen bei einer Schiffshranung ertrunken. Ein Telegramm aus Petersburg meldet, daß auf der Rewa zwei Schiffe strandeten, wobei 69 Personen ihren Tod in den Wellen fanden.

Eingegangene Druckschriften.

August Bebel. Zur Erinnerung an die am 17. August 1913 erfolgte Bestattung. Mit 18 Illustrationen. Jährlich 1913. Verlag: Art. Institut Dred 1913. 80 Pf.

Allgemeiner Beobachter. Heft 8. Halbmonatsschrift. Beilage: „Ophelia“. Organ der mediz.-biolog. Gesellschaft. Verlag, Hamburg. 1.—

Die Weltanschauung von A. Kram. (Rückwärts) Börsenjahr 1907. 20 Pf. H. Dillger, Berlin W. 9.

Bom Jubentum. Ein Sammelbuch, herausgegeben vom Verein jüdischer Hochschüler. Bar Kochba. 284 S. 8. Hoff, Leipzig.

Karte des Fürstentums Albanien. 85 Pf. G. Freitag u. Berndt, Wien 7.

Letztverleiblicher Arbeiterkalender 1914. 80 Heller. J. Brand u. Co., Wien 6.

Die Arbeitsmethoden der Mikrochemie von Dr. J. Donax. 2 B., geb. 2,80 M.

Mikroskopmos. Zeitschrift. Heft 3—5. Jährl. 12 Hefte und 2 Sonderbände. 5,60 M. Französischer Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Deutscher Reichstags. Bearbeitet und herausgegeben v. B. Krause. 1,20 M. u. Kleyer, Leipzig, Kreuzstr. 12.

Die Wahlvereinigungen von Groß-Berlin. Herausgegeben von der Zentrale für private Fürsorge. Nachtrag April 1913. 50 Pf. Verlag A. Springer, Berlin.

Die Gewerkschaftsbewegung Bremens 1912. 56 S. Verlag des Gewerkschaftsvereins in Bremen.

Marktberichte von Berlin am 26. August 1913. nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Weis (müde), gute Sorte 16,50—16,70. Weis (runder), gute Sorte 14,40—14,80. Nüchtröb 4,90. Orca, neu 6,00—7,50. In a r s t h a l l e n p r e i s e. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, vom Kochen 80,00—80,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—9,00. 1 Kilogramm Hühnerfleisch, von der Reule 1,70—2,40. Hühnerfleisch, Baumfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Bier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,60. Halm 1,40—3,20. Jamber 1,40—3,60. Fedte 1,60—2,80. Porzide 1,00—2,40. Schleit 1,75—3,60. Meie 0,80—1,30. 60 Stück Ardie 1,00—60,00.

Witterungsübericht vom 27. August 1913.

Stationen	Barometerstand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C
Eintrunden	770,8			2better	16	Saparanda	763,8			4wolfig	14
Hamburg	770,8			2Dampf	15	Petersburg	768,0			1heiter	17
Berlin	770,8			1wolfig	15	Scilla	768,8			4wolfig	16
Konst. a. M.	769,8			1heiter	14	Uebersee	770,8			1wolfig	14
München	769,8			1wolfig	14	Paris	764,8			2heiter	16
Wien	769,8			2wolfig	16						

Weiterprognose für Donnerstag, den 29. August 1913. Nachts kühl, am Tage wieder warm, meist heiter und trocken bei schwachen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.